

Bundesgesetz, mit dem das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Bankwesengesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit, das E-Geldgesetz 2010, das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz, das Finanzkonglomeratengesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Investmentfondsgesetz 2011, das Nationalbankgesetz 1984, das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, das Sparkassengesetz, STS-Verbriefungsvollzugsgesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, das Zahlungsdienstegesetz 2018, das Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz sowie das Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz geändert werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis


Artikel 1	Änderung des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes
Artikel 2	Änderung des Bankwesengesetzes
Artikel 3	Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes
Artikel 4	Änderung des Bundesgesetzes zur Schaffung einer Abbaueinheit
Artikel 5	Änderung des E-Geldgesetzes 2010
Artikel 6	Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes
Artikel 7	Änderung des Finanzkonglomeratengesetzes
Artikel 8	Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes
Artikel 9	Änderung des Investmentfondsgesetzes 2011
Artikel 10	Änderung des Nationalbankgesetzes 1984
Artikel 11	Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes
Artikel 12	Änderung des Sparkassengesetzes
Artikel 13	Änderung des STS-Verbriefungsvollzugsgesetzes
Artikel 14	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016
Artikel 15	Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018
Artikel 16	Änderung des Zahlungsdienstegesetzes 2018
Artikel 17	Änderung des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes
Artikel 18	Änderung des Zentralverwahrer-Vollzugsgesetzes

Artikel 1

Änderung des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes

Das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz – AIFMG, BGBl. I Nr. 135/2013, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 23 Abs. 6 lautet:

„(6) Die FMA hat sich weitestmöglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der  gemäß Abs. 1 bis 3 zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.“

2. Dem § 74 wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) § 23 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 2

Änderung des Bankwesengesetzes

Das Bankwesengesetz – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 8 und 9 entfällt.

2. In § 3 Abs. 10 wird nach der Wortfolge „§§ 22a bis 24a“ die Wortfolge „und 39a“ eingefügt.

3. § 4 Abs. 6 lautet:

„(6) Vor Erteilung der Konzession an ein Kreditinstitut hat die FMA den Bundesminister für Finanzen zu verständigen; die Verständigung des Bundesministers für Finanzen umfasst auch die Vorlage des Konzessionsantrags, der Beilagen und späterer ergänzender Unterlagen. Umfasst der Konzessionsantrag die Berechtigung zur Entgegennahme erstattungsfähiger Einlagen (§ 7 Abs. 1 Z 4 ESAEG) oder zur Durchführung sicherungspflichtiger Wertpapierdienstleistungen (§ 45 Abs. 4 ESAEG), so hat die FMA vor Erteilung der Konzession auch die Sicherungseinrichtungen anzuhören; die FMA ist berechtigt, hierbei den Sicherungseinrichtungen auch die Angaben gemäß § 4 Abs. 3 Z 3 zu übermitteln.“

4. In § 5 Abs. 2 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

5. § 21 Abs. 1a entfällt.

6. In § 21 Abs. 3 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

7. § 21 Abs. 5 lautet:

„(5) Die Kosten der Aufsicht über Kreditinstitute im Hinblick auf die Einhaltung der die Versicherungsvermittlung betreffenden Ausübungsbestimmungen gemäß den §§ 137 bis 138 GewO 1994 sind Kosten der Versicherungsaufsicht und dem Rechnungskreis 2 gemäß § 19 Abs. 1 Z 2 FMA zuzuordnen.“

8. § 21a Abs. 2 entfällt.

9. § 30b Abs. 3 entfällt.

10. In § 30b Abs. 5 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

11. § 30c Abs. 3 entfällt.

12. In § 30c Abs. 5 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

13. In § 42 Abs. 6 Z 4 wird die Wortfolge „von FMA und Oesterreichischer Nationalbank“ durch die Wortfolge „der FMA“ ersetzt.

14. In § 44 Abs. 1 erster Satz und Abs. 2, 3 und 4 entfallen jeweils die Wortfolgen „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

15. § 63 Abs. 3 lautet:

„(3) Werden vom Bankprüfer bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen festgestellt, die

1. eine Berichtspflicht nach § 273 Abs. 2 UGB begründen oder
2. die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen des geprüften Kreditinstituts für gefährdet oder
3. eine wesentliche Verschärfung der Risikolage oder
4. wesentliche Verletzungen dieses Bundesgesetzes, der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 oder sonstiger für die Bankenaufsicht maßgebliche gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA oder
5. wesentliche Bilanzposten oder außerbilanzielle Positionen als nicht werthaltig

erkennen lassen, hat er begründete Zweifel an der Richtigkeit von Unterlagen oder an der Vollständigkeitserklärung des Vorstandes oder erfolgt eine Versagung oder eine Einschränkung des Bestätigungsvermerkes, so hat er über diese Tatsachen unbeschadet § 273 Abs. 2 UGB mit Erläuterungen unverzüglich der FMA schriftlich zu berichten. Stellt der Bankprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Bankprüfer der FMA erst dann berichten, wenn das Kreditinstitut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Bankprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Bankprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. Von einem Prüfungsverband bestellte Bankprüfer haben Berichte nach diesem Absatz über den Prüfungsverband zu erstatten, der sie unverzüglich weiterzuleiten hat. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Bankprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 1 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen. Unbeschadet der Verpflichtungen gemäß § 273 Abs. 2 UGB ist ein Bericht nach diesem Absatz gleichzeitig mit der Übermittlung an die

FMA auch an den Aufsichtsrat oder das sonst nach Gesetz oder Satzung zuständige Aufsichtsorgan des Kreditinstitutes zu übermitteln.“

16. § 70 Abs. 1 Z 3 lautet:

„3. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstitute-Verbänden, Kreditinstituten, deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs, von Kreditinstituten, die gemäß § 5 Abs. 1 FKG einer zusätzlichen Beaufsichtigung unterliegen sowie von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe durchzuführen;“

17. § 70 Abs. 1 Z 4 lautet:

„4. zur Prüfung von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe sowie von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten und in Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3 auch die zuständigen Behörden des Aufnahmestaates um die Vornahme der Prüfung ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 3 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen können auch eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen.“

18. § 70 Abs. 1a entfällt.

19. § 70 Abs. 1b lautet:

„(1b) Die FMA hat für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Prüfung systemrelevanter Kreditinstitute,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz nicht systemrelevanter Institute,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,
5. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß § 69 Abs. 2 und 3 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils institutsbezogen die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat auch eine Aufzählung jener Kreditinstitute zu enthalten, die einer verstärkten Aufsicht unterzogen werden sollen. Auf Basis des § 69 Abs. 2 und 3 ist hierbei zu entscheiden, ob eine Erhöhung der Anzahl oder Häufigkeit der Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstituten, eine zusätzliche oder häufigere Berichterstattung durch das Kreditinstitut oder eine zusätzliche oder häufigere Überprüfung der operativen oder strategischen Pläne sowie der Geschäftspläne der Kreditinstitute nötig sind. Stellt die FMA fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 5 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie berechtigt und verpflichtet, eine solche Vor-Ort-Prüfung durchzuführen.“

20. § 70 Abs. 1c lautet:

„(1c) Die Oesterreichische Nationalbank kann auf Basis eines Beschlusses ihres Direktoriums der FMA Aufträge zur Durchführung einer Vor-Ort-Prüfung aus Gründen der Finanzmarktstabilität, aus makroökonomischen Gründen oder im Krisenfall erteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat bei Erteilung des Prüfauftrages an die FMA die Gründe für die Prüfung darzulegen und den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung schriftlich festzulegen. Die FMA hat dem Prüfungsauftrag der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich nachzukommen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 1b festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden würden oder die durch den Prüfauftrag angeforderten Daten der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 79 bereits zugänglich sind oder unverzüglich zugänglich gemacht werden können. Stellt die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug fest, ist in einem solchen Fall eine Ablehnung des Prüfungsauftrages der Oesterreichischen Nationalbank unzulässig und hat die FMA dem Prüfungsauftrag jedenfalls unverzüglich nachzukommen. Nach Durchführung der Prüfung hat die FMA die Ergebnisse solcher Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich mitzuteilen.“

21. § 70 Abs. 1d entfällt.

22. § 70a Abs. 2 lautet:

„(2) Unbeschadet der auf Grund anderer Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bestehenden Befugnisse kann die FMA alle gemäß Abs. 1 vom Kreditinstitut zu erteilenden Auskünfte vor Ort einholen und erteilte Auskünfte nachprüfen; § 71 ist anzuwenden. Mit dieser Prüfung können auch die Bankprüfer, die zuständigen Prüfungs- und Revisionsverbände, Wirtschaftsprüfer oder sonstige von der gemischten Finanzholdinggesellschaft, der gemischten Mutterfinanzholdinggesellschaft oder der gemischten Holdinggesellschaft unabhängige Sachverständige beauftragt werden.“

23. In § 73a entfallen die Wortfolgen „nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank“ und „und die OeNB“.

24. In § 77 Abs. 6 wird die Wortfolge „der Oesterreichischen Nationalbank bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 70 Abs. 1 Z 3 zu übertragen“ durch die Wortfolge „durch eigene Prüfer selbst durchzuführen“ ersetzt.

25. § 77a Abs. 1 lautet:

„(1) Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und mit zuständigen Behörden von Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3, sofern der Informationsaustausch mit diesen zuständigen Behörden im Sinne des Art. 55 der Richtlinie 2013/36/EU, unter der Bedingung eines Art. 53 Abs. 1 der Richtlinie 2013/36/EU gleichwertigen Berufsgeheimnisses, der Erfüllung von Aufsichtsaufgaben dieser zuständigen Behörden dient, Abkommen über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Kreditinstitute gemäß den §§ 69 bis 71 schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist.“

26. § 77b Abs. 3 Z 3 lautet:

„3. Zentralbanken der Mitgliedstaaten gemäß Z 1 und 2;“

27. § 77d Abs. 4 lautet:

„(4) Die in gemäß § 79 Abs. 2 und 4 vorgesehenen Verpflichtungen von FMA und Oesterreichischer Nationalbank zur gegenseitigen Ermöglichung des automationsunterstützten jederzeitigen Zugriffs auf bestimmte Daten entfallen, soweit diese Daten in eine im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus errichtete Datenbank der Europäischen Zentralbank einzustellen sind und diese Daten sowohl der FMA als auch der Oesterreichischen Nationalbank jederzeit zugänglich sind.“

28. § 79 Abs. 1 bis 4a lautet:

„§ 79. (1) Meldungen gemäß den §§ 74 und 74a sowie Meldungen gemäß Art. 99, 100, 101, 394, 415 und 430 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.



(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf folgende Daten zu ermöglichen:

1. Daten gemäß Abs. 1;
2. bankaufsichtsrelevante Daten auf Grund von Meldungen gemäß §§ 44 bis 44b Nationalbankgesetz 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984;
3. bankaufsichtsrelevante Daten in anonymisierter Form auf Grund von Meldungen nach dem Devisengesetz;
4. gemäß § 8 Abs. 2 des Sanktionengesetzes 2010 – SanktG, BGBl. I Nr. 36/2010, ermittelte und verarbeitete institutsbezogene Daten;
5. Meldungen gemäß § 4a BaSAG;
6. Meldungen gemäß § 39 ~~des Betrieblichen-Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002;~~
7. Meldungen gemäß § 14 FKG.

(3) Die FMA hat Prüfungen gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 und § 70a Abs. 2, Gutachten im Rahmen der Bankaufsicht und Analysen gemäß Abs. 4a in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich dabei weitestmöglich auf die von der Oesterreichischen Nationalbank nach Abs. 2 zur Verfügung gestellten Daten sowie die gutachterlichen Äußerungen gemäß § 74 Abs. 4 zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die FMA ist ermächtigt, dem Bankprüfer des

betreffenden Kreditinstituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.

(4) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf folgende Daten zu ermöglichen:

1. Anzeigen gemäß § 10 Abs. 2 Z 1, 3 und 4, § 28a Abs. 4, § 63 Abs. 1, § 73 Abs. 1 Z 1 bis 6, 8 bis 11 und 13, ~~§ 73 Abs. 1a Z 1 und 2, § 73 Abs. 1b Z 1 bis 4 und § 73 Abs. 2 Z 1 bis 6, § 73 Abs. 3,~~
2. Mitteilungen gemäß § 114 Abs. 1 BaSAG  und
3. Anzeigen gemäß § 16 Abs. 10 und § 18 Abs. 1 .

(4a) Die FMA hat die Daten gemäß Abs. 2 und die sonstigen ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Bankaufsicht und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelbankanalyse). Sie stellt der Oesterreichischen Nationalbank diese Daten und Analysen in geeigneter Form laufend elektronisch zur Verfügung. Diese Daten dienen nicht der Bewertung von Einzelbankanalysen, sondern sind ausschließlich für die Zwecke gemäß § 44b Abs. 1 Z 1 NBG zu verwenden. Wenn dies im Hinblick auf die Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit dem Eintritt eines Krisenfalls sowie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 5 BaSAG notwendig ist, hat die FMA auf Ersuchen zusätzlich bestimmte Einzelbankanalysen zu erstellen und an die Oesterreichische Nationalbank zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben; diesfalls ist die Oesterreichische Nationalbank zur Auswertung der erhaltenen Einzelbankanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Zusammenhang mit Krisenfällen und im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.“

29. § 79 Abs. 6 entfällt.


30. § 80 entfällt.

31. In § 98 Abs. 6 entfällt die Wortfolge „oder die Oesterreichische Nationalbank“.

32. In § 99 Abs. 1 Z 10 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

33. Dem § 107 wird folgender Abs. 103 angefügt:

„(103) § 4 Abs. 6, § 5 Abs. 2, § 21 Abs. 3 und 5, § 30b Abs. 5, § 30c Abs. 5, § 42 Abs. 6 Z 4, § 44 Abs. 1 bis 4, § 63 Abs. 3, § 70 Abs. 1 Z 3 und 4, Abs. 1b und 1c, § 70a Abs. 2, § 73a, § 77 Abs. 6, § 77a Abs. 1, § 77b Abs. 3 Z 1, § 77d Abs. 4, § 79 Abs. 1 bis 4a, § 98 Abs. 6, § 99 Abs. 1 Z 10 sowie Z 9 der Anlage zu § 25 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019, treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 3 Abs. 8 und 9, § 21 Abs. 1a, § 21a Abs. 2, § 30b Abs. 3, § 30c Abs. 3, § 70 Abs. 1a und 1d, § 79 Abs. 6, § 80 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

 34. In Z 9 der Anlage zu § 25 wird die Wortfolge „seine Bankprüfer, die FMA und die Oesterreichische Nationalbank“ durch die Wortfolge „seine Bankprüfer und die FMA“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes

Das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, BGBl. I Nr. 100/2002, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

1. Der Einleitungsteil des § 28 Abs. 2 lautet:

„Die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) kann eine Verordnung erlassen, mit der“

2. § 39 Abs. 3 zweiter Satz lautet:

„Die FMA kann, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird, durch Verordnung vorsehen, dass die Übermittlung der Meldungen gemäß Abs. 1 ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank erfolgt.“

3. Dem § 73 wird folgender Abs. 35 angefügt:

„(35) § 28 Abs. 2 und § 39 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 4

Änderung des Bundesgesetzes zur Schaffung einer Abbaueinheit

Das Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit – GSA, BGBl. I Nr. 51/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 4 entfällt die Wortfolge „§ 3 Abs. 9“,“.

2. In § 8 wird die Wortfolge „die §§ 3 Abs. 9 und 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9“ durch die Wortfolge „§ 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9“ ersetzt.

3. Dem § 13 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 3 Abs. 4 und § 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 5

Änderung des E-Geldgesetzes 2010

Das Bundesgesetz über die Ausgabe von E-Geld und die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten – E-Geldgesetz 2010, BGBl. I Nr. 107/2010, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis werden im 4. Hauptstück nach dem Eintrag zu § 26 die folgenden Einträge eingefügt:

- „26a. Anzeigen
- 26b. Meldewesen“

2. § 2 Abs. 4 entfällt.

3. § 11 Abs. 4 lautet:

„(4) Erbringt ein E-Geld-Institut Zahlungsdienste, die weder mit der Ausgabe von E-Geld noch mit den in § 3 Abs. 3 Z 2 bis 5 genannten Tätigkeiten in Verbindung stehen, und ist die Höhe des E-Geldumlaufs im Voraus nicht bekannt, so hat die FMA diesem E-Geld-Institut abweichend von Abs. 3 Z 2 auf Antrag zu gestatten, seine Eigenmittel unter Zugrundelegung eines repräsentativen Anteils zu berechnen, der typischerweise für die Ausgabe von E-Geld verwendet wird, sofern sich dieser repräsentative Anteil auf der Grundlage historischer Daten nach Überzeugung der FMA mit hinreichender Sicherheit schätzen lässt. Kann ein E-Geld-Institut nicht auf eine ausreichend lange Geschäftstätigkeit zurückblicken, so sind seine Eigenmittel abweichend von Abs. 3 Z 2 auf der Grundlage des aus seinem Geschäftsplan hervorgehenden erwarteten E-Geld-Umlaufes zu berechnen. Die FMA kann jedoch jederzeit eine Anpassung dieses Geschäftsplanes an die tatsächlichen Entwicklungen verlangen.“

4. § 13 Abs. 1 lautet:

„(1) Die § 20 Abs. 1 bis 4, § 21 und § 24 ZaDiG 2018 sowie die §§ 36 und 42 Abs. 1 bis 3, Abs. 4 Z 1 und 3 und Abs. 5 bis 7 BWG sind auf E-Geld-Institute anzuwenden, wobei hinsichtlich § 20 Abs. 1, 2 und 4 ZaDiG 2018 sowohl auf die zahlungsdienstgeschäftlichen und zahlungsdienstbetrieblichen als auch auf die E-Geld-geschäftlichen und E-Geld-betrieblichen Risiken Bedacht zu nehmen ist; § 42 Abs. 3 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Erfordernis von mindestens zwei Geschäftsleitern nur dann gilt, wenn das E-Geld-Institut auf Grund seiner Größe und Organisation tatsächlich mindestens zwei Geschäftsleiter hat.“

5. § 14 Abs. 3 lautet:

„(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von E-Geld-Instituten sowie die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4, des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 11, 12, 14 Abs. 1, 15, 16 Abs. 2 und 20 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 des Finanzmarkt- und Geldwäschegesetz – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016 sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 13 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 19 Abs. 1 ZaDiG), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die

angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für E-Geld-Institute) darzustellen.“

6. In § 14 werden nach Abs. 3 die folgenden Abs. 3a und 3b eingefügt:

„(3a) Das Ergebnis der Prüfung gemäß Abs. 3 über die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4 sowie der §§ 11, 12 und 14 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 15, 16 Abs. 2 und 20 dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 27 Abs. 1 oder 2 führen.

(3b) Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie, soweit erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des E-Geld-Instituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.“

7. ~~§ 14 Abs. 9 lautet:~~

~~„(9) Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies die Jahresabschlüsse des ausländischen E-Geld-Institutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln. Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss des ausländischen E-Geld-Institutes im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ oder in einem allgemein erhältlichen Bekanntmachungsblatt zu veröffentlichen. Der Lagebericht und der konsolidierte Lagebericht des ausländischen E-Geld-Institutes sind am Sitz der Zweigstelle für jedermann zur Einsichtnahme bereitzuhalten. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach Anhörung der FMA mit Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes auf Grundlage der Gegenseitigkeit Abkommen zu schließen, die Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute von der Verpflichtung entbinden, einen auf ihre eigene Tätigkeit bezogenen Jahresabschluss offen zu legen.“~~

8. ~~§ 22 Abs. 3 lautet:~~

~~„(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammen zu arbeiten. § 79 Abs. 4a Satz 2 und 3 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der E-Geld-Institutsaufsicht gelten.“~~

9. In § 22 wird nach Abs. 3 der folgende Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Die FMA hat Prüfungen gemäß § 25 Abs. 2 Z 4, Gutachten im Rahmen der E-Geld-Institutsaufsicht und Analysen gemäß Abs. 3 in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich dabei weitestmöglich auf die von der Oesterreichischen Nationalbank nach § 26b Abs. 7 zur Verfügung gestellten Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die FMA ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer des betreffenden E-Geld-Instituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.“

10. Der Einleitungsteil des § 23 Abs. 1 lautet:

„Die FMA ist zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erforderlich ist; das sind:“

11. In § 23 wird nach Abs. 1 folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 26b nötig ist.“

12. § 24 lautet:

„§ 24. Von der FMA beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.“

13. § 25 Abs. 2 Z 4 und 5 lautet:

- „4. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei E-Geld-Instituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs durchzuführen;
- 5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen können auch eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen;“

14. § 25 Abs. 3 lautet:

„(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im übrigen sind die §§ 70 Abs. 1b und 1c und 71 BWG anzuwenden.“

15. § 26 Abs. 12 entfällt.

16. Nach § 26 werden die folgenden § 26a und § 26b samt Überschriften eingefügt:

„Anzeigen

§ 26a. (1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 6 Abs. 3, § 7, § 10 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 28 Abs. 1 ZaDiG 2018, § 15 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 21 Abs. 3 und § 22 Abs. 1 ZaDiG 2018 und § 14 Abs. 7 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren ohne dass Aufsichtsinteressen beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und Anzeigen gemäß § 14 Abs. 8 und § 27 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Übermittlungspflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Anzeigen und sonstigen Übermittlungen vergewissern können.

(2) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 7 Abs. 1 Z 2, 3, 4, 10 und § 14 Abs. 7 zu ermöglichen.

Meldewesen

§ 26b. (1) E-Geld-Institute haben unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres der FMA Meldungen entsprechend der in der Verordnung gemäß Abs. 5 vorgesehenen Gliederung zu übermitteln. Diese Meldungen haben insbesondere Informationen zur Bilanz, zu Posten unter der Bilanz, zur Gewinn- und Verlustrechnung und zu Pflichtangaben des Anhangs sowie Informationen, die eine Beurteilung und Überwachung der §§ 3 Abs. 3 Z 2, 12 und 13 ermöglichen, zu enthalten.

(2) E-Geld-Institute haben unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendermonats der FMA Meldungen über die Einhaltung des § 11 zu übermitteln. Diese Meldungen haben sowohl Angaben zur Kontrolle der Einhaltung dieser Ordnungsnormen als auch die für ihre Herleitung maßgeblichen Angaben zu umfassen.

(3) E-Geld-Institute haben der FMA unverzüglich nach Ablauf eines Kalenderhalbjahres Meldungen über die unternehmensbezogenen Stammdaten zu übermitteln. Unabhängig davon haben E-Geld-Institute jede Veränderung von Stammdaten unverzüglich zu übermitteln. Die Meldung des Mitarbeiterstandes hat nur zum Jahresresultimo bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres zu erfolgen.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank hat zu den Meldungen gemäß Abs. 2 und den hiezu erlassenen Verordnungen der FMA (Abs. 5) gutachtliche Äußerungen zu erstatten.

(5) Die FMA hat die Gliederung der Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 durch Verordnung festzusetzen. Die FMA hat dabei auf eine für die laufende Beaufsichtigung von E-Geld-Instituten erforderliche aussagekräftige Ausweisung zu achten. Die FMA kann durch Verordnung festlegen, dass einzelne Positionen des Abs. 2 nur quartalsweise zu übermitteln sind. Bei Erlassung dieser Verordnung hat sie weiters auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Finanzmarkt und die Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen. Die FMA kann, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird, durch Verordnung vorsehen, dass die Übermittlung der Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank erfolgt. Verordnungen der FMA nach diesem Absatz bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

(6) Die Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 sind in standardisierter Form mittels elektronischer Übermittlung zu erstatten. Die Übermittlung hat bestimmten, von der FMA nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank bekannt zu gebenden Mindestanforderungen zu entsprechen.

(7) Meldungen gemäß Abs. 1 bis 3 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf diese Daten zu ermöglichen.“

17. § 27 Abs. 1 lautet:

„(1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss eines E-Geld-Institutes im Sinne von § 3 Abs. 2 prüft oder bei diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA zu übermitteln.“

18. In § 27 Abs. 2 entfällt jeweils die Wortgruppe „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

19. In § 29 Abs. 4 Z 2 wird die Wortgruppe „§ 26 ZaDiG 2018“ durch die Wortgruppe „§ 26b“ ersetzt.


20. § 33 Abs. 1 Z 1 lautet:

„1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder“

21. Der Einleitungsteil des § 33 Abs. 3 lautet:

„Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA folgende Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der E-Geld-Institute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:“

22. Dem § 41 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) Die Einträge zu § 26a und 26b im Inhaltsverzeichnis, §§ 11 Abs. 4, 13 Abs. 1, 14 Abs. 3, 3a und 3b, ~~14 Abs. 9~~, 22 Abs. 3 und 3a, 23 Abs. 1 und 1a, 24, 25 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3, 26a, 26b, 27 Abs. 1 und 2, 29 Abs. 4 Z 2, 33 Abs. 1 Z 1 und Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten  1. Jänner 2020 in Kraft. Die §§ 2 Abs. 4 und 26 Abs. 12 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

Artikel 6

Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes

Das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz – ESAEG, BGBl. I Nr. 117/2015, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 Schlussteil entfällt.

2. § 4 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

3. § 5 Abs. 2 Z 4 lautet:

„4. durch eigene Prüfer Vor-Ort-Prüfungen bei Sicherungseinrichtungen durchzuführen; § 71 Abs. 1 bis 6 BWG findet mit der Maßgabe Anwendung, dass sich die Vor-Ort-Prüfungen anstatt auf Kreditinstitute auf Sicherungseinrichtungen beziehen;“

4. § 5 Abs. 4 entfällt.

5. § 5 Abs. 5 und 6 lautet:

„(5) Die FMA hat für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfprogramm festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Verpflichtungen der Sicherungseinrichtungen nach diesem Bundesgesetz,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz aller Sicherungseinrichtungen,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils die Prüfungsschwerpunkte bezogen auf die jeweilige Sicherungseinrichtung sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Stellt die FMA fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 4 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie berechtigt und verpflichtet, eine solche Vor-Ort-Prüfung durchzuführen.

(6) Die Oesterreichische Nationalbank kann auf Basis eines Beschlusses ihres Direktoriums der FMA Aufträge zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen aus Gründen der Finanzmarktstabilität, aus makroökonomischen Gründen oder im Krisenfall erteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat bei Erteilung des Prüfauftrages an die FMA die Gründe für die Prüfung darzulegen und den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung schriftlich festzulegen. Die FMA hat dem Prüfungsauftrag der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich nachzukommen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 5 festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden würden oder die durch den Prüfauftrag angeforderten Daten der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 6 bereits zugänglich sind oder unverzüglich zugänglich gemacht werden können. Stellt die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug fest, ist in einem solchen Fall eine Ablehnung des Prüfungsauftrages der Oesterreichischen Nationalbank unzulässig und hat die FMA dem Prüfungsauftrag jedenfalls unverzüglich nachzukommen. Nach Durchführung der Prüfung hat die FMA die Ergebnisse solcher Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich mitzuteilen.“

6. § 5 Abs. 7 und 8 entfällt.

7. § 6 Abs. 2 bis 5 lautet:

„(2) Meldungen gemäß § 33 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf die Daten gemäß Abs. 2 zu ermöglichen. Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 34 Z 7 zu ermöglichen.

(4) Die FMA hat ihr im Rahmen der Aufsicht über die Einlagensicherung übertragene Vor-Ort-Prüfungen gemäß § 5 Abs. 2 Z 4, Gutachten und Analysen in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich dabei weitestgehend auf die von der Oesterreichischen Nationalbank nach Abs. 3 zur Verfügung gestellten Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit oder Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.

(5) Die FMA hat die Daten gemäß Abs. 3 und die sonstigen ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen und Wahrnehmungen über Sicherungseinrichtungen einer laufenden gesamthaften Auswertung für die Zwecke der Aufsicht über die Einlagensicherung und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). Wenn dies im Hinblick auf die Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit dem Eintritt eines Krisenfalls notwendig ist, hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank von ihr durchgeführte Einzelanalysen der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen sowie zusätzlich bestimmte Einzelanalysen zu erstellen und an die Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben; diesfalls ist die Oesterreichische Nationalbank zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im

Hinblick auf ihre Aufgaben im Zusammenhang mit Krisenfällen und im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.“

8. § 22 Abs. 3 *Schluss*teil entfällt.

9. § 22 Abs. 4 *letzter Satz* entfällt.

10. § 23 Abs. 2 *zweiter Satz* entfällt.

11. § 30 Abs. 1 *Schluss*teil lautet:

„Vor der Anwendung von Stützungsmaßnahmen hat sich die Sicherungseinrichtung des als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems mit der FMA und der Abwicklungsbehörde über die Maßnahmen und Auflagen für das zu stützende Mitgliedsinstitut abzustimmen.“

12. § 34a lautet:

„§ 34a. Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen, Meldungen, Übermittlungen, Unterrichtungen, das Zur-Kennntnis-Bringen und das Vorlegen gemäß § 2 Abs. 6 erster Satz, § 31 Abs. 6 und § 34 Abs. 1 Z 1 bis 13 dieses Bundesgesetzes ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.“

13. Dem § 61 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, § 5 Abs. 2 Z 4, Abs. 5 und 6, § 6 Abs. 2 bis 5, § 22 Abs. 3 und 4, § 23 Abs. 2, § 30 Abs. 1 und § 34a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 5 Abs. 4, 7 und 8 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

Artikel 7

Änderung des Finanzkonglomeratengesetzes

Das Finanzkonglomeratengesetz – FKG, BGBl. I Nr. 70/2004, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 14 Abs. 4 *zweiter Satz* entfällt.

2. § 14 Abs. 5 lautet:

„(5) Die FMA hat die Meldefrist und die Gliederung der Quartalsberichte durch Verordnung festzusetzen. Sie kann dabei vorsehen, dass die Übermittlung der Meldungen gemäß Abs. 3 und 4 ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird. Bei Erlassung dieser Verordnung hat die FMA auf die Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung auf die Übermittlung nach Abs. 3 und 4 zu verzichten. Verordnungen nach diesem Absatz bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.“

3. Dem § 18 wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) § 14 Abs. 4 und 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 8

Änderung des Finanzmarktaufsichtsbahrdengesetzes

Das Finanzmarktaufsichtsbahrdengesetz – FMABG, BGBl. I Nr. 97/2001, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 Z 10 entfällt.

2. § 2 Abs. 6 lautet:

„(6) Unbeschadet § 70 Abs. 1b BWG hat die FMA für jeden der in den Abs. 1 bis 4 angeführten Aufsichtsbereiche jährliche Prüfungsschwerpunkte festzulegen und diese auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; ebenso hat die FMA die gemäß § 70 Abs. 1b Z 4 BWG im Rahmen des jährlichen Prüfungsprogramms festgelegten themenmäßigen Prüfungsschwerpunkte auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.“

3. In § 3 Abs. 2 entfällt die Wortgruppe „sowie die Prüfungsberichte der Oesterreichischen Nationalbank“.

4. § 5 lautet:

„§ 5. (1) Der Vorstand der FMA besteht aus einem Mitglied.

(2) Der Vorstand wird auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten bestellt; die Wiederbestellung ist zulässig. Die Funktionsperiode beträgt fünf Jahre.

(3) Vor der Bestellung des Vorstandes hat der Bundesminister für Finanzen eine Ausschreibung zu veranlassen; das Stellenbesetzungsgesetz 1998, BGBl. I Nr. 26/1998, ist anzuwenden. Auf Grund der Ergebnisse des Ausschreibungsverfahrens hat der Bundesminister für Finanzen für den Vorschlag der Bundesregierung gemäß Abs. 2 aus dem Kreis der Bewerber für die Bestellung und Wiederbestellung des Vorstandes der FMA und bei einer Funktionsbeendigung (§ 7 Abs. 1), die die Bestellung eines neuen Vorstandes erfordert, eine Person namhaft zu machen. Die Einbringung des Antrags zur Beschlussfassung der Bundesregierung über die von ihr zur Bestellung vorzuschlagende Person obliegt dem Bundesminister für Finanzen.

(4) Zum Vorstand darf nur eine Person bestellt werden, die in allen der in § 2 genannten Aufsichtsbereiche fachkundig ist und die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen ist. Der Vorstand darf seine Funktion nur hauptberuflich ausüben.“

5. § 6 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Vorstand hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der FMA zu führen. Der Vorstand vertritt die FMA gerichtlich und außergerichtlich

1. in Fällen, in denen die FMA ihre Aufgaben als Abwicklungsbehörde gemäß § 3 Abs. 1 BaSAG erfüllt, gemeinsam mit dem Leiter der Organisationseinheit gemäß § 3 Abs. 3 BaSAG,

2. in allen anderen Fällen gemeinsam mit einem Exekutivdirektor.

In Abwesenheit des Vorstandes hat die Vertretung der FMA auf oberster Leitungsebene in Fällen gemäß Z 2 durch zwei Exekutivdirektoren gemeinsam und in Fällen gemäß Z 1 durch einen Exekutivdirektor und dem Leiter der Organisationseinheit gemäß § 3 Abs. 3 BaSAG gemeinsam zu erfolgen.“

6. In § 6 Abs. 4 wird die Wortfolge „den Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie“ durch die Wortfolge „dem Vorstand, den Mitgliedern des Aufsichtsrates und“ ersetzt.

7. In § 7 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „eines Mitgliedes“.

8. § 7 Abs. 2 lautet:

„(2) Die beabsichtigte Zurücklegung der Funktion ist vom Vorstand dem Aufsichtsrat und dem Bundesminister für Finanzen frühestmöglich unter Nennung der Gründe schriftlich bekannt zu geben. Erteilt der Aufsichtsrat seine Zustimmung, so hat er diese Zurücklegung unverzüglich unter Angabe des Zeitpunkts der Wirksamkeit der Zurücklegung der Funktion des Vorstandes dem Bundesminister für Finanzen schriftlich mitzuteilen. Der Bundesminister für Finanzen hat die Bestellung eines neuen Vorstandes gemäß § 5 zu veranlassen. Für den Fall, dass der Funktionsantritt des neu bestellten Vorstandes nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des ehemaligen Vorstandes erfolgt, ist für die Dauer der Vakanz ein geeigneter Ersatzvorstand vom Bundesminister für Finanzen auf Vorschlag des Aufsichtsrates unverzüglich zu bestellen; § 5 findet hierbei keine Anwendung. Die vorstehenden

Bestimmungen über die Bestellung des Vorstandes sowie für die Bestellung eines Ersatzvorstandes gelten in gleicher Weise für den Fall der Abberufung gemäß Abs. 3.“

9. § 7 Abs. 3 lautet:

„(3) Der Bundesminister für Finanzen hat den Vorstand abzurufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie insbesondere

1. Wegfall einer Bestimmungsvoraussetzung ~~oder~~
2. nachträgliches Hervorkommen, dass eine Bestimmungsvoraussetzung nicht gegeben war, ~~oder~~
3. grobe Pflichtverletzung ~~oder~~
4. dauernde Dienstunfähigkeit oder wenn der Vorstand infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens länger als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend ist ~~oder~~
5. wenn trotz gemäß § 11 Abs. 2 durchgeführter Aufsichtsmaßnahmen Pflichtverletzungen nicht oder nicht nachhaltig beseitigt wurden.“

10. § 8 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Aufsichtsrat der FMA besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern, die vom Bundesminister für Finanzen zu bestellen sind. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates sind von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft zu machen. Zwei der Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht aufgrund des Nominierungsrechtes der Oesterreichischen Nationalbank dem Aufsichtsrat angehören, haben unabhängig zu sein. Als unabhängig in diesem Sinn gilt nicht, wer hauptberuflich für das Bundesministerium für Finanzen, die FMA, die Oesterreichische Nationalbank oder haupt- oder nebenberuflich für ein von der FMA beaufsichtigtes Unternehmen tätig ist. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates dürfen nur geeignete und zuverlässige Personen bestellt werden, die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind.“

11. § 8 Abs. 3 Schlussteil lautet:

„Im Fall der Z 2 und 3 ist unverzüglich ein neues Mitglied für die Dauer der restlichen Funktionsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds zu bestellen; scheidet ein von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft gemachtes Mitglied vorzeitig aus seiner Funktion aus, so hat diese unverzüglich ein neues Mitglied namhaft zu machen.“

12. § 8 Abs. 4 Schlussteil lautet:

„Der Bundesminister für Finanzen hat vor der Abberufung eines von ihr namhaft gemachten Mitglieds die Oesterreichischen Nationalbank anzuhören; bei Gefahr in Verzug ist jedoch unter gleichzeitiger Verständigung der Oesterreichischen Nationalbank das betreffende Mitglied des Aufsichtsrates sofort abzurufen.“

13. § 9 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

14. In § 9 Abs. 2 und 3 entfällt jeweils das Wort „stimmberechtigte“.

15. § 9 Abs. 5 lautet:

„(5) Umlaufbeschlüsse sind nur in begründeten Ausnahmefällen, und wenn kein Mitglied des Aufsichtsrates widerspricht, zulässig. Umlaufbeschlüsse können nur mit der Stimmenmehrheit aller Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst werden. Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Umlaufbeschlüsse sind vom Vorsitzenden (Stellvertreter) schriftlich festzuhalten, über das Ergebnis der Beschlussfassung ist in der nächstfolgenden Sitzung des Aufsichtsrates Bericht zu erstatten.“

16. In § 10 Abs. 2 wird nach der Z 9 der Punkt am Ende durch einen Strichpunkt ersetzt und die folgende Z 10 angefügt:

„10. Der mehrjährige Finanzplan.“

17. § 10 Abs. 4 lautet:

„(4) Den Mitgliedern des Aufsichtsrates gebührt eine angemessene Vergütung, die aus Mitteln der FMA zu erstatten ist. Die Höhe der Vergütung wird vom Bundesminister für Finanzen festgesetzt.“

18. In § 11 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „bei einem Mitglied des Vorstandes“.

19. In § 11 Abs. 2 wird die Wortfolge „ein Mitglied des Vorstandes“ durch die Wortfolge „der Vorstand“ und die Wortfolge „das betreffende Mitglied“ durch die Wortfolge „den Vorstand“ ersetzt.

20. § 12 lautet:

„§ 12. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Genehmigung des Bundesministers für Finanzen bedarf. Der Aufsichtsrat hat den Dienstvertrag mit dem Vorstand abzuschließen und den Abschlussprüfer zu bestellen. Der Aufsichtsrat ist weiters für die Entlastung des Vorstandes im Zusammenhang mit der Genehmigung des Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 2 Z 4) zuständig.“

21. Nach § 12 wird folgender § 12a samt Überschrift eingefügt:

„Exekutivdirektoren

§ 12a. (1) Der Aufsichtsrat hat drei Personen zu bestellen, die unmittelbar dem Vorstand nachgeordnet sind („Exekutivdirektoren“). Zu Exekutivdirektoren dürfen nur Personen bestellt werden, die zumindest in einem der in § 2 genannten Aufsichtsbereiche fachkundig sind und die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind. Sie dürfen ihre Funktion nur hauptberuflich ausüben.

(2) Die Exekutivdirektoren sind durch den Aufsichtsrat auszuwählen und zu bestellen. Der Vorstand hat zur Vorbereitung der Bestellung eines jeden Exekutivdirektors eine Ausschreibung zu veranlassen, bei der das Stellenbesetzungsgesetz mit der Maßgabe anzuwenden ist, dass es sich anstatt auf die Bestellung von Mitgliedern des Leitungsorgans auf die Bestellung von Exekutivdirektoren (zweite Führungsebene) der FMA bezieht. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat auf Basis der Ergebnisse des jeweiligen Ausschreibungsverfahrens geeignete Bewerber für die Funktion der Exekutivdirektoren vorzuschlagen. § 10 Abs. 2 Z 7 und § 14 Abs. 1a und 1b sind auf das Bestellungsverfahren der Exekutivdirektoren nicht anzuwenden.

(3) Die Funktionsperiode eines Exekutivdirektors dauert fünf Jahre, eine Wiederbestellung ist zulässig. Die Funktion eines Exekutivdirektors endet

1. mit Ablauf der Funktionsperiode,
2. mit der Zustimmung des Aufsichtsrates zur Zurücklegung der Funktion aus wichtigen Gründen,
3. mit der Abberufung gemäß Abs. 5.

(4) Die beabsichtigte Zurücklegung der Funktion ist vom Exekutivdirektor dem Aufsichtsrat und dem Vorstand frühestmöglich unter Nennung der Gründe schriftlich bekannt zu geben. Erteilt der Aufsichtsrat seine Zustimmung, so hat er diese unverzüglich unter Angabe des Zeitpunkts der Wirksamkeit der Zurücklegung der Funktion des betreffenden Exekutivdirektors dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Scheidet ein Exekutivdirektor aus der FMA aus, so haben der Vorstand und der Aufsichtsrat die Bestellung eines neuen Exekutivdirektors gemäß der in Abs. 2 vorgesehenen Aufgabenverteilung vorzunehmen. Für den Fall, dass der Funktionsantritt des neu bestellten Exekutivdirektors nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des ehemaligen Exekutivdirektors erfolgt, ist für die Dauer der Vakanz auf Vorschlag des Vorstandes durch den Aufsichtsrat ein geeigneter Ersatz unverzüglich zu bestellen; Abs. 2 zweiter Satz findet in diesem Fall keine Anwendung.

(5) Der Aufsichtsrat hat einen Exekutivdirektor abberufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie insbesondere

1. Wegfall einer Bestimmungsvoraussetzung ~~oder~~
2. nachträgliches Hervorkommen, dass eine Bestimmungsvoraussetzung nicht gegeben war, ~~oder~~
3. grobe Pflichtverletzung ~~oder~~
4. dauernde Dienstunfähigkeit oder wenn das betreffende Mitglied infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens länger als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend ist oder
5. wenn trotz gemäß Abs. 7 durchgeführter Aufsichtsmaßnahmen Pflichtverletzungen nicht oder nicht nachhaltig beseitigt wurden.

(6) Der Vorstand hat, wenn er Kenntnis vom Eintritt eines Abberufungsgrundes bei einem Exekutivdirektor gemäß Abs. 5 erlangt, dies dem Aufsichtsrat unverzüglich mitzuteilen, sofern nicht nach Abs. 7 vorzugehen ist.

(7) Verletzt ein Exekutivdirektor Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, der der FMA zur Vollziehung übertragenen Bundesgesetze gemäß § 2 oder der Geschäftsordnung, ohne dass bereits eine grobe Pflichtverletzung gemäß Abs. 5 Z 3 vorliegt, so hat der Vorstand den betreffenden Exekutivdirektor schriftlich aufzufordern, unverzüglich den rechtmäßigen Zustand wieder herzustellen und künftig Pflichtverletzungen zu unterlassen. Im Wiederholungs- oder Fortsetzungsfall hat der Vorstand den Aufsichtsrat im Hinblick auf Abs. 5 zu verständigen, es sei denn, dass dies nach Art und Schwere des Vergehens unangemessen wäre.“

22. § 13 Abs. 4 Z 3 und 4 lautet:

„3. zwei im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Vertretern der Oesterreichischen Nationalbank und
4. dem Vorsitzenden des Fiskalrates.“

23. § 13 Abs. 4 Z 5 entfällt.

24. § 13 Abs. 4 Schlussteil lautet:

„Für jeden Vertreter haben die genannten Institutionen einen im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Stellvertreter zu benennen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Fiskalrates ist vom Bundesminister für Finanzen aus dem Kreis der von der Bundesregierung entsandten Mitglieder des Fiskalrates und der für diese gemäß § 1 Abs. 6 des Bundesgesetzes über die Errichtung des Fiskalrates entsandten Ersatzmitglieder zu nominieren. Die Vertreter und ihre Stellvertreter sind bei der Ausübung ihres Mandats an keine Weisungen der sie entsendenden Institutionen gebunden.“

25. § 13b Abs. 1 lautet:

„(1) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank die zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 44c Nationalbankgesetz 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984, relevanten Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKGG, BGBl. I Nr. 70/2004) auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese Daten auch verarbeiten.“

26. § 15 Abs. 2 lautet:

„(2) Für Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 wird bei der FMA ein Personalamt als deren Dienststelle eingerichtet. Diese Dienststelle ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar nachgeordnet und wird vom Vorstand der FMA geleitet. Der Vorstand ist in dieser Funktion an die Weisungen des Bundesministers für Finanzen gebunden.“

27. Nach § 15 werden folgende §§ 15a bis 15e samt Überschrift eingefügt:

„Überleitung von Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank

§ 15a. (1) Bedienstete, die zum 1. Oktober 2019 in den Organisationseinheiten der Oesterreichischen Nationalbank gem § 15c Abs. 1 beschäftigt sind und deren Arbeitsverhältnis bei der Oesterreichischen Nationalbank vor dem 1. Mai 1998 begann, werden von der Oesterreichischen Nationalbank nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5 auf unbeschränkte Zeit der FMA mit Wirksamkeit zum 1. Jänner 2020 überlassen. Die Überlassung kann aus wichtigen, in der Person des Bediensteten gelegenen Gründen, die die betrieblichen Interessen der FMA nachhaltig berühren, vorzeitig beendet werden. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Überlassung hat die FMA die Oesterreichische Nationalbank unverzüglich schriftlich über das Vorliegen der dafür maßgeblichen Gründe zu informieren und alle diesbezüglich relevanten Unterlagen zu übermitteln. Die Überlassung endet spätestens mit Übernahme in ein Arbeitsverhältnis oder mit Pensionsantritt. Das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – AÜG, BGBl. Nr. 196/1988, ist auf die Überlassungsregelungen nach diesem Bundesgesetz nicht anwendbar.

(2) Die überlassenen Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank werden in den Dienstbetrieb der FMA eingegliedert, bleiben aber hinsichtlich ihrer dienst-, entgelt- und pensionsrechtlichen Stellung als Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank unberührt.

(3) Die Fach- und Dienstaufsicht über die gem. Abs. 1 überlassenen Bediensteten kommt den Organen der FMA zu. Die FMA hat die aus der Fach- und Dienstaufsicht sich ergebenden Handlungen vorzunehmen. Oesterreichische Nationalbank und FMA haben relevante Unterlagen und Informationen auszutauschen.

(4) Die gem. Abs. 1 überlassenen Bediensteten haben einen Anspruch auf Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur FMA und können bis 31. Dezember 2021 die Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur FMA durch Erklärung erwirken. Sie dürfen dabei nicht schlechter gestellt werden als Arbeitnehmer der FMA. Das Besetzen einer Bedingung macht die Erklärung unwirksam. Die bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückgelegten Arbeitszeiten sind für alle zeitabhängigen Ansprüche anzurechnen. Hinsichtlich der Anrechnung von sonstigen Vordienstzeiten gelten die Regelungen der FMA.

(5) Die Bestimmungen § 3 und § 14 Abs. 1a bis Abs 4 sind sinngemäß anzuwenden. Nicht als Anwendungsfall des § 14 Abs. 1a und 1b gilt die Tätigkeitsaufnahme der überlassenen Bediensteten am 1. Jänner 2020.

§ 15b. Für die gemäß § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten hat die FMA der Oesterreichischen Nationalbank die laufenden Personalaufwendungen inklusive der Personalarückstellungen, Aufwendungen

für Altersvorsorgen sowie Sachaufwendungen im Zusammenhang mit Ausbildungen und Dienstreisen zu ersetzen. Der konkrete Ersatz der Kosten und die näheren Modalitäten, insbesondere die Aufschlüsselung der Kosten und die Fälligkeiten sind durch eine gesonderte Vereinbarung zu regeln. Allfällige personenbezogene Änderungen der dienst- und entgeltrechtlichen Stellung des Bediensteten erfolgt durch die Oesterreichischen Nationalbank im Einvernehmen mit der FMA.

§ 15c. (1) Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank, die zum 1. Oktober 2019 in den Organisationseinheiten der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 15c Abs. 1 beschäftigt sind und deren Arbeitsverhältnis bei der Oesterreichischen Nationalbank nach dem 30. April 1998 begann, treten mit 1. Jänner 2020 mit ihren Rechten und Pflichten in ein Arbeitsverhältnis bei der FMA ein.

(2) Für die Bediensteten gem. Abs. 1 gelten das Angestelltengesetz – AngG, BGBl. Nr. 292/1921, und die für Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft geltenden sonstigen Rechtsvorschriften. Für die Bediensteten gem. Abs. 1 gelten auch die gemäß § 21 Abs. 2 Z 2 NBG geschlossenen Dienstordnungen in ihrer jeweils geltenden Fassung. Der Vorstand der FMA tritt in die Rechte des Generalrats der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 21 Abs. 2 Z 2 NBG ein und ist berechtigt, Beschlüsse über Dienstordnungen zu fassen, die für Arbeitsverhältnisse der gemäß Abs. 1 übernommenen Bediensteten gelten.

(3) Für die bis 31. Dezember 2019 entstandenen Ansprüche und Anwartschaften der Bediensteten gemäß Abs. 1 gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank, insbesondere hinsichtlich nicht konsumierter Urlaube, Abfertigungen und Pensionsansprüche, leistet die Oesterreichische Nationalbank der FMA bis zum 30. Juni 2020 eine Einmalzahlung. Die Höhe dieser Einmalzahlung ist nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik von einem entsprechend ausgebildeten Fachmann zu berechnen und vom Wirtschaftsprüfer der Oesterreichischen Nationalbank zu testieren. Unter die im ersten Satz genannten Ansprüche fällt auch der Barwert jener künftigen Zahlungen, zu denen sich die Oesterreichische Nationalbank durch Betriebsvereinbarung zu dem Zweck verpflichtet hat, eine bestimmte Pensionshöhe oder Ersatzrate auch dann zu gewährleisten, wenn die von einer Pensionskasse berechnete Zusatzpension diese Pensionshöhe oder Ersatzrate zum Zeitpunkt des Pensionsantritts des Bediensteten nicht erreicht (Schlusspensionskassenvertrag). Die näheren Modalitäten zur Leistung dieser Einmalzahlung, insbesondere deren Aufschlüsselung und durch eine gesonderte Vereinbarung zwischen der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank zu regeln.

(4) Die Bestimmung des § 3 und § 14 sind mit Ausnahme des § 14 Abs. 1 1. Satz anzuwenden. Nicht als Anwendungsfall des § 14 Abs. 1a und 1b gilt die Tätigkeitsaufnahme der übernommenen Bediensteten am 1. Jänner 2020.

(5) Die Geltung von Betriebsvereinbarungen bleibt für die Bediensteten gemäß Abs. 1 insoweit unberührt, als sie Angelegenheiten betreffen, die von den Betriebsvereinbarungen der FMA nicht geregelt werden. Betriebsvereinbarungen gem § 97 Abs. 1 Z 18a des Arbeitsverfassungsgesetzes – ArbVG, BGBl. Nr. 22/1974, bleiben für die Bediensteten gemäß Abs. 1 aufrecht.

§ 15d. (1) Organisationseinheiten im Sinne des § 15a Abs. 1 und des § 15c Abs. 1 sind die Abteilung für Europäische Großbankenanalyse, die Abteilung für Europäische Großbankenrevision, die Abteilung für Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie, die Abteilung für Bankenrevision, die Abteilung für Bankenanalyse und das Referat für spezifische Bankenabwicklungsthemen.

(2) Der in §§ 15a bis 15e verwendete Begriff „Bedienstete“ umfasst auch jene Personen, die zum 1. Oktober 2019 nach dem Mutterschutzgesetz – MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, oder dem Väter-Karenzgesetz – VKG, BGBl. Nr. 651/1989, karenziert, nach dem MSchG nicht beschäftigt werden dürfen, Präsenz im Zivildienst leisten oder vorübergehend zur Dienstleistung in europäischen Institutionen zugewiesen sind und unmittelbar vor dieser Abwesenheit in einer Organisationseinheit gemäß Abs. 1 beschäftigt waren.

(3) Der Betriebsrat der FMA ist für die gemäß § 15c Abs. 1 übernommenen Bediensteten ausschließlich und für die gemäß § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten in Bezug auf die bei der FMA auszuübende Tätigkeit zuständig.

(4) Die Bediensteten gemäß § 15c Abs. 1 sind hinsichtlich der über den 31. Dezember 2019 hinausgehenden Nutzung von Wohnungen gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 des Mietrechtsgesetzes – MRG, BGBl. Nr. 520/1981, so zu behandeln, als ob sie weiterhin Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank wären. § 1 Abs. 2 Z 2 MRG findet auf diese Weiternutzung sinngemäß Anwendung. Die Rechte der Dienstgeberin im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 MRG nimmt die Oesterreichische Nationalbank wahr.

(5) Allfällige von der Oesterreichischen Nationalbank gewährte Gehaltsvorschüsse an Bedienstete gemäß § 15c Abs. 1 sind entsprechend einer zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und den Bediensteten zu treffenden Vereinbarungen von der FMA zu übernehmen und abzugelten.

(6) Die Bediensteten gemäß § 15c Abs. 1 sind hinsichtlich der per 31. Dezember 2019 mit der Oesterreichischen Nationalbank bestehenden Darlehensverträge, ab dem 1. Jänner 2020 so zu behandeln, als ob sie weiterhin Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank wären. Die monatliche Darlehensrückzahlung erfolgt entsprechend der geschlossenen Darlehensvereinbarung mit der Oesterreichischen Nationalbank durch Aufrechnung mit dem von der FMA bezogenen Entgelt. Im Falle des Ausscheidens von Bediensteten gemäß § 15c Abs. 1 aus der FMA ist die OeNB berechtigt, die entsprechenden Darlehen fällig zu stellen. Eine gesonderte Vereinbarung über die näheren Modalitäten der Darlehensrückführung ist zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und der FMA zu treffen.

(7) Abweichende Vereinbarungen sind mit ausdrücklicher Zustimmung der Oesterreichischen Nationalbank, der FMA und des Bediensteten zulässig.

§ 15e. Die Oesterreichische Nationalbank und die FMA sind zur Wahrnehmung der in den §§ 15a bis 15d enthaltenen Bestimmungen verpflichtet, sich gegenseitig die erforderlichen personenbezogenen Daten der gemäß § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten und der gemäß § 15c Abs. 1 übernommenen Bediensteten zur Verfügung zu stellen.“

28. § 16 Abs. 2a lautet:

„(2a) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben dem Bundesminister für Finanzen auf Anfrage unverzüglich diejenigen Daten und Informationen zu übermitteln, die für die Erstellung von Regelungsvorhaben und für die Erfüllung der §§ 17 und 18 des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009, erforderlich sind.“

29. In § 16 wird nach Abs. 2a der folgende Abs. 2b eingefügt:

„(2b) Der Bundesminister für Finanzen ist berechtigt, zu dem in Abs. 1 genannten Zweck, Auskünfte der Oesterreichischen Nationalbank über alle Angelegenheiten der Finanzmarktstabilität und Finanzmarktentwicklung einzuholen. Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen die geforderten Auskünfte ohne unnötigen Verzug, längstens aber binnen zwei Wochen zu erteilen.“

30. § 16a Abs. 3 lautet:

„(3) Die interne Revision betreffende Verfügungen sind vom Vorstand zu treffen. Die interne Revision hat dem Vorstand zu berichten. Sie hat über die Prüfungsgebiete und wesentliche Prüfungsfeststellungen auf Grund durchgeführter Prüfungen quartalsweise auch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat in der nächstfolgenden Sitzung des Aufsichtsrates diesem über die Prüfungsgebiete und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen zu berichten. Die Interne Revision ist zumindest einmal jährlich zu einer Sitzung des Aufsichtsrates zur Berichterstattung einzuladen.“

31. Nach § 16a wird der folgende § 16b samt Überschrift eingefügt:

„Fachbeirat Finanzmarktaufsicht

§ 16b. (1) Bei der FMA ist ein Beirat (Fachbeirat Finanzmarktaufsicht) mit den folgenden Aufgaben einzurichten:

1. Beratung der FMA in den Angelegenheiten der Finanzmärkte;
2. Beobachtung und Analyse von internationalen Entwicklungen der Finanzmärkte unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Entwicklungen sowie Erarbeitung von Vorschlägen zu Schwerpunkten bei Aufsichtsthemen.

Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht kann Stellungnahmen und Empfehlungen annehmen und diese veröffentlichen.

(2) Die Mitglieder des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht werden vom Bundesminister für Finanzen bestellt und üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Die folgenden Institutionen haben Mitglieder namhaft zu machen:

1. Der Bundesminister für Finanzen: Den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie zwei Mitglieder aus dem Bereich der Wissenschaft und Forschung;
2. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort: ein Mitglied;
3. der Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: ein Mitglied;
4. der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz: ein Mitglied;
5. Wirtschaftskammer Österreich: zwei Vertreter der Bundessparte Bank und Versicherung und zwei Vertreter der Bundessparte Information und Consulting;

6. die Wiener Börse AG: ein Mitglied;
7. die Oesterreichische Nationalbank: ein Mitglied;
8. die Oesterreichische Kontrollbank: ein Mitglied.

Die Funktionsperiode der Mitglieder des Fachbeirates Finanzmarktaufsicht beträgt fünf Jahre. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht hat die nominierende Institution des ausscheidenden Mitglieds unverzüglich ein neues Mitglied namhaft zu machen, das vom Bundesminister für Finanzen für den Rest der Funktionsperiode zu bestellen ist. Der Bundesminister für Finanzen kann ein Mitglied des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht wegen einer schweren Pflichtverletzung, einer strafgerichtlichen Verurteilung oder wegen mangelnder gesundheitlicher Eignung mit Bescheid von seiner Funktion abberufen.

(3) Die Geschäfte des Beirats werden von der FMA geführt, dessen Geschäftsordnung wird vom Bundesminister für Finanzen festgelegt. Der Vorsitzende beruft die konstituierende Sitzung des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht ein. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder persönlich anwesend ist. Stimmübertragungen sind unzulässig. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht ist berechtigt, in- und ausländische Experten zu den Sitzungen einzuladen.“

32. Nach § 17 wird folgender § 17a samt Überschrift eingefügt:

„Mehrjähriger Finanzplan

§ 17a. (1) Der Vorstand der FMA hat einen Finanzplan mit einem Planungshorizont von drei Jahren (mehrjähriger Finanzplan) aufzustellen, der bei der Haushaltsführung und Personalbewirtschaftung einen mittelfristigen strategischen Planungshorizont sicherstellt und dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorzulegen ist.

(2) Der mehrjährige Finanzplan sind sämtliche im Planungshorizont (Abs. 1) zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben der FMA voneinander getrennt in voller Höhe (brutto) aufzunehmen. Die Voranschlagsbeträge sind zu errechnen oder, wenn dies nicht möglich ist, zu schätzen. Durch eine im mehrjährigen Finanzplan angeführte bindende Grundlage werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

(3) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat jährlich über die Einhaltung des mehrjährigen Finanzplanes zu berichten und gegebenenfalls Anpassungen vorzuschlagen. Der mehrjährige Finanzplan ist samt Erläuterungen dem Aufsichtsrat erstmalig zum 31. Oktober 2020 und die aktualisierte Version bis längstens 31. Oktober des laufenden Geschäftsjahres zur Genehmigung vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat ehestmöglich, jedoch spätestens bis 15. Dezember des laufenden Geschäftsjahres über die Genehmigung des mehrjährigen Finanzplans zu beschließen.“

33. § 18 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

34. In § 18 Abs. 4 wird die Wortfolge „die Mitglieder des Vorstandes“ durch die Wortfolge „den Vorstand“ ersetzt.

35. § 19 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz entfällt.

36. § 19 Abs. 4 erster und zweiter Satz lauten:

„Der Bund leistet pro Geschäftsjahr der FMA einen Beitrag von 33 Millionen Euro, der dem Rechnungskreis 1 gutzuschreiben ist sowie einen Beitrag von 4 Millionen Euro. Der Beitrag von 4 Millionen Euro sowie Erträge, die nicht auf Grund des Ersatzes von Aufsichtskosten oder diesbezüglichen Vorauszahlungen oder gemäß Abs. 10 der FMA zufließen, sind von den Gesamtkosten der FMA abzuziehen.“

37. § 19 Abs. 5 lautet:

„(5) Die FMA hat auf der Grundlage eines jeden Jahresabschlusses unverzüglich die auf die einzelnen Kostenpflichtigen gemäß Abs. 4 letzter Satz entfallenden Kosten für das vorangegangene Geschäftsjahr zu errechnen. Der errechnete Betrag ist mit den erhaltenen Vorauszahlungen für das vorangegangene Geschäftsjahr gegenzurechnen. Der Differenzbetrag hieraus ist zur Zahlung vorzuschreiben, sofern sich nicht ein Guthaben zugunsten des Kostenpflichtigen ergibt; Guthaben sind auszuzahlen. Für das nächstfolgende FMA-Geschäftsjahr sind den Kostenpflichtigen Vorauszahlungen in Höhe von 105 vH des gemäß dem ersten Satz jeweils errechneten Betrages vorzuschreiben. Auf Grund dieser Vorschreibungen haben die Kostenpflichtigen den vorgeschriebenen Betrag in vier gleichen Teilen jeweils bis spätestens 15. Jänner, April, Juli und Oktober des betreffenden Jahres zu leisten.“

38. § 19 Abs. 5a bis 5c entfällt.

39. Nach § 21b wird folgender Absatz 21c samt Überschrift eingefügt:

„Zusammenarbeit mit der Oesterreichischen Nationalbank

§ 21c. (1) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben die technische Ausgestaltung des gegenseitigen Datenzugriffs gemäß § 79 Abs. 2, 4 und 4a BWG, § 6 Abs. 3 und 5 ESAEG, § 26 Abs. 7 ZaDiG 2018 sowie den §§ 26a Abs. 2 und 26b Abs. 7 E-Geldgesetz und die nähere Vorgangsweise bei Prüfungen gemäß § 70 Abs. 1c BWG und § 5 Abs. 6 ESAEG zu vereinbaren. Weiters haben die FMA und die Oesterreichische Nationalbank die nähere Vorgehensweise betreffend den regelmäßigen gegenseitigen und zeitlich befristeten Austausch von Bediensteten zum Zweck des Kompetenz- und Wissenstransfers in die jeweils andere Institution zu vereinbaren. Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben gemäß diesem Absatz getroffene Vereinbarung auf ihren jeweiligen Internetseiten zu veröffentlichen.

(2) Erhalten die FMA oder die Oesterreichische Nationalbank Kenntnis von einem Sachverhalt mit möglicher Auswirkung auf die Finanzmarktstabilität, haben sie sich davon unverzüglich gegenseitig in Kenntnis zu setzen.

(3) Kommen die FMA oder die Oesterreichische Nationalbank zur Erkenntnis, dass ein oder mehrere Sachverhalte negative Auswirkung auf die Finanzmarktstabilität haben können, haben sie sich die zur Bewältigung der Krisensituation notwendigen Informationen, Analysen und Erkenntnisse umgehend gegenseitig zur Verfügung zu stellen.

(4) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben den Bundesminister für Finanzen von Sachverhalten gemäß Abs. 2 und Abs. 3 unverzüglich in Kenntnis zu setzen und ihm alle zur Bewältigung der Krisensituation notwendigen Informationen, Analysen und Erkenntnisse umgehend zur Verfügung zu stellen.

(5) Darüber hinaus kann die Oesterreichische Nationalbank von der FMA Informationen aus der mikroprudenziellen Aufsicht verlangen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der makroprudenziellen Aufsicht, der Finanzmarktstabilität und der Gewährleistung des Zahlungsverkehrs sowie der Hilfestellung der Oesterreichischen Nationalbank in der Qualitätssicherung der Aufsicht, erforderlich sind. Hierzu ist ein Gremium von FMA und Oesterreichischer Nationalbank auf Leitungsebene einzurichten, welches zumindest einmal jährlich tagt und in welchem der Datenaustausch sowie Analyseergebnisse und –programme abzustimmen sind.

(6) Der Datenaustausch zwischen der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der Aufgabenerfüllung der jeweiligen Institution ist im erforderlichen Ausmaß jedenfalls zulässig.“

40. In § 22 werden nach Abs. 1 die folgenden Abs. 1a und 1b eingefügt:

„(1a) Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG hat aufschiebende Wirkung. Die FMA kann die aufschiebende Wirkung mit Bescheid ausschließen, wenn der aufschiebenden Wirkung zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen oder nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheids mit keinem unverhältnismäßigen Nachteil verbunden wäre.

(1b) Die Beschwerde gegen einen Bescheid gemäß Abs. 1a zweiter Satz hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern die Beschwerde nicht als verspätet oder unzulässig zurückzuweisen ist, hat die FMA dem Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verfahrens unverzüglich vorzulegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat über die Beschwerde nach Anhörung der FMA unverzüglich zu entscheiden und der FMA, wenn diese nicht von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, die Akten des Verfahrens zurückzustellen.“

41. § 22 Abs. 2 lautet:

„(2) Im Verfahren über Beschwerden gegen Bescheide der FMA kann das Bundesverwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung durch Beschluss ausschließen, wenn der aufschiebenden Wirkung zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen oder nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheids mit keinem unverhältnismäßigen Nachteil verbunden wäre.“

42. Dem § 26 wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) § 19 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 ist auf die Abrechnung der Geschäftsjahre anzuwenden, die bis 31. Dezember 2019 enden. § 19 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2019 beginnen.“

43. Nach § 26e wird folgender § 26f eingefügt:

„§ 26f. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA zur Sicherstellung der reibungslosen Übergabe und der Vermeidung von Informationslücken bei der Übertragung von Zuständigkeiten hinsichtlich offener Analyse- und Prüfaufträge alle nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

(2) (Zu § 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Der Bundesminister für Finanzen hat das aufgrund einer Namhaftmachung durch die Oesterreichische Nationalbank gemäß § 5 Abs. 3 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 bestellte Vorstandsmitglied mit Wirkung des Ablaufs des 31. Dezembers 2019 abberufen. Der Anspruch auf Entgelt und die nachvertraglichen Pflichten aus dem mit der Abberufung endenden Dienstvertrag bleiben unberührt.

(3) (Zu § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Die Funktionsperiode der von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft gemachten Mitglieder des Aufsichtsrates endet mit Ablauf des 31. Oktober 2019. Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen bis spätestens 30. September 2019 zwei Personen zur Bestellung als Mitglied des Aufsichtsrates ab dem 1. November 2019 namhaft zu machen. Der Bundesminister für Finanzen kann, soweit dies erforderlich ist, um die in § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 festgelegten Voraussetzungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates zu erfüllen, zwei Mitglieder abberufen, auch wenn keiner der in § 8 Abs. 4 genannten Gründe vorliegt. Der Bundesminister für Finanzen hat für die rechtzeitige Bestellung der gemäß § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 neu zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates Sorge zu tragen.

(4) (Zu § 12a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Betreffend die Bestellung der ersten drei Exekutivdirektoren hat der Vorstand das Ausschreibungsverfahren so zeitgerecht durchzuführen, dass dem Aufsichtsrat Vorschläge für geeignete Bewerber im Zeitraum zwischen dem 1. November 2019 und dem 15. November 2019 vorgelegt werden können. Bei der Erstellung des Vorschlags kommt dem aufgrund einer Namhaftmachung durch den Bundesminister für Finanzen gemäß § 5 Abs. 3 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 bestellten Vorstandsmitglied im Falle der Stimmgleichheit ein Dirimierungsrecht zu. Der Aufsichtsrat hat sodann für die rechtzeitige Bestellung der gemäß § 12a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 zu bestellenden Exekutivdirektoren Sorge zu tragen.

(5) (Zu § 13 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Die Oesterreichische Nationalbank hat ihren zweiten Vertreter im Finanzmarktstabilitätsgremium dem Bundesminister für Finanzen bis spätestens 31. Oktober 2019 namhaft zu machen. Die Bundesregierung hat für die rechtzeitige Bestellung des gemäß § 13 Abs. 4 Z 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 neu zu bestellenden, zweiten Vertreters der Oesterreichischen Nationalbank als Mitglied des Finanzmarktstabilitätsgremiums Sorge zu tragen. Die Funktionsperiode des vom Bundesminister für Finanzen gemäß § 13 Abs. 4 Z 5 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 namhaft gemachten Mitglieds des Finanzmarktstabilitätsgremiums endet mit Ablauf des 31. Dezember 2019.“

44. Nach § 27 wird folgender § 27a samt Überschrift eingefügt:

„Sprachliche Gleichbehandlung

§ 27a. Soweit in diesem Bundesgesetz personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.“

45. Dem § 28 werden die folgenden Abs. 40 und 41 angefügt:

„(40) § 8 Abs. 1, 3 und 4, § 9 Abs. 1 bis 3 und 5 und § 10 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. November 2019 in Kraft. § 2 Abs. 6, § 3 Abs. 2, § 5, § 6 Abs. 1 und 4, § 7 Abs. 1, 2 und 3, § 10 Abs. 2 Z 10, § 11, § 12, § 12a samt Überschrift, § 13 Abs. 4, § 13b Abs. 1, § 15 Abs. 2, § 15a samt Überschrift, § 15b, § 15c, § 15d, § 15e, § 16 Abs. 2a und 2b, § 16a Abs. 3, § 16b, § 17a, § 18 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 1, § 19 Abs. 4 und 5, § 21c, § 22 Abs. 1a, 1b und Abs. 2 und § 26 Abs. 12 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten am 1. Jänner 2020 in Kraft, § 2 Abs. 3 Z 10 und § 19 Abs. 5a bis 5c treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

(41) § 22 Abs. 1a, 1b und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 tritt mit 1. September 2019 in Kraft.“

Artikel 9

Änderung des Investmentfondsgesetzes 2011

Das Investmentfondsgesetz 2011 – InvFG 2011, BGBl. I Nr. 77/2011, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

1. In § 129 Abs. 2 wird die Wortfolge „, der FMA oder der Oesterreichischen Nationalbank“ durch die Wortfolge „oder der FMA“ ersetzt.



2. In § 145 Abs. 3 entfällt die Wortfolge „oder der Oesterreichischen Nationalbank“.

3. § 153 Abs. 1 lautet:

„(1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß §§ 151 und 152 dieses Bundesgesetzes und § 20 Abs. 3, 28a Abs. 4, § 44 Abs. 1 erster Satz und Abs. 4 und § 70a Abs. 5 BWG sowie § 2 Abs. 2 der Mündelsicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 650/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 219/2003 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen haben sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und Meldungen gemäß § 154 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.“



4. In § 154 Abs. 1 und 2 entfällt jeweils die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

5. Dem § 200 wird folgender Abs. 29 angefügt:

„(29) § 129 Abs. 2, § 145 Abs. 3, § 153 Abs. 1 und § 154 Abs. 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 10

Änderung des Nationalbankgesetzes 1984

Das Nationalbankgesetz 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 44b lautet:

„§ 44b. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse:

1. das Vorliegen all jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind;
2. die Entwicklungen auf den Finanzmärkten zu beobachten und dabei insbesondere deren Auswirkungen auf den nationalen Finanzmarkt zu analysieren;
3. die Entwicklungsmöglichkeiten des österreichischen Finanzmarktes zu analysieren.

(2) Die FMA hat Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKGG, BGBl. I Nr. 70/2004) sowie der Pensionskassen, die die Oesterreichische Nationalbank zur Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Abs. 1 benötigt, dieser auf ihr Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese Daten auch verarbeiten. Sind die von der Oesterreichischen Nationalbank angeforderten Daten bei der FMA nicht verfügbar, so sind sie von der FMA zu erheben, und der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen. Liegen benötigte Daten bei der FMA nicht vor, so können sie von den im ersten Satz genannten Instituten auch durch die Oesterreichische Nationalbank direkt erhoben werden und sind diese Daten sodann der FMA zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat auf dem Gebiet der Finanzmarktstabilität und zur Finanzmarktentwicklung gemäß Abs. 1 dem Bundesminister für Finanzen und der FMA Beobachtungen und Feststellungen grundsätzlicher Art oder besonderer Bedeutung mitzuteilen und auf Verlangen die erforderlich erscheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie Gutachten zu erstatten.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen, der FMA, dem Fachbeirat Finanzmarktaufsicht, dem Finanzmarktstabilitätsgremium und dem Nationalrat jährlich einen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse aus ihren Beobachtungen gemäß Abs. 1 zu übermitteln.

(5) Die Oesterreichische Nationalbank hat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß Abs. 1 Z 2 innerhalb ihrer Organisationsstruktur eine eigene Einheit („Kompetenzstelle mit Forschungsagenden“) einzurichten. Sie hat weiters zur Förderung der Finanzbildung in Österreich beizutragen und dem Bundesminister für Finanzen jährlich einen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse zum Stand der Finanzbildung in Österreich zu übermitteln.“

2. In § 69 Abs. 3 wird der Wert „90vH“ durch den Wert „95vH“ ersetzt.

3. Dem § 89 wird folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) § 44b und § 69 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 11

Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes

Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – BaSAG, BGBl. I Nr. 98/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 4 lautet:

„(4) Die FMA hat sicherzustellen, dass die mit der Abwicklungstätigkeit betraute Organisationseinheit und die Organisationseinheiten, die die im FMABG festgelegten sonstigen Tätigkeiten der FMA ausführen, bei der Vorbereitung, Planung und Anwendung von Abwicklungsentscheidungen eng miteinander zusammenarbeiten; zu diesem Zweck hat die FMA eine Datenbank zu führen, die den jederzeitigen wechselseitigen automationsunterstützten Zugriff auf die bei diesen Organisationseinheiten vorhandenen Daten gewährleistet. Die Oesterreichische Nationalbank hat der Abwicklungsbehörde den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle in § 79 Abs. 2 BWG genannten Daten zu ermöglichen.“

2. § 3 Abs. 5 lautet:

„(5) Die FMA, die Abwicklungsbehörde und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 eng zusammen. Die Abwicklungsbehörde kann in Ausnahmefällen auch Bankprüfer, Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und sonstige Sachverständige alle erforderlichen Prüfungen, Gutachten und Analysen vornehmen lassen; die Erteilung von Auskünften durch die Abwicklungsbehörde an die von ihr Beauftragten ist zulässig, soweit dies zur Erfüllung des Auftrags zweckdienlich ist. Die Abwicklungsbehörde kann die Oesterreichische Nationalbank als Sachverständige in Bezug auf Fragen der Finanzmarktstabilität gemäß § 48 Abs. 2 Z 2 BaSAG im Rahmen der Abwicklungsplanung beauftragen.“

3. § 4 Abs. 3 lautet:

„(3) Die FMA kann zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 und 2 und die Abwicklungsbehörde zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 Z 3 und Abs. 2 eine Verordnung erlassen, sofern diese Festlegungen für ein Vielzahl von Instituten erfolgen.“

4. § 44 Abs. 1 Z 9 lautet:

„9. im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen, wofür die FMA eigene Prüfer gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 BWG verwenden oder geeignete Sachverständige beauftragen kann, alle Informationen beschaffen, die von der Abwicklungsbehörde benötigt werden, um den Abwicklungsplan zu aktualisieren, gegebenenfalls die Abwicklung des Instituts vorzubereiten und eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Instituts gemäß § 54 vorzunehmen, und diese Informationen der Abwicklungsbehörde zur Verfügung stellen.“

5. In § 78 Abs. 3 Z 1 wird das Wort „FIMBAG“ durch die Wortfolge „ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG)“ ersetzt.

6. In § 79 Abs. 1 wird das Wort „FIMBAG“ durch das Wort „ABBAG“ ersetzt.

7. In § 79 Abs. 2 wird das Wort „FIMBAG“ durch das Wort „ABBAG“ ersetzt.

8. In § 83 Abs. 1 wird das Wort „FIMBAG“ durch das Wort „ABBAG“ ersetzt.

9. In § 83 Abs. 2 Z 1 wird die Wortfolge „der FIMBAG,“ gestrichen.

10. In § 83 Abs. 3 wird das Wort „FIMBAG“ durch das Wort „ABBAG“ ersetzt.

11. In § 84 Abs. 2 entfällt die Wortfolge „§ 3 Abs. 9,“.

12. § 113a Abs. 2 lautet:

„(2) Die FMA und die Abwicklungsbehörde können für die Zwecke dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eigene Prüfer oder geeignete Sachverständige mit der Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen beauftragen.“

13. § 115 Abs. 2 Schlussteil entfällt.

14. § 118 Abs. 1 lautet:

„(1) Beschwerden gegen die Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung. Die FMA kann auf Antrag der Beschwerde die aufschiebende Wirkung mit Bescheid zuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Es gilt hierbei die widerlegbare Vermutung, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Wird die aufschiebende Wirkung zuerkannt, ist der Vollzug des angefochtenen Bescheides aufzuschieben und sind die hierzu erforderlichen Verfügungen zu treffen.“

15. In § 118 werden nach Abs. 1 die folgenden Abs. 1a und 1b eingefügt:

„(1a) Die Beschwerde gegen einen Bescheid gemäß Abs. 1 hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern die Beschwerde nicht als verspätet oder unzulässig zurückzuweisen ist, hat die FMA dem Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verfahrens unverzüglich vorzulegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat über die Beschwerde nach Anhörung der FMA unverzüglich zu entscheiden und der FMA, wenn diese nicht von der Erlassung einer Beschwerdeentscheidung absieht, die Akten des Verfahrens zurückzustellen.“

(1b) Im Verfahren über Beschwerden gegen Anordnungen von Abwicklungsmaßnahmen kann das Bundesverwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung durch Beschluss zuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Es gilt hierbei die widerlegbare Vermutung, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Wird die aufschiebende Wirkung zuerkannt, ist der Vollzug des angefochtenen Bescheides aufzuschieben und sind die hierzu erforderlichen Verfügungen zu treffen.“

16. In § 165 Abs. 2 wird die Wortfolge „eine Abbaueinheit, die FIMBAG und die Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes (ABBAG)“ durch die Wortfolge „eine Abbaueinheit und die ABBAG“ ersetzt.

17. Dem § 167 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) § 118 Abs. 1 bis 1b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. September 2019 in Kraft. § 3 Abs. 4 und 5, § 4 Abs. 3, § 44 Abs. 1 Z 9, § 84 Abs. 2, § 113a Abs. 2 und § 115 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 12 **Änderung des Sparkassengesetzes**

Das Sparkassengesetz – SpG, BGBl. Nr. 64/1979, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. In § 28 Abs. 3 entfallen die Wortfolgen „nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank“ und „und die OeNB“.

2. Dem § 42 wird folgender Abs. 14 angefügt:

„(14) § 28 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 13 **Änderung des STS-Verbriefungsvollzugsgesetzes**

Das STS-Verbriefungsvollzugsgesetz – STS-VVG, BGBl. I Nr. 76/2018, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

2. In § 2 Abs. 3 wird die Wortfolge ~~„Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben die ihnen jeweils mit diesem Bundesgesetz und der Verordnung (EU) 2017/2402 übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten nur soweit wahrzunehmen“~~ durch die Wortfolge ~~„Die FMA hat die ihr mit diesem Bundesgesetz und der Verordnung (EU) 2017/2402 übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten nur soweit wahrzunehmen“~~ ersetzt.

3. § 18 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 2 Abs. 1 und ~~§ 2 Abs. 3~~ in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 14 **Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016**

Das Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG 2016, BGBl. Nr. 34/2015, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 182 Abs. 5 bis 7 entfällt.

2. Dem § 340 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) § 182 Abs. 5 bis 7 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

Artikel 15 **Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018**

Das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – WAG 2018, BGBl. I Nr. 107/2017, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 3 entfällt.

2. In § 11 Abs. 5 entfällt die Wortfolge „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

3. Dem § 117 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 11 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 11 Abs. 3 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

Artikel 16 **Änderung des Zahlungsdienstegesetzes 2018**

Das Zahlungsdienstegesetz 2018 – ZaDiG 2018, BGBl. I Nr. 37/2018, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird im 5. Hauptstück nach dem Eintrag zu § 94 der folgende Eintrag eingefügt:
„§ 94a. Anzeigen“

2. § 10 Abs. 2 Z 1 entfällt.

3. § 15 Abs. 4 lautet:

„(4) Erfüllt der Antragsteller die Voraussetzungen nach Abs. 1 oder 2 nicht, hat ihm die FMA die Eintragung in das Zahlungsinstitutsregister zu verweigern.“

4. § 25 Abs. 3 lautet:

„(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von Zahlungsinstituten sowie die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4 und 6, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, der §§ 16 bis 18, 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 25 Abs. 1 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 20 Abs. 1), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für Zahlungsinstitute) darzustellen.“

5. Nach § 25 Abs. 3 werden folgende Abs. 3a und 3b eingefügt:

„(3a) Das Ergebnis der Prüfung gemäß Abs. 3 über die Beachtung der §§ 7 Abs. 6, §§ 16 bis 18 und § 25 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, §§ 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 24 dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, § 19 Abs. 2, §§ 20 bis 24, 29 und § 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 95 Abs. 1 oder 2 führen.“

(3b) Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie, soweit erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des Zahlungsinstituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung der Daten bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.“

6. Dem § 26 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Meldungen gemäß Abs. 1 bis 3 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf diese Daten zu ermöglichen.“

7. § 29 Abs. 1 Z 1 lautet:

„1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder“

8. § 88 Abs. 3 lautet:

„(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammenzuarbeiten. § 79 Abs. 4a Satz 2 und 3 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der Zahlungsinstitutsaufsicht gelten.“

9. In § 88 wird nach Abs. 3 folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Die FMA hat Prüfungen gemäß § 93 Abs. 2 Z 4, Gutachten im Rahmen der Zahlungsinstitutsaufsicht und Analysen gemäß Abs. 3 in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich dabei weitestmöglich auf die von der Oesterreichischen Nationalbank nach § 26 Abs. 7 zur Verfügung gestellten Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die FMA ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer des betreffenden Zahlungsinstituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.“

10. § 88 Abs. 7 lautet:

„(7) Ein Antrag gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 auf befristete Ausnahme von den Anforderungen gemäß Art. 4 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 für neue Massenzahlverfahren ist bei der FMA zu stellen, sofern der Antragsteller seinen Sitz im Inland hat. Die FMA hat im Verfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 eine gutachterliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen für ein neues Massenzahlverfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 einzuholen. Die Oesterreichische Nationalbank hat diese gutachtliche Äußerung in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich hier weitestmöglich auf das Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank zu stützen und kann sich auf dessen Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.“

11. Der Einleitungsteil des § 90 Abs. 1 lautet:

„Die FMA ist zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erforderlich ist; das sind:“

12. In § 90 wird nach Abs. 1 folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 26 erforderlich ist.“

13. § 91 lautet:

„§ 91. Von der FMA beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.“

14. Der Einleitungsteil des § 92 Abs. 4 lautet:

„Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA folgende Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Zahlungsinstitute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:“

15. § 93 Abs. 2 Z 4 und 5 lauten:

- „4. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei Zahlungsinstituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs durchzuführen;
5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen können auch eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen und“

16. § 93 Abs. 3 lautet:

„(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im übrigen sind die §§ 70 Abs. 1b und 1c und 71 BWG anzuwenden.“

17. § 93 Abs. 4 entfällt.

18. § 94 Abs. 11 entfällt.

19. Nach § 94 wird folgender Abs. 94a samt Überschrift eingefügt:

„Anzeigen

§ 94a. (1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 1, § 21 Abs. 3, § 22 Abs. 1, § 25 Abs. 7, § 28 Abs. 1 und § 86 Abs. 1 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren ohne dass Aufsichtsinteressen beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für

Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und Anzeigen gemäß § 25 Abs. 8 und § 95 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Übermittlungspflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Anzeigen in sonstigen Übermittlungen ~~sonstigen~~ vergewissern können.

(2) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 14 Abs. 1 Z 2, 3, 4, 10 und § 25 Abs. 7 zu ermöglichen.“

20. In § 95 Abs. 1 und 2 entfällt jeweils die Wortgruppe „und der Oesterreichischen Nationalbank“.

21. In § 100 Abs. 9 entfällt die Wortfolge „oder die Oesterreichische Nationalbank“.

22. In § 119 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Der Eintrag zu § 94a im Inhaltsverzeichnis 15 Abs. 4, 25 Abs. 3, 3a und 3b, 26 Abs. 7, 29 Abs. 1 Z 1, 88 Abs. 3, 3a und 7, 90 Abs. 1 und 1a, 91, 92 Abs. 4, 93 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3, 94a, 95 Abs. 1 und 2 und 100 Abs. 9 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten 1. Jänner 2020 in Kraft. Die §§ 10 Abs. 1 Z 1, 93 Abs. 4 und 94 Abs. 11 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.“

Artikel 17

Änderung des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes

Das Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz – ZGVG, BGBl. I Nr. 97/2012, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 2 lautet:

„§ 2. (1) Die FMA ist die für Österreich zuständige Behörde gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und nimmt unbeschadet der ihr in anderen Bundesgesetzen zugewiesenen Aufgaben die den zuständigen Behörden gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zukommenden Aufgaben und Befugnisse wahr und hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zu überwachen.

(2) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammen.

(3) Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Zahlungssystemaufsicht nach § 44a des Nationalbankgesetzes 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984, bleiben von den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes unberührt.

(4) Die FMA hat bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 der europäischen Konvergenz der Aufsichtsinstrumente und Aufsichtsverfahren Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck hat die FMA die Leitlinien, Empfehlungen und anderen von der ESMA (European Securities and Markets Authority) beschlossene Maßnahmen im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 anzuwenden. Die FMA kann von diesen Leitlinien und Empfehlungen abweichen, sofern dafür ein berechtigter Grund, insbesondere Widerspruch zu bundesgesetzlichen Vorschriften, vorliegt.“

2. § 3 Abs. 2 lautet:

„(2) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 1 Z 3 und 4 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im Übrigen ist § 71 Abs. 1 bis 6 BWG anzuwenden.“

3. Nach § 3 Abs. 2 werden folgende Abs. 2a bis 2f eingefügt:

„(2a) Stellt die Oesterreichische Nationalbank bei einer Vor-Ort-Prüfung fest, dass der gemäß Abs. 1 Z 3 oder 4 erteilte Prüfungsauftrag zur Erreichung des Prüfungszwecks nicht ausreicht, so hat sie die FMA um die erforderlichen Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

(2b) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm gemeinsam festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. eine angemessene Prüfungsfrequenz,
2. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
3. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,
4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß Abs. 1 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen.

(2c) Die Oesterreichische Nationalbank ist berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 1 Z 4 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 2b festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden. Die Oesterreichische Nationalbank hat zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.

(2d) Die Oesterreichische Nationalbank hat den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung gemäß Abs. 2c schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist der zentralen Gegenpartei bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch die geprüfte zentrale Gegenpartei hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfanges gemäß § 22 FMABG zu sorgen.

(2e) Die Oesterreichische Nationalbank hat ihr übertragene Prüfungen gemäß Abs. 1 Z 4, Gutachten im Rahmen der Aufsicht über zentrale Gegenparteien und Analysen gemäß Abs. 2f in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich weitestmöglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der Oesterreichischen Nationalbank sowie sonstige von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen der betroffenen zentralen Gegenpartei unverzüglich der FMA zu übermitteln. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichischen Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten; die Beauftragung der Oesterreichischen Nationalbank gemäß Abs. 1 Z 4 steht jedoch einer allenfalls erforderlichen ergänzenden Beweisaufnahme durch eigene Erhebungen der FMA oder durch Wirtschaftsprüfer und sonstige Sachverständige nicht entgegen. Die Oesterreichische Nationalbank ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer der betreffenden zentralen Gegenpartei die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese ist § 79 Abs. 4b und 5 BWG anzuwenden.

(2f) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle relevanten Informationen aus ihrer aufsichtlichen Tätigkeit zu ermöglichen. Relevante Informationen in diesem Sinn sind Ermittlungsergebnisse und sonstige institutsbezogene Wahrnehmungen, soweit sie den Zuständigkeitsbereich der FMA betreffen. Die Oesterreichische Nationalbank hat alle ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Aufsicht über zentralen Gegenparteien und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). Alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung der Risikolage oder eines Verdachts auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist der FMA unverzüglich mitzuteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzlich bestimmte Einzelanalysen zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Alle von ihr durchgeführten Einzelanalysen sind jedenfalls der FMA zur Verfügung zu stellen. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.“

4. Dem § 12 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) § 2 und § 3 Abs. 2 bis 2f in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Artikel 18

Änderung des Zentralverwahrer-Vollzugsgesetzes

Das Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz – ZvVG, BGBl. I Nr. 69/2015, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 zweiter Satz entfällt.

2. § 2 Abs. 2 lautet:

„(2) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 1 Z 3 und 4 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im Übrigen ist § 71 Abs. 1 bis 6 BWG anzuwenden.“

3. Nach § 2 Abs. 2 werden folgende Abs. 2a bis 2f eingefügt:

„(2a) Stellt die Oesterreichische Nationalbank bei einer Vor-Ort-Prüfung fest, dass der gemäß Abs. 1 Z 3 oder 4 erteilte Prüfungsauftrag zur Erreichung des Prüfungszwecks nicht ausreicht, so hat sie die FMA um die erforderlichen Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

(2b) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm gemeinsam festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. eine angemessene Prüfungsfrequenz,
2. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
3. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,
4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß Abs. 1 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen.

(2c) Die Oesterreichische Nationalbank ist berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 1 Z 4 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 2b festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden. Die Oesterreichische Nationalbank hat zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.

(2d) Die Oesterreichische Nationalbank hat den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung gemäß Abs. 2c schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist dem Zentralverwahrer bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch den geprüften Zentralverwahrer hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfanges gemäß § 22 FMABG zu sorgen.

(2e) Die Oesterreichische Nationalbank hat ihr übertragene Prüfungen gemäß Abs. 1 Z 4, Gutachten im Rahmen der Aufsicht über Zentralverwahrer und Analysen gemäß Abs. 2f in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich weitestmöglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der Oesterreichischen Nationalbank sowie sonstige von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen des betroffenen Zentralverwahrer unverzüglich der FMA zu übermitteln. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichischen Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten; die Beauftragung der Oesterreichischen Nationalbank gemäß Abs. 1 Z 4 steht jedoch einer allenfalls erforderlichen ergänzenden Beweisaufnahme durch eigene Erhebungen der FMA oder durch Wirtschaftsprüfer und sonstige Sachverständige nicht entgegen. Die Oesterreichische Nationalbank ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer des betreffenden Zentralverwahrer die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen. Hinsichtlich

der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese ist § 79 Abs. 4b und 5 BWG anzuwenden.

(2f) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle relevanten Informationen aus ihrer aufsichtlichen Tätigkeit zu ermöglichen. Relevante Informationen in diesem Sinn sind Ermittlungsergebnisse und sonstige institutsbezogene Wahrnehmungen, soweit sie den Zuständigkeitsbereich der FMA betreffen. Die Oesterreichische Nationalbank hat alle ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Aufsicht über Zentralverwahrer und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). Alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung der Risikolage oder eines Verdachts auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist der FMA unverzüglich mitzuteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzlich bestimmte Einzelanalysen zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Alle von ihr durchgeführten Einzelanalysen sind jedenfalls der FMA zur Verfügung zu stellen. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.“

4. § 22 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 bis 2f in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.“

Allgemeiner Teil

Grundlagen des Gesetzentwurfs:

Der Österreichische Finanzstandort ist wesentlich von den hohen Qualitätsstandards der Regulierung und des Aufsichtssystems abhängig. Die Finanzkrise und deren Aufarbeitung haben dazu geführt, dass in Europa und in Österreich aufsichtsrechtliche Lücken geschlossen wurden, neue europäische Institutionen geschaffen und bestimmte Zuständigkeiten auf diese Ebene verschoben wurden und die Regulierung zu einem immer dichteren und umfassenderen System der Überwachung des Finanzsektors ausgebaut wurde. Neben der Verbesserung der Finanzmarktstabilität und der Widerstandskraft des Finanzsektors gegen Krisen wurden aber durch das komplexe Geflecht an Zuständigkeiten auf nationaler und EU-Ebene auch bürokratische Strukturen im Bereich der Aufsichtsinstitutionen geschaffen, die auf Effizienzpotenziale zu überprüfen sind.

Ziel der vorliegenden Gesetzesentwurfes ist es daher, durch eine Reform der Struktur der Finanzmarktaufsicht das Gesamtsystem der nationalen Finanzmarktaufsicht effizienter auszurichten und Doppelgleisigkeiten entgegenzuwirken, um insbesondere Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und zu vereinfachen, klare Ansprechpartner für Finanzmarktteilnehmer und EU-Institutionen festzulegen und die Serviceorientierung zu stärken.

Hauptgesichtspunkte des Entwurfs:

Künftig wird die gesamte behördliche Aufsicht über den Finanzmarkt in der FMA gebündelt. Hierzu werden die derzeitigen Aufgaben betreffend Vor-Ort-Prüfung und (Einzel-)Analyse im Bereich der Aufsicht über alle Finanzmarktteilnehmer, insbesondere im Bereich der Bankenaufsicht, von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA übertragen. Ein diese Maßnahmen begleitender, umfassender Reformprozess innerhalb der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank soll das Ziel verfolgen, der Aufsicht eine geradlinigere Struktur zu verleihen sowie die Service-Orientierung weiter zu erhöhen. Die FMA nimmt als weisungsfreies, ausführendes Organ die Einzelfallprüfung und -überwachung, Nachverfolgung und Verfahren sowie die technische Umsetzung der Regulierung wahr und vertritt Österreich kompetenzgemäß in den europäischen und internationalen Aufsichtsgremien und -institutionen.

Die Kompetenzen der FMA als integrierte Finanzmarktaufsichtsbehörde umfassen künftig insbesondere:

- die umfassende behördliche Aufsicht über Banken, Versicherungen, Pensionskassen, betriebliche Vorsorgekassen, Finanzkonglomerate, Asset Manager und sonstige konzessionierte und regulierte Finanzintermediäre und Produktanbieter, einschließlich der damit verbundenen (Vor-Ort-) Prüfungsaktivitäten und Einzelanalysen,
- die Wohlverhaltensaufsicht über den Kapitalmarkt, Intermediäre und Emittenten,
- den kollektiven Schutz der Anleger, Sparer, Investoren und Versicherten,
- die Wahrnehmung der Funktion als „Makroprudentielle Behörde“ (in Zusammenarbeit mit der für die makroprudentielle Aufsicht und Analyse zuständigen Oesterreichischen Nationalbank und dem Finanzmarktstabilitätsgremium),
- die Behördenfunktion bei der Abwicklung von Banken einschließlich der damit verbundenen (Vor-Ort-) Prüfungsaktivitäten und Einzelanalysen,
- die Behördenfunktion bei der Beaufsichtigung von Finanzmarktinfrastrukturen,
- die Vertretung Österreichs in den europäischen und internationalen Institutionen im Bereich der Finanzmarktaufsicht als nationale zuständige Behörde, wobei im Bereich des aufsichtlichen Meldewesens weiterhin Unterstützung durch die Oesterreichische Nationalbank erfolgen soll.

In der Oesterreichischen Nationalbank verbleibt die Kompetenz zur Überwachung der Finanzmarktstabilität (makroprudentielle beziehungsweise makroökonomische Analyse). Auf Basis eines Beschlusses ihres Direktoriums kann die Oesterreichische Nationalbank der FMA künftig Prüfaufträge erteilen, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Finanzmarktstabilität oder im Krisenfall notwendig ist. Die Oesterreichische Nationalbank soll weiters alle Umstände und Entwicklungen, die für die Finanzmarktstabilität relevant sind und sonstige Entwicklungen auf den Finanzmärkten beobachten und analysieren und den Bundesminister für Finanzen und die FMA hierüber informieren. Schließlich soll die Oesterreichische Nationalbank künftig auch verstärkt zur Finanzbildung in Österreich beitragen. Die bisher bei der Oesterreichischen Nationalbank bestehenden Kompetenzen im Bereich der Statistik, des aufsichtlichen Meldewesens und der Zahlungssystemaufsicht sowie der Prüfung und Analyse von Finanzmarktinfrastrukturen verbleiben unverändert bei der Oesterreichischen Nationalbank.

Zur Unterstützung des Bundesministers für Finanzen in der Fachaufsicht über die FMA, zur Qualitätssicherung der behördlichen Bankprüfung und zur Stärkung der Regulierungskompetenz hat die Oesterreichische Nationalbank dem Bundesminister für Finanzen Auskünfte über alle Angelegenheiten der Finanzmarktstabilität und Finanzmarktentwicklung zu geben.

Zur Schnittstellenreduktion und Informationsoptimierung haben die Oesterreichische Nationalbank und die FMA Meldedaten, Statistikinformationen sowie alle sonstigen für die Aufsicht notwendigen Daten und Informationen in geeigneter und effizienter Weise untereinander auszutauschen. Die FMA schließt mit der Nationalbank eine bilaterale Vereinbarung („Memorandum of Understanding“), die zu veröffentlichen ist und die die konkreten Details der Zusammenarbeit, des Informationsflusses und der Bereitstellung von Ressourcen zur Erfüllung der jeweiligen Kompetenzen festlegen soll. Zur Sicherstellung der effektiven Zusammenarbeit in Krisenzeiten wurden darüber hinausgehende gegenseitige Informationspflichten normiert.

Im Hinblick auf eine qualitative Verbreiterung und inhaltliche Stärkung des Aufsichtsrates der FMA werden unabhängige Experten mit Sitz und Stimme aufgenommen. Die inhaltliche Kompetenz wird insbesondere durch die zukünftige Rolle des Aufsichtsrates bei der hinkünftig in der FMA umzusetzenden mittelfristigen Perspektive im Wege des mehrjährigen Finanzplans ausgeweitet. In diesem Zusammenhang ist auf die Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Aufsichtspolitik und hinsichtlich der für die folgende Berichtsperiode zu setzenden Tätigkeitsschwerpunkte zu verweisen.

Die FMA erhält einen Fachbeirat, der sie über Angelegenheiten der Finanzmärkte beraten soll und sich aus Experten der Oesterreichischen Nationalbank, der fachlich betroffenen Ministerien sowie Vertretern der Wirtschaft zusammensetzen wird.

Die demokratische Kontrolle durch das Parlament wird weiter verstärkt. Dem Nationalrat ist daher nunmehr jährlich über Finanzmarktstabilität und Entwicklungen auf den Finanzmärkten zu berichten.

Die direkten Aufsichtskosten, die bisher für die an die FMA zu übertragenden Aufgaben in der Oesterreichischen Nationalbank angefallen sind und der Bund als Alleinaktionär der Oesterreichischen Nationalbank getragen hat, werden künftig vom Bund direkt der FMA refundiert, sodass es durch die Umstrukturierung zu keiner erhöhten Kostenbelastung für die beaufsichtigten Unternehmen kommen soll.

Ohne unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufsichtsreform soll der vorliegenden Entwurf auch sicherstellen, dass die bisher im Rahmen des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragenen Aufgaben beziehungsweise Funktionen künftig von der ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG) wahrgenommen werden können. Weiters erfolgt die Berücksichtigung der VfGH-Rechtsprechung zur aufschiebenden Wirkung in Rechtsmittelverfahren gegen FMA-Bescheide durch eine differenziertere Neuregelung im FMABG.

Inkrafttreten:

Die Teile des Gesetzentwurfes, die unmittelbar die Aufsichtsreform betreffen, sollen mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten. Jene Bestimmungen, durch die bisherige Aufgaben der FIMBAG auf die ABBAG übertragen werden, sollen am Tag nach deren Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten.

Kompetenzgrundlage:

Der vorliegende Entwurf stützt sich auf Art. 10 Abs. 1 Z 5 (Bundesfinanzen), Art. 10 Abs. 1 Z 5 B-VG (Börse- und Bankwesen) sowie Art. 10 Abs. 1 Z 11 B-VG (Vertragsversicherungswesen).

Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes)

Zu § 23 Abs. 6:

Aufgrund der generellen Übertragung der Kompetenz zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank an die FMA im Bankwesengesetz ist der bisherige Verweis auf § 79 Abs. 4 BWG entsprechend anzupassen.

Zu Art. 2 (Änderung des Bankwesengesetzes)

Zum Entfall des § 3 Abs. 8 und 9:

Aufgrund des generellen Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank zur FMA entfällt die Notwendigkeit einer Ausnahmeregelung für Prüfungen im Zusammenhang mit Kreditinstituten, die zum Betrieb des Investmentgeschäfts, des Immobiliengeschäfts oder des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts berechtigt sind, sowie betreffend jene Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung stehen.

Zu § 3 Abs. 10:

Bereits bisher sieht diese Bestimmung bei Vorliegen eines bestimmten Geschäftsmodells (Entgegennahme von Geldern aus notariellen Treuhandschaften) eine Ausnahme von den Anwendung der „Säule I“-Erfordernisse der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 („CRR“) vor. Diese Ausnahme umfasst sohin auch die in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 festgelegten Eigenmittelanforderungen. Durch die nun vorliegende Änderung soll aus Konsistenzgründen ergänzend auch eine Befreiung von der Durchführung des internen Kapitaladäquanzverfahrens gemäß § 39a („ICAAP“) erfolgen.

Zu § 4 Abs. 6:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Einzelbankenaufsicht hat künftig die Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch die FMA vor der Konzessionierung eines Kreditinstituts zu unterbleiben.

Zu § 5 Abs. 2:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Einzelbankenaufsicht kann die Zustellung von Beschlüssen über Firmenbucheintragungen von Kreditinstituten an die Oesterreichische Nationalbank künftig unterbleiben.

Zum Entfall des § 21 Abs. 1a:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Einzelbankenaufsicht ist eine Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank vor der Erteilung von Bewilligungen für Verschmelzungen oder Spaltungen, bei denen ein Kreditinstitut involviert ist, nicht mehr notwendig.

Zu § 21 Abs. 3:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Einzelbankenaufsicht kann die Zustellung von Verfügungen und Beschlüssen über Firmenbucheintragungen betreffend Verschmelzungen und Spaltungen an die Oesterreichische Nationalbank künftig unterbleiben.

Zu § 21 Abs. 5:

Aufgrund des Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank zur FMA entfällt die Notwendigkeit einer Ausnahmeregelung für Prüfungen im Zusammenhang mit der Versicherungsvermittlung von Kreditinstituten.

Zum Entfall des § 21a Abs. 2:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Einzelbankenaufsicht ist künftig die Einholung gutachterlicher Äußerungen der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der in dieser Bestimmung genannten Bewilligungsverfahren nicht mehr erforderlich.

Zum Entfall des § 30b Abs. 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA hat künftig die Einholung einer gutachterlichen Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zu entfallen.

Zu § 30b Abs. 5:

Aufgrund des Wegfalls der gutachterlichen Tätigkeit der Oesterreichischen Nationalbank betreffend das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ist eine Anzeige an die Oesterreichische Nationalbank über den Wegfall einer oder mehrerer dieser Voraussetzungen künftig nicht mehr notwendig.

Zum Entfall des § 30c Abs. 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA hat künftig die Einholung einer gutachterlichen Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zu entfallen.

Zu § 30c Abs. 5:

Aufgrund des Wegfalls der gutachterlichen Tätigkeit der Oesterreichischen Nationalbank betreffend das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ist eine Anzeige an die Oesterreichische Nationalbank über den Wegfall einer oder mehrerer dieser Voraussetzungen künftig nicht mehr notwendig.

Zu § 42 Abs. 6 Z 4:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA wird in dieser Bestimmung der Bezug auf die Oesterreichische Nationalbank gestrichen.

Zu § 44:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA werden in den Abs. 1 erster Satz sowie Abs. 2 bis 4 die Bezugnahmen auf die Oesterreichische Nationalbank gestrichen. Die Festsetzung der Oesterreichischen Nationalbank als Empfänger von Meldungen im zweiten Satz des Abs. 1 bleibt hingegen ebenso unverändert wie Abs. 7, der das Anhörungsrecht der Oesterreichischen Nationalbank sowie die Möglichkeit, die ausschließliche Übermittlung der Meldungen an die Oesterreichische Nationalbank vorzuschreiben, beinhaltet.

Zu § 63 Abs. 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA kann die Berichtspflicht des Bankprüfers gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank künftig entfallen.

Zu § 70 Abs. 1 Z 3:

Aufgrund der Bündelung der behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA werden zukünftig auch die Vor-Ort-Prüfungen von Mitarbeitern der FMA, und nicht wie bisher der Oesterreichischen Nationalbank, durchgeführt werden.

Zu § 70 Abs. 1 Z 4:

Im Einklang mit der generellen Übertragung der Kompetenz für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank an die FMA sind künftig nur mehr Mitarbeiter der FMA zur Teilnahme an Prüfungen von Unternehmen der Kreditinstitutionsgruppe oder von Zweigstellen oder Repräsentanzen in Mitgliedstaaten oder Drittländern berechtigt.

Zum Entfall des § 70 Abs. 1a:

Diese Bestimmung hat zu entfallen, weil die Oesterreichische Nationalbank künftig nicht mehr für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein wird.

Zu § 70 Abs. 1b:

Da die Oesterreichische Nationalbank künftig nicht mehr für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein wird, entfällt die Notwendigkeit zur Mitarbeit bei der Erstellung des jährlichen Prüfungsprogramms. Ebenso kann die bisher bestehende Befugnis der Oesterreichischen Nationalbank, zusätzliche Prüfaufträge für außerplanmäßige Vor-Ort-Prüfungen zu beantragen, aus demselben Grund entfallen.

Zu § 70 Abs. 1c:

Durch diese Bestimmung wird der Oesterreichischen Nationalbank die Befugnis eingeräumt, der FMA auf Basis eines Direktoriumsbeschlusses Prüfaufträge zu erteilen, wenn dies aus makroökonomischen

Gründen, also insbesondere zur Erfüllung ihrer Kompetenz im Bereich Finanzmarktstabilität (makroprudentielle Analyse) und im Krisenfall notwendig ist. Die FMA hat einem solchen Auftrag nachzukommen, wenn dadurch nicht die im Prüfungsprogramm gemäß § 70 Abs. 1b festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden. Die FMA kann die Durchführung der Prüfung ebenfalls ablehnen, wenn die durch den Prüfauftrag zu erhebenden Daten der Oesterreichischen Nationalbank bereits gemäß § 79 Abs. 1 oder Abs. 4 zur Verfügung stehen oder gemäß § 79 Abs. 4a zur Verfügung gestellt werden können. Eine Ablehnung des Prüfauftrages der Oesterreichischen Nationalbank durch die FMA ist jedoch jedenfalls dann nicht zulässig, wenn die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug feststellt; die Oesterreichische Nationalbank hat in solche Fällen das Bestehen der Gefahr in Verzug gegenüber der FMA im Rahmen der Auftragserteilung schriftlich zu begründen. Die Textierung des neuen Abs. 1c orientiert sich teilweise an den bisher in Abs. 1c und 1d verwendeten Formulierungen, durch die bis dato das Verfahren zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank aus makroökonomischen Gründen geregelt war. Die verfahrenstechnischen Details zur Durchführung derartiger Prüfungen sind von FMA und Oesterreichischer Nationalbank in einem bilateralen Abkommen („Memorandum of Understanding“) näher zu konkretisieren. Das Memorandum of Understanding ist zu veröffentlichen. Da die Oesterreichische Nationalbank künftig Vor-Ort-Prüfungen aus makroökonomischen Gründen nicht mehr selbst durchführen wird, verliert § 79 Abs. 5 insoweit seinen Anwendungsbereich, als dass er bisher die weisungsfreie Durchführung dieser makroökonomischen Vor-Ort-Prüfungen durch die Oesterreichische Nationalbank verfassungsrechtlich abgesichert hatte.

Zum Entfall des § 70 Abs. 1d:

Da Vor-Ort-Prüfungen aus makroökonomischen Gründen künftig auf Basis eines Auftrags der Oesterreichischen Nationalbank durch die FMA zu erfolgen haben, hat diese Bestimmung zu entfallen.

Zu § 70a Abs. 2:

Aufgrund der generellen Übertragung der Kompetenz zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank an die FMA ist diese Bestimmung entsprechend anzupassen.

Zu § 73a:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend den Anwendungsbereich und die konkrete Ausgestaltung der Eingaben in die sogenannte „Incoming Plattform“ der FMA. Aus denselben Gründen künftig ebenfalls nicht mehr notwendig ist die Gewährleistung der elektronischen Datenverfügbarkeit für die Oesterreichische Nationalbank.

Zu § 77 Abs. 6:

Im Einklang mit dem generellen Übergang der Kompetenz für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank an die FMA ist auch im Zusammenhang mit von Behörden aus Mitgliedstaaten oder Drittländern an die FMA gestellten Ersuchen um Nachprüfung von aufsichtlichen Informationen die Rechtslage entsprechend anzupassen.

Zu § 77a Abs. 1:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Oesterreichischen Nationalbank beim Abschluss von Abkommen über die aufsichtliche Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten oder zuständigen Behörden von Drittländern. Die Bezugnahmen auf die Oesterreichische Nationalbank sind daher in dieser Bestimmung zu streichen.

Zu § 77b Abs. 3 Z 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA ist die Teilnahme der Oesterreichischen Nationalbank in Aufsichtskollegien nicht mehr notwendig.

Zu § 77d Abs. 4:

Es erfolgt eine Anpassung der Textierung, da das Konzept der „gemeinsamen Datenbank“ von FMA und Oesterreichischer Nationalbank nicht mehr weiterverfolgt wird.

Zu § 79:

Zu Abs. 1:

Im Hinblick auf die neue Aufgabenverteilung bei der Aufsicht über Kreditinstitute hat der bisherige Abs. 1 zu entfallen. Die Pflichten der Oesterreichischen Nationalbank im verbleibenden

Zuständigkeitsbereich der Finanzmarktstabilität und künftig durch den bereits bestehenden § 44b Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984 – NBG, BGBl. I Nr. 50/1984, abgedeckt.

Abs. 1 regelt künftig den Umfang der aufsichtlichen Daten, die neben der FMA auch direkt der Oesterreichischen Nationalbank übermittelt werden sollen. Dies war bisher in Abs. 2 festgelegt. Aufgrund der Neuordnung der Aufgabenverteilung wird der Umfang der an die Oesterreichische Nationalbank zu übermittelnden aufsichtlichen Daten entsprechend angepasst und auf das Meldewesen eingeschränkt. Betreffend die Zulässigkeit der Verwendung der an die Oesterreichische Nationalbank übermittelten Daten für die Wahrnehmung anderer Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank kommt § 44 Abs. 4 ~~des Nationalbankgesetzes 1984 – NBG, BGBl. I Nr. 50/1984,~~ Anwendung.

Zu Abs. 2:

In Abs. 2 wird festgelegt, welche Daten künftig durch die Oesterreichische Nationalbank der FMA zur Verfügung zu stellen sind. Wiewohl aufgrund der Neuordnung der aufsichtsbehördlichen Aufgaben das Konzept einer gemeinsamen Datenbank für bankaufsichtliche Analysen nicht mehr zweckmäßig ist und sohin nicht mehr weiterverfolgt wird, ist die Zurverfügungstellung der Daten auch künftig mittels jederzeitigem automationsunterstützten Zugriff für die FMA sicherzustellen. Die Oesterreichische Nationalbank hat in diesem Zusammenhang die Qualitätssicherung der Daten unter Berücksichtigung internationaler Vorgaben und Standards zu gewährleisten; Mitarbeiter der Oesterreichischen Nationalbank sollen daher, so wie bisher, auch künftig an einschlägigen internationalen Gremien und Arbeitsgruppen in den Bereichen des Meldewesens und der Statistik teilnehmen. Die Oesterreichische Nationalbank hat den jederzeitigen Zugriff der FMA auf die Meldedaten und Statistiken durch den Betrieb geeigneter EDV-Systeme und Tools zu ermöglichen. Die Zurverfügungstellung soll anhand eines standardisierten Sets an Statistiken für Bankenaufsichts- und -abwicklungszwecke auf Grundlage angereicherter, aufbereiteter, mit quantitativen statistischen Verfahren analysierter Meldedaten erfolgen. Die Auflistung der zur Verfügung zu stellenden Daten orientiert sich grundsätzlich an jener des bisherigen Abs. 3, da aufsichtliche Analysen in Zukunft jedoch durch die FMA und nicht mehr die Oesterreichische Nationalbank durchgeführt werden, entfällt diese Kategorie an dieser Stelle. Neu hinzugekommen ist die Kategorie der Meldungen gemäß § 39 des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002 und der Meldungen gemäß § 14 ~~U. G.~~. Die detaillierte Regelung des Datenflusses von der Oesterreichischen Nationalbank zur FMA soll – auf Basis der gesetzlichen Regelungen – mittels einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) konkretisiert werden. Das Memorandum of Understanding soll nach dessen Abschluss veröffentlicht werden.

Zu Abs. 3:

In dieser Bestimmung wird festgelegt, dass die FMA die in dieser Bestimmung angeführten Aufsichtsaufgaben in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen hat; dabei soll die FMA im Regelfall aber auf die seitens der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellenden Daten, insbesondere die durch die Oesterreichische Nationalbank erhobenen und verarbeiteten Meldedaten der Kreditinstitute, zurückgreifen, soweit die Oesterreichische Nationalbank über die von der FMA benötigten Daten verfügt. Die Formulierungen dieser Bestimmung orientieren sich teilweise am bisherigen Abs. 4.

Zu Abs. 4:

Um der Oesterreichischen Nationalbank die zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Meldedatenerhebung, Meldedatenverarbeitung, Qualitätssicherung der Meldedaten sowie bei der makroprudentiellen Analyse und in Krisenfällen zu ermöglichen, hat die FMA der Oesterreichischen Nationalbank bestimmte Daten, die sie aufgrund von Anzeige- beziehungsweise Mitteilungspflichten der Kreditinstitute nach diesem Bundesgesetz, dem BaSAG und dem SpG erhält, zur Verfügung zu stellen, indem ein jederzeitiger automationsunterstützter Zugriff darauf gewährleistet wird. Die detaillierte Regelung des Datenflusses von der FMA zur Oesterreichischen Nationalbank soll – auf Basis der gesetzlichen Regelungen – mittels einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) konkretisiert werden. Das Memorandum of Understanding soll nach dessen Abschluss veröffentlicht werden.

Zu Abs. 4a:

In dieser Bestimmung wird festgestellt, dass die bisher von der Oesterreichischen Nationalbank durchgeführte „Einzelbankanalyse“ künftig durch die FMA zu erfolgen hat. Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank alle Einzelbankanalysen laufend zur Verfügung zu stellen. Bei Eintritt eines Krisenfalls sowie zur Erfüllung ihrer neu eingeführten Aufgaben gemäß § 3 Abs. 5 BaSAG soll es der Oesterreichischen Nationalbank möglich sein, bei der FMA die Erstellung und Übermittlung

zusätzlicher Einzelbankanalysen zu beauftragen sowie nähere Erläuterungen zu diesen Analysen einzufordern. Die Oesterreichische Nationalbank ist befugt, die auf diesem Wege erhaltenen Einzelanalysedaten im Hinblick auf ihre Aufgaben in Krisenfällen und im Bereich der makroprudentiellen Analyse (Finanzmarktstabilität) auszuwerten. Die detaillierten Regelungen betreffend die Weitergabe von Einzelbankanalysen an die Oesterreichische Nationalbank soll – auf Basis der gesetzlichen Regelungen – mittels einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) zwischen FMA und Oesterreichischer Nationalbank konkretisiert werden. Das Memorandum of Understanding soll nach dessen Abschluss veröffentlicht werden.

Zum Entfall des Abs. 6:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA besteht künftig auch keine Notwendigkeit mehr, gutachterliche Äußerungen der Oesterreichischen Nationalbank über die Zulässigkeit und Richtigkeit von Netting-Vereinbarungen einzuholen.

Zum Entfall des § 80:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA besteht künftig keine Notwendigkeit mehr, vor Erlassung von Verordnungen durch die FMA oder das Bundesministerium für Finanzen die Oesterreichische Nationalbank anzuhören. In jenen Fällen, in denen eine Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank vor Erlassung einer Verordnung trotz Umstellung der aufsichtlichen Kompetenzen auch in Zukunft nach wie vor zweckmäßig ist, soll das Anhörungsrecht der Oesterreichischen Nationalbank direkt in der entsprechenden Verordnungsermächtigung festgelegt werden.

Zu § 98 Abs. 6:

Es erfolgt eine Anpassung aufgrund des Wegfalls der Anzeigeverpflichtungen gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank.

Zu § 99 Abs. 1 Z 10:

Es erfolgt eine Anpassung aufgrund des Wegfalls der Anzeigeverpflichtungen des Bankprüfers gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank.

Zu § 107 Abs. 103:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zur Anlage zu § 25:

Mangels eigener Prüfkompetenz ist künftig der Zugang der Oesterreichischen Nationalbank zu den mit einer ausgelagerten Tätigkeit verbundenen Daten und zu den Geschäftsräumen des Dienstleisters nicht mehr notwendig. Die entsprechende Auslagerungsbedingung (Z 9 der Anlage) ist daher anzupassen.

Zu Artikel 3 (Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes)

Zu § 28 Abs. 2:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute kann künftig die Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch die FMA im Zusammenhang mit der Bildung weiterer Veranlagungsgemeinschaften unterbleiben.

Zu § 39 Abs. 3:

Anpassung an § 26 Abs. 5 ZaDiG 2018.

Zu Art. 4 (Änderung des Bundesgesetzes zur Schaffung einer Abbaueinheit)

Zu § 3 Abs. 4:

Aufgrund des Entfalls des § 3 Abs. 9 BWG sind die Verweise in dieser Bestimmung anzupassen.

Zu § 8:

Aufgrund des Entfalls des § 3 Abs. 9 BWG sind die Verweise in dieser Bestimmung anzupassen.

Zu § 13 Abs. 4:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Art. 5 (Änderung des E-Geldgesetzes 2010)

Zur Einfügung im Inhaltsverzeichnis:

Redaktionelle Anpassungen.

Zu § 2 Abs. 4:

Die Anpassung ist im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA nötig.

Zu § 11 Abs. 4:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Konsultationspflicht der Oesterreichischen Nationalbank im Bewilligungsverfahren zur Berechnung der Eigenmittel von E-Geld-Instituten unter Zugrundelegung eines repräsentativen Anteils.

Zu § 13 Abs. 1:

Verweisanpassung.

Zu § 14 Abs. 3, 3a und 3b:

Die Übermittlungspflicht des geprüften Jahresabschlusses samt Anhang und Lagebericht, sowie, falls vorhanden, des Konzernabschlusses samt Anhang und Konzernlagebericht, des Prüfungsberichts des Abschlussprüfers und der Anlage zum Prüfungsbericht an die Oesterreichische Nationalbank entfällt.

Ansonsten wurden Inhalte des bisherigen Abs. 3 in den nunmehrigen Abs. 3a und 3b überführt.

Zu § 14 Abs. 9:

Die Übermittlungspflicht von Jahresabschluss und konsolidiertem Abschluss des ausländischen E-Geld-Institutes an die Oesterreichische Nationalbank entfällt.

Zu § 22 Abs. 3:

Die Anpassung ist im Zusammenhang mit der Bündelung behördlicher Aufgaben in der FMA nötig.

Zu § 22 Abs. 3a:

Abs. 3a zieht einen bisher im Wege auf einen Verweis auf den bisherigen § 79 BWG geregelten und weiterhin gültigen Sachverhalt nach. Sihin die Klarstellung, dass sich die FMA auf die von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellten Daten weiterhin verlassen kann und die Ermächtigung der FMA zur Erteilung erforderlicher Auskünfte an den Abschlussprüfer. Abs. 3a stellt aber auch die nunmehrige FMA-Verantwortung hinsichtlich Gutachten und Analysen klar.

Zu § 23 Abs. 1 und 1a:

Änderungen dienen zur Klarstellung von Zuständigkeiten.

Zu § 24:

Da die Oesterreichische Nationalbank keine Sachverständige nach E-Geldgesetz 2010 beauftragen kann, entfällt der Verweis auf die Oesterreichische Nationalbank.

Zu § 25 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3:

Die Anpassungen erfolgen zur Umsetzung des generellen Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA.

Zu § 26 Abs. 12:

Der bisherige § 26 Abs. 12 wird weitgehend unverändert in den § 26a verschoben.

Zu § 26a:

Es entfällt in Abs. 1 im Gegensatz zum bisherigen § 26 Abs. 12 die Anhörungsverpflichtung der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit Anzeigen und den genannten Übermittlungspflichten.

In Abs. 2 wird klargestellt, auf welche Anzeigen die FMA der Oesterreichische Nationalbank weiterhin den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff zu gewähren hat.

Zu § 26b:

Bedingt durch die Änderungen in § 22 Abs. 3 und aus systematischen Gründen wurde eine dem § 26 ZaDiG 2018 nachgebildete Meldebestimmung in § 26b aufgenommen. Dadurch kommt es zu keiner materiellen Änderung, da bisher im Wege des § 22 Abs. 3 die Meldebestimmung des § 26 ZaDiG 2018 Anwendung fand.

Zu § 27 Abs. 1 und 2:

Es erfolgt eine Anpassung aufgrund des Wegfalls der Anzeigeverpflichtungen von Bankprüfern gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank.

Zu § 29 Abs. 4 Z 2:

Verweisanpassung; keine inhaltliche Änderung.

Zu § 33 Abs. 1 Z 1:

Die Anpassung erfolgt zur Umsetzung des generellen Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA.

Zu § 33 Abs. 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Oesterreichischen Nationalbank beim Abschluss von Abkommen über die aufsichtliche Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten oder zuständigen Behörden von Drittländern.

Zu § 41:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Art. 6 (Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes)**Zu § 3 Abs. 1:**

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in der FMA besteht künftig vor Anerkennung von institutsbezogenen Sicherungssystemen als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem keine Notwendigkeit mehr, ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.

Zu § 4 Abs. 1:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in der FMA besteht künftig vor Widerruf der Anerkennung von institutsbezogenen Sicherungssystemen als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem keine Notwendigkeit mehr, ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.

Zu § 5 Abs. 2 Z 4:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in der FMA obliegt die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen bei Sicherungseinrichtungen künftig nicht mehr der Oesterreichischen Nationalbank, sondern der FMA. In diesem Zusammenhang wird in dieser Bestimmung ergänzt, dass die Vorgaben des § 71 BWG auch auf Vor-Ort-Prüfungen bei Sicherungseinrichtungen anzuwenden sind.

Zum Entfall des § 5 Abs. 4:

Aufgrund des Wegfalls der Vor-Ort-Prüfungskompetenz der Oesterreichischen Nationalbank bei Sicherungseinrichtungen hat diese Bestimmung zu entfallen.

Zu § 5 Abs. 5:

Da die Oesterreichische Nationalbank künftig nicht mehr für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein wird, entfällt die Notwendigkeit zur Mitarbeit bei der Erstellung des jährlichen Prüfprogramms. Ebenso kann die bisher bestehende Befugnis der Oesterreichischen Nationalbank, zusätzliche Prüfaufträge für außerplanmäßige Vor-Ort-Prüfungen zu beantragen, aus demselben Grund entfallen.

Zu § 5 Abs. 6:

Durch Abs. 6 wird der Oesterreichischen Nationalbank künftig die Befugnis eingeräumt, der FMA auf Basis eines Direktoriumsbeschlusses Prüfaufträge zu erteilen, wenn dies aus makroökonomischen Gründen, also insbesondere zur Erfüllung ihrer Kompetenz im Bereich Finanzmarktstabilität (makroprudentielle Analyse) und im Krisenfall notwendig ist. Die FMA hat einem solchen Auftrag nachzukommen, wenn dadurch nicht die im Prüfungsprogramm gemäß § 5 Abs. 5 festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden. Die FMA kann die Durchführung der Prüfung ebenfalls ablehnen, wenn die durch den Prüfauftrag zu erhebenden Daten der Oesterreichischen Nationalbank bereits gemäß § 6 Abs. 2 zur Verfügung stehen oder gemäß § 6 Abs. 5 zur Verfügung gestellt werden können. Eine Ablehnung des Prüfauftrages der Oesterreichischen Nationalbank durch die

FMA ist jedoch jedenfalls dann nicht zulässig, wenn die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug feststellt; die Oesterreichische Nationalbank hat in solchen Fällen das Bestehen der Gefahr in Verzug gegenüber der FMA im Rahmen der Auftragserteilung schriftlich zu begründen. Die Textierung der neuen Bestimmung orientiert sich dabei an den bisher in § 5 Abs. 6 und 7 verwendeten Formulierungen, durch die bisher das Verfahren zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank aus makroökonomischen Gründen geregelt war.

Zum Entfall des § 5 Abs. 7 und 8:

Da Vor-Ort-Prüfungen künftig anstatt durch die Oesterreichischen Nationalbank durch die FMA durchgeführt werden, haben diese Bestimmungen mangels Anwendungsbereichs zu entfallen.

Zu § 6:

Zu Abs. 2:

Abs. 2 regelt auch künftig weiterhin den Umfang der aufsichtlichen Daten, die neben der FMA auch direkt der Oesterreichischen Nationalbank übermittelt werden sollen. Aufgrund der Neuordnung der Aufgabenverteilung bei der Aufsicht über Sicherungseinrichtungen wird der Umfang der an die Oesterreichische Nationalbank zu übermittelnden aufsichtlichen Daten entsprechend angepasst und auf das Meldewesen eingeschränkt.

Zu Abs. 3:

Abs. 3 legt fest, welche Daten künftig durch die Oesterreichische Nationalbank der FMA zur Verfügung zu stellen sind. Wiewohl aufgrund der Neuordnung der aufsichtsbehördlichen Aufgaben das Konzept einer gemeinsamen Datenbank für bankaufsichtliche Analysen nicht mehr zweckmäßig ist und sohin nicht mehr weiterverfolgt wird, ist die Zurverfügungstellung der Daten auch künftig mittels jederzeitigem automationsunterstützten Zugriff für die FMA sicherzustellen. Die Oesterreichische Nationalbank hat in diesem Zusammenhang die Qualitätssicherung der betroffenen Daten unter Berücksichtigung internationaler Vorgaben und Standards zu gewährleisten und den jederzeitigen Zugriff der FMA auf die Meldedaten und Statistiken durch den Betrieb geeigneter EDV-Systeme und Tools zu ermöglichen. Die Zurverfügungstellung soll anhand eines standardisierten Sets an Statistiken auf Grundlage angereicherter, aufbereiteter, mit quantitativen statistischen Verfahren analysierter Meldedaten erfolgen.

Um der Oesterreichischen Nationalbank die zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Meldedatenerhebung, Meldedatenverarbeitung, Qualitätssicherung der Meldedaten sowie bei der makroprudentiellen Analyse und in Krisenfällen zu ermöglichen, hat die FMA der Oesterreichischen Nationalbank bestimmte Informationen, in diesem Fall Anzeigen betreffend das Ausscheiden eines Mitgliedsinstituts aus einer Sicherungseinrichtung, zur Verfügung zu stellen, indem ein jederzeitiger automationsunterstützter Zugriff darauf gewährleistet wird.

Die detaillierte Regelung des wechselseitigen Datenflusses zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und der FMA soll – auf Basis der gesetzlichen Regelungen – mittels einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) konkretisiert werden. Das Memorandum of Understanding soll nach dessen Abschluss veröffentlicht werden.

Zu Abs. 4:

In dieser Bestimmung wird festgelegt, dass die FMA die in dieser Bestimmung angeführten Aufsichtsaufgaben in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen hat; dabei soll die FMA im Regelfall aber auf die seitens der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellenden Daten, insbesondere die durch die Oesterreichische Nationalbank erhobenen und verarbeiteten Meldedaten der Kreditinstitute, zurückgreifen, soweit die Oesterreichische Nationalbank über die von der FMA benötigten Daten verfügt. Die Formulierungen dieser Bestimmung orientieren sich teilweise am bisherigen Abs. 4.

Zu Abs. 5:

In dieser Bestimmung wird festgestellt, dass die bisher von der Oesterreichischen Nationalbank durchgeführte „Einzelanalyse“ der Sicherungseinrichtungen künftig durch die FMA zu erfolgen hat. Bei Eintritt eines Krisenfalls soll es der Oesterreichischen Nationalbank möglich sein, bei der FMA die Übermittlung bestimmter bestehender Einzelanalysen sowie die Erstellung und Übermittlung zusätzlicher Einzelanalysen zu beauftragen sowie nähere Erläuterungen zu diesen Analysen einzufordern. Die Oesterreichische Nationalbank ist befugt, die auf diesem Wege erhaltenen Einzelanalysedaten im Hinblick auf ihre Aufgaben in Krisenfällen und im Bereich der makroprudentiellen Analyse (Finanzmarktstabilität) auszuwerten. Die detaillierten Regelungen betreffend die Weitergabe von Einzelanalysen an die Oesterreichische Nationalbank soll – auf Basis der gesetzlichen Regelungen – mittels einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) zwischen FMA und

Oesterreichischer Nationalbank konkretisiert werden. Das Memorandum of Understanding soll nach dessen Abschluss veröffentlicht werden.

Zu § 22 Abs. 3, Abs. 4, § 23 Abs. 1 und § 30 Abs. 1:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in der FMA ist die Einholung von Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank künftig nicht mehr notwendig und haben die entsprechenden Bestimmungen daher zu entfallen.

Zu § 34a:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in der FMA ist im Hinblick auf die detaillierte Ausgestaltung der sogenannten „Incoming Platform“ der FMA, bei der Sicherungseinrichtungen etwa ihre Anzeigen, Übermittlungen oder Unterrichtungen elektronisch einbringen können, eine Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank künftig nicht mehr notwendig. Weiters muss aus demselben Grund seitens der FMA die elektronische Verfügbarkeit der eingebrachten Daten für die Oesterreichische Nationalbank nicht mehr sichergestellt werden.

Zu § 61 Abs. 6:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Art. 7 (Änderung des Finanzkonglomeratgesetzes)

Zu § 14 Abs. 4:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Einzelbankenaufsicht ist künftig die Einholung gutachterlicher Äußerungen zu den Meldungen zusätzlich beaufsichtigter Unternehmen nicht mehr notwendig.

Zu § 14 Abs. 5:

Der bisherige Abs. 5 wird um eine Ermächtigung für die FMA ergänzt, dass sie in der Verordnung die ausschließliche Übermittlung der Meldungen an die Oesterreichische Nationalbank festlegen kann. Eine solche Regelung hat sich beispielweise bereits in § 74 Abs. 6 BWG bewährt und soll eine Duplizierung von Meldepflichten verhindern. In diesem Zusammenhang ist auch auf die neu eingeführte Verpflichtung der Oesterreichischen Nationalbank zur Gewährleistung des jederzeitigen Zugriffs auf diese Daten für die FMA gemäß § 79 Abs. 2 BWG hinzuweisen.

Zu § 18 Abs. 12:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Art. 8 (Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes)

Zu § 2 Abs. 3 Z 10:

Die Zuständigkeit für das Rechnungslegungskontrollgesetz wird von der FMA auf die Abschlussprüferaufsichtsbehörde übertragen.

Zu § 2 Abs. 6:

Die Befassung der Oesterreichischen Nationalbank bei der Festlegung der jährlichen Prüfungsschwerpunkte entfällt.


Zu § 3 Abs. 2:

Die Anpassung ergibt sich aus dem generellen Kompetenzübergang für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA.

Zu den §§ 5, 6 (4), 7, 11, 12, 15 (2), 16a (3) und 18 (4):

Künftig soll die FMA gemäß § 5 nur mehr von einem anstatt von zwei Vorständen geleitet werden. Das Vorschlagsrecht liegt beim Bundesminister für Finanzen. Aufgrund der Änderung der Struktur des Vorstandes sind sprachliche Anpassungen in mehreren weiteren Bestimmungen notwendig.

Zu § 6 Abs. 1:

Im Sinne der Gewährleistung eines „Vier Augen-Prinzips“ hat die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der FMA künftig durch den Vorstand gemeinsam mit einem Exekutivdirektor zu erfolgen, es sei denn, es handelt sich um Angelegenheiten im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben als Abwicklungsbehörde; in letztgenannten Fällen erfolgt die Vertretung durch den Vorstand gemeinsam mit dem Leiter der für die Erfüllung dieser Aufgaben gemäß § 3 Abs. 3 B  G eingerichteten Organisationseinheit. Diese Sonderregelung ist erforderlich, da nach den EU-rechtlichen Vorgaben über

die Abwicklungsbehörde (BRRD) diese nur dann in eine Aufsichtsbehörde mit sonstigen Aufgaben integriert sein darf, wenn die als Abwicklungsbehörde fungierende Organisationseinheit unmittelbar dem Vorstand nachgeordnet ist. In Abwesenheit des Vorstands erfolgt diese Vertretung durch zwei Exekutivdirektoren gemeinsam, beziehungsweise, soweit es um die Erfüllung von Aufgaben als Abwicklungsbehörde geht, einem Exekutivdirektor gemeinsam mit dem Leiter der für die Erfüllung dieser Aufgaben gemäß § 3 Abs. 3 BaSAG eingerichteten Organisationseinheit.

Zu § 7 Abs. 2:

Im Zusammenhang mit der Zurücklegung der Funktion des Vorstandes wird Abs. 2 an die neue Aufgabenverteilung im Aufsichtsrat angepasst. Es kommt sohin zu einem Wegfall von Mitteilungspflichten an die Oesterreichische Nationalbank bei Zurücklegen des Vorstandsmandats.

Zu § 7 Abs. 3:

Im Zusammenhang mit der Abberufung des Vorstandes wird Abs. 3 an die neue Aufgabenverteilung im Aufsichtsrat angepasst. Es kommt sohin zu einem Wegfall des Anhörungsrechtes der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit der Abberufung des Vorstandes.

Zu § 8 Abs. 1, 3 und 4:

Zur Verschlanung der Struktur des Aufsichtsrates wird die Gesamtanzahl der Mitglieder von zehn auf insgesamt sechs Personen reduziert. Wie bisher bei den stimmberechtigten Mitgliedern erfolgt auch in Zukunft die Bestellung des Vorsitzenden, des Stellvertreters des Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates durch den Bundesminister für Finanzen, wobei die Oesterreichische Nationalbank das Recht hat, zwei der Mitglieder des Aufsichtsrates zu nominieren. Zwei der von Bundesminister für Finanzen auszuwählenden Mitglieder des Aufsichtsrates haben neben der für alle Mitglieder des Aufsichtsrates geltenden Voraussetzung der Fachkundigkeit zusätzlich auch unabhängig zu sein. Wegfallen soll künftig die Möglichkeit, dass die Wirtschaftskammer Österreich zwei Mitglieder des Aufsichtsrates ohne Stimmrecht zur Kooptierung namhaft machen kann.

Zu § 9 Abs. 1 bis 3 und 5:

Diese Änderungen gründen auf dem Wegfall der kooptierten Mitglieder im Aufsichtsrat.

Zu § 10 Abs. 2 Z 10:

Der Genehmigung des Aufsichtsrates bedarf nunmehr auch der mehrjährige Finanzplan, der eine mittelfristige Sichtweise in der FMA unterstützen, die Planung von Ressourcen und Schwerpunkten verbessern und die Kompetenzen des Aufsichtsrates in der mehrjährigen Planung stärken soll.

Zu § 10 Abs. 4:

Die Befassung der Oesterreichischen Nationalbank bei der Festsetzung der Aufsichtsratsvergütung entfällt.

Zu § 12a:

Aufgrund der stark wachsenden Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche der FMA soll der Vorstand künftig durch drei Exekutivdirektoren unterstützt werden, die dem Vorstand unmittelbar nachgeordnet sind. Als Exektivdirektoren sind vom Aufsichtsrat – auf Vorschlag des Vorstands – drei fachlich geeignete Personen zu bestellen. Die Funktionsperiode der Exekutivdirektoren ist zeitlich befristet, wobei Wiederbestellungen möglich sind. Da für die Exekutivdirektoren ein eigenes Bestellungsverfahren festgelegt wird, sind die gemäß § 10 Abs. 2 Z 7 und § 14 Abs. 1a und 1b sonst üblicherweise auf Bestellungsverfahren von FMA-Bediensteten der zweiten Führungsebene anzuwendenden Vorgaben nicht anzuwenden. Die Funktionsperiode eines Exekutivdirektors endet durch Zeitablauf, Zurücklegung der Funktion oder Abberufung durch den Aufsichtsrat. Die jeweils fachlichen Aufgabenbereiche der Exekutivdirektoren sind vom Vorstand im Zuge der Erstellung der Geschäftsordnung der FMA gemäß § 6 Abs. 2 festzulegen.

Zu § 13 Abs. 3:

Die Änderungen sollen sichergestellt, dass den Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der makroprudentiellen Analyse und der Finanzmarktstabilität auch im Rahmen der Besetzung des Finanzmarktstabilitätsgremiums angemessen Rechnung getragen wird, indem diese künftig dort durch zwei Mitglieder vertreten sein wird.

Zu § 13b Abs. 1:

Wiewohl das Konzept der gemeinsamen Datenbank für bankaufsichtliche Analysen nicht mehr der Kompetenzlage entspricht und sohin nicht mehr weiter verfolgt wird, ist die Zurverfügungstellung auf Verlangen von Daten, die die Oesterreichische Nationalbank für die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß

§ 44c Nationalbankgesetz 1984 – NBC ~~relevanten Daten~~ weiterhin seitens der FMA sicher zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese Daten auch verarbeiten.

Zu § 15a bis § 15c:

Die Bediensteten der OeNB im Bereich Bankenaufsicht sollen - soweit wie möglich - direkt an die FMA übertragen werden oder durch Arbeitsleihe zur Verfügung gestellt und dann der FMA weisungsunterstellt werden.

Um die unterschiedliche arbeitsrechtliche Vorgehensweise konkret zu beschreiben, soll – im Gegensatz zum sonst üblicherweise verwendeten Begriff „Zuweisung“ – zwischen „Überlassung“ und „Übernahme“ von Arbeitsverhältnissen unterschieden werden. Die Stichtagsregelung nimmt auf die unterschiedlichen Dienstordnungen der OeNB Bezug.

Bedienstete, die vor dem 1. Mai 1998 bei der OeNB eingetreten sind, unterliegen den Dienstbestimmungen I und II und sollen der FMA dauerhaft überlassen werden (§ 15a). Diese Bediensteten unterliegen nicht dem allgemeinen Sozialversicherungsrecht. Eine Übernahme der Arbeitsverhältnisse durch die FMA wäre daher ein besonderer Eingriff in die Beschäftigungsverhältnisse der betroffenen Bediensteten und auch mit erheblichem Aufwand verbunden. Die Überlassung der Bediensteten berührt dagegen die Rechte der Bediensteten nur in geringfügigem und zumutbarem Ausmaß. Die Anwendung des Arbeitsvertragsrechts wurde ausgeschlossen, weil die Anwendbarkeit im Hinblick auf die Spezialnormen dieses Gesetzes redundant wäre. Die Refundierung der Personalkosten bei Überlassung der Bediensteten ist in § 15b geregelt. Die Umsetzung ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben zwischen FMA und OeNB zu vereinbaren.

Bedienstete, die nach dem 30. April 1998 in ein Arbeitsverhältnis bei der OeNB eintraten, unterliegen dem allgemeinen Sozialversicherungsrecht und sollen von der FMA übernommen werden (§ 15c). Der sozialversicherungsrechtliche Status ändert sich durch die Übernahme des Arbeitsverhältnisses durch die FMA nicht.

Auf die Arbeitsverhältnisse jener Bediensteten, die nach dem 30. April 1998 bei der OeNB eingetreten sind, sind nach Übernahme des Arbeitsverhältnisses die Dienstordnungen gem. § 21 Abs. 2 Z 2 NBG anzuwenden. Rechtsgestalter dieser Dienstordnungen ist der Generalrat. Die Gestaltungsrechte des Generalrates der OeNB sollen auf den Vorstand der FMA übergehen. Da die FMA kein dem Generalrat der OeNB in Bezug auf dessen Zuständigkeiten vergleichbares Organ hat, sollen die Gestaltungsrechte des § 21 Abs. 2 Z 2 NBG nunmehr vom Vorstand der FMA ausgeübt werden, soweit sie Dienstordnungen für Arbeitsverhältnisse übernommener Bediensteten betreffen.

Die Übernahme der Bankenaufsicht soll in Form der Aufnahme eines Betriebsteils der OeNB in die FMA erfolgen. Die Zuständigkeit des Betriebsrates soll daher den allgemeinen betriebsverfassungsrechtlichen Grundsätzen folgen. Für übernommene Bediensteten soll ausschließlich der Betriebsrat der FMA zuständig sein. Mit dem weiteren gesetzlichen Hinweis soll sichergestellt werden, dass die der FMA überlassenen Bediensteten vom Betriebsrat der FMA vertreten werden, wenn es sich um Angelegenheiten in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die FMA handelt.

Für die bis 31. Dezember 2019 entstandenen Ansprüche der von der FMA übernommenen Bediensteten gegenüber der OeNB hat die OeNB der FMA eine entsprechende Einmalzahlung zu leisten. Es wird sich dabei insbesondere um Ansprüche für nicht konsumierte Urlaube sowie für künftige Abfertigungszahlungen handeln. Für von der Dienstbestimmung III umfasste Bedienstete ist in der Betriebsvereinbarung über den Beitritt zu einer Pensionskasse auch die Leistung eines Schlusspensionskassenbeitrages durch die OeNB vereinbart. Da hinsichtlich der von der FMA übernommenen Bediensteten eine Nachforderung von später hervorkommenden Zahlungen nicht zulässig sein soll, soll die von der OeNB zu leistende Einmalzahlung alle Ansprüche und Anwartschaften umfassen, deren Erfüllung künftig von der FMA zu erfolgen hat. Dazu soll die Berechnung nach den vertraglich vereinbarten Bedingungen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen vorgenommen und auch vom Wirtschaftsprüfer der OeNB testiert werden.

Die besonderen Regelungen der § 3 und § 14 für die Bestellung von Führungskräften, über die Geheimhaltung sowie Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit der FMA und die Beachtung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes sollen auch für alle künftig bei der FMA beschäftigten OeNB-Bediensteten gelten. Von der OeNB bestellte Führungskräfte sollen unbeschadet der Überlassung oder des Überganges des Arbeitsverhältnisses ihren Status als Führungskraft für die Zeit der allfälligen Befristung ihrer Bestellung behalten.

Das rechtliche Schicksal der Betriebsvereinbarungen soll § 31 Abs. 7 ArbZG folgen. Die übernommenen Arbeitnehmer der OeNB sollen davon abweichend die sich aus Betriebsvereinbarungen gemäß § 97

Abs. 1 Z 18a ArbVG ergebenden Zusagen gemäß B~~ertrag~~ behalten. Die Gestaltungsrechte des Betriebsrats sollen unberührt bleiben.

Besonderer Regelungen bedarf der Umstand, dass einige Bediensteten der OeNB Wohnungen gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 MRG zur Verfügung gestellt sind und auch Arbeitgeber-Darlehen haben. Mit § 15d Abs. 4 und 6 soll sichergestellt werden, dass Bedienstete der OeNB weiterhin die Wohnungen gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 MRG behalten können und die noch laufenden Darlehensverträge nicht fällig gestellt werden müssen.

Zu § 16 Abs. 2a:

In Abs. 2a wird klargestellt, dass auch die Oesterreichische Nationalbank dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich jene Daten und Informationen, die für die Erfüllung von Regelungsvorhaben, im Besonderen der Wirkungsorientierten Folgeabschätzung (WFA) benötigt werden, zu übermitteln hat. Dadurch wird der Bundesminister für Finanzen in einer faktenbasierten Regulierungskompetenz gestärkt.

Zu § 16 Abs. 2b:

Zur Unterstützung des Bundesministers für Finanzen in der Fachaufsicht über die FMA, zur Qualitätssicherung der behördlichen Bankprüfung und zur Stärkung seiner Regulierungskompetenz hat die Oesterreichische Nationalbank dem Bundesminister für Finanzen Auskünfte über alle Angelegenheiten der Finanzmarktstabilität und Finanzmarktentwicklung zu erteilen.

Zu § 16b:

Abs. 1 regelt, dass die FMA einen Beirat (Fachbeirat Finanzmarktaufsicht), der sich aus Experten der Ministerien, Wirtschaft und Wissenschaft zusammensetzt und die FMA aus der Praxis in den Angelegenheiten der Finanzmärkte beraten soll, erhält. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht soll best practises in der Finanzmarktaufsicht beobachten um die FMA hinsichtlich der Weiterentwicklung aufsichtlicher Grundsätze und best practises beim Vollzug der Regulierung zu beraten. Der Fachbeirat kann zudem Vorschläge für Schwerpunkte bei Aufsichtsthemen erarbeiten. Bei der Beratung der FMA und dem Entwickeln von Vorschlägen werden die bindenden Vorgaben an die FMA seitens der Europäischen Zentralbank (EZB), des Ausschusses für Abwicklung (SRB) und der Europäischen Aufsichtsbehörden Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zu beachten sein. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht kann Stellungnahmen und Empfehlungen annehmen und diese veröffentlichen.

Abs. 2 legt die Anzahl der Mitglieder fest, die von den genannten Institutionen namhaft zu machen sind und dass die Funktion ehrenamtlich auszuüben ist. Weiters wird die Funktionsperiode, die Vorgehensweise beim Ausscheiden und der Abberufung eines Mitglieds näher bestimmt.

Abs. 3 regelt strukturelle Belange und klärt, dass die Möglichkeit besteht, in- und ausländische Experten zu Sitzungen einzuladen.

Zu § 17a:

Abs. 1 bestimmt, dass der Vorstand der FMA künftig auch einen mehrjährigen Finanzplan mit einem Planungshorizont von drei Jahren zu erstellen und dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen hat. Der mehrjährige Finanzplan soll eine mehrjährige strategische Planung in der FMA, insbesondere auch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen strategischer Entscheidungen (Budget), sicherstellen. Der Aufsichtsrat wird gestärkt, da dieser über die Genehmigung des mehrjährigen Finanzplans beschließt und den Vorstand in der mittelfristigen strategischen Planung berät. Diese Aufgabe ergänzt die sonstigen Genehmigungspflichten des § 10 Abs. 2 FMABG und die Aufgabe des Aufsichtsrates bei der Beratung des Vorstandes im Rahmen dessen vierteljährlichen Berichts über die allgemeine Entwicklung des Finanzmarktes und die Aufsichtsführung im Berichtszeitpunkt gemäß § 6 Abs. 5 FMABG. In diesem Zusammenhang ist auf die in diesem Zusammenhang vorzunehmende Berichterstattung des Vorstands im Zusammenhang mit der geplanten Aufsichtspolitik und hinsichtlich der für die folgende Berichtsperiode zu setzenden Tätigkeitsschwerpunkte zu verweisen.

Abs. 2 bestimmt, dass die zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben der FMA voneinander getrennt in voller Höhe (brutto) aufzunehmen sind, daraus aber Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben werden.

Abs. 3 bestimmt, dass der Vorstand dem Aufsichtsrat jährlich über die Einhaltung des mehrjährigen Finanzplanes zu berichten hat und dass dieser erstmalig zum 31. Oktober 2020 vorzulegen ist.

Zu § 18 Abs. 1 und § 19 Abs. 1, 4 und 5 bis 5c:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Einzelbankenaufsicht hat die Refundierung von Aufsichtskosten durch die FMA zu fallen. Die direkten

Aufsichtskosten, die bisher für die an die FMA zu übertragenden Aufgaben in der Oesterreichischen Nationalbank angefallen sind, werden künftig vom Bund der FMA refundiert und sind daher als zusätzlicher Bundesbeitrag direkt dem Rechnungskreis 1 zuzuordnen. Hinsichtlich der Berechnung wird auf die Ausführungen in der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung verwiesen.

Zu § 21c:

Abs. 1 bestimmt, dass die FMA und die Oesterreichische Nationalbank – auf Basis der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben in den Materiengesetzen – im Rahmen einer bilateralen Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) die detaillierten Regelungen betreffend den wechselseitigen Datenfluss, die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen durch die FMA im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank aus makroökonomischen Gründen oder im Krisenfall sowie den regelmäßigen gegenseitigen und zeitlich befristeten Austausch von Bediensteten in die jeweils andere Institution („Rotation“) näher konkretisieren und festlegen sollen. Das Memorandum of Understanding ist sowohl von FMA als auch von der Oesterreichischen Nationalbank auf ihren jeweiligen Internetseiten zu veröffentlichen.

Abs. 2 bis 4 sichern die bestmögliche Verwertung der aus Beobachtungen der Oesterreichischen Nationalbank und der FMA gewonnenen Erkenntnisse mit möglicher Auswirkung auf die Finanzmarktstabilität ab und sollen dazu beitragen, Synergien zu heben. Insbesondere zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung ist ein effektives Krisenmanagement und der unverzügliche Austausch von Informationen, Analysen und Erkenntnissen von Bedeutung.

Abs. 5 ist im Zusammenhang mit § 13b Abs. 1, § 21c Abs. 2 und 3 FMABG und den in den verschiedenen anderen Materiengesetzen verankerten Informationspflichten der FMA gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank (zB § 44b Abs. 2 NBG, § 79 Abs. 4 und 4a BWG, § 26a E-GeldG 2010) zu lesen und fasst diese im Wesentlichen noch einmal kumuliert zusammen.

Abs. 6 ist im Zusammenhang mit den Vorgaben der Abs. 1, 2 und 5 und § 13b Abs. 1 FMABG sowie den bereits in den verschiedenen anderen Materiengesetzen verankerten Verpflichtungen betreffend den Datenaustausch zwischen FMA und Oesterreichischer Nationalbank zu lesen (zB § 44b Abs. 2 NBG, § 70 Abs. 1c BWG, § 79 Abs. 1, 4 und 4a BWG, § 6 ESAEG, §§ 26a und 26b E-GeldG 2010) und bestätigt, dass die Erfüllung dieser gesetzlich auferlegten Verpflichtungen zulässig ist.

Zu § 22 Abs. 1a, 1b und 2:

§ 22 Abs. 1a bis 2 FMABG stellen von § 13 und § 22 VwGVG abweichende verfahrensrechtliche Sonderbestimmungen über die aufschiebende Wirkung von Beschwerden gegen Bescheide der FMA gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG dar. Solche verfahrensrechtlichen Sondervorschriften können aufgrund der Ermächtigung in Art. 136 Abs. 2 B-VG vom Materiengesetzgeber getroffen werden, wenn sie zur Regelung des Gegenstandes erforderlich sind. Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 2. März 2018, G 257/2017, die bisherige Regelung des § 22 Abs. 2 FMABG aufgehoben. Der Gerichtshof hat in der Entscheidung erkannt, dass ein undifferenzierter Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Beschwerden gegen Bescheide der FMA unter den gegebenen Umständen nicht mit Art. 136 Abs. 2 B-VG vereinbar ist. Der Verfassungsgerichtshof widerspricht jedoch nicht der Ansicht, dass im Großteil der Sachverhalte im Vollzugsbereich der FMA das öffentliche Interesse am sofortigen Vollzug eines Bescheids der FMA das Rechtsschutzinteresse des Betroffenen überwiege. Gegen die bisherige Regelung des § 22 Abs. 2 FMABG führte der Verfassungsgerichtshof jedoch ins Treffen, dass die pauschale Anordnung des Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung von Beschwerden gegen Bescheide der FMA auch solche Bescheide erfassen, die weder mit einer besonderen Dringlichkeit verbunden seien, noch in Zusammenhang mit den spezifischen Gefahren und besonderen Sachfragen der Aufsichtstätigkeit stünden oder unionsrechtliche Implikationen aufwiesen. Hierbei wies der Gerichtshof insbesondere darauf hin, dass Kostenbescheide gemäß § 19 Abs. 5 FMABG, Zinsvorschriften gemäß § 97 BWG (siehe aber auch § 43 BMSVG und § 100 BörseG 2018), die Vorschrift von Säumnisgebühren gemäß § 22a FMABG oder Auskunftsbefehle gemäß § 23 FMABG nicht die besondere Dringlichkeit aufwiesen, die für den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Beschwerden erforderlich sei. Dieser Umstand führte zusammen mit der mangelnden Möglichkeit der FMA, Beschwerden oder Vorlageanträgen aufschiebende Wirkung zuzuerkennen, zur Aufhebung der bisherigen Regelung des § 22 Abs. 2 FMABG.

Eine von § 13 Abs. 2 VwGVG abweichende Regelung für den Vollzugsbereich der FMA ist jedoch weiterhin erforderlich, um den besonderen Umständen des Bereichs der Finanzmarktaufsicht Rechnung zu tragen (vgl. VfSlg. 19.787/2013, 19.969/2015). Diese Besonderheiten liegen insbesondere in der zunehmenden „Europäisierung“ nicht nur auf gesetzlicher Ebene, sondern auch im Bereich des Vollzugs durch die FMA. Seit der Finanzmarktkrise haben die Europäischen Ko-Gesetzgeber verstärkt Richtlinienrecht durch unmittelbar anwendbare Verordnungen ersetzt, um den jeweiligen

Regelungsgegenstand europaweit möglichst stark zu vereinheitlichen. Um den Regelungszielen im Finanzmarktrecht gerecht zu werden und die angestrebte Vollharmonisierung zu erreichen, wurden auch Agenturen (European Banking Authority, European Securities and Markets Authority und European Insurance and Occupational Pensions Authority) gegründet, deren Ziel es ist, die einheitliche Vollziehung des sogenannten *single rule book* durch alle Aufsichtsbehörden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sicherzustellen. Wenn der FMA die Zuständigkeit zur Vollziehung von Unionsrecht zukommt, hat der Verfahrensgesetzgeber nach der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) bestimmte Prinzipien zu berücksichtigen, die der EuGH zum unionsrechtlichen einstweiligen Rechtsschutz entwickelt hat. Insbesondere leitet der EuGH aus dem Effektivitätsgrundsatz („*effet utile*“) in ständiger Rechtsprechung ab, dass die Vollziehung von nationalen Verwaltungsakten, die auf Unionsrecht beruhen, nur unter den Voraussetzungen ausgesetzt werden kann, die für den EuGH nach den Verträgen gelten (EuGH 21. Februar 1991, verb. Rs. C-143/88, C-92/89 *Zuckerfabrik Süderdithmarschen*). Wirken etwa aufsichtsrechtliche Maßnahmen bei der Vollziehung von Unionsrecht zu spät, kann es dazu kommen, dass die Wirkung des Unionsrechts praktisch unmöglich gemacht und damit gegen dieses verstoßen wird.

Unionsrechtliche Regulierungsziele, sofern sich diese nicht ohnedies mit besonders qualifizierten nationalen öffentlichen Interessen decken, müssen aufgrund unionsrechtlicher Vorgaben umgesetzt werden und können insoweit zwingende öffentliche Interessen darstellen (vgl. hierzu auch VfGH vom 2. März 2018, G 257/2017). Weitere „(absolut) zwingende öffentliche[n] Interessen“, welche im Bereich des Finanzmarktrechtes bestehen, können u.a. der einschlägigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes entnommen werden (vgl. zur Anwendbarkeit der Judikatur aufgrund des gleichen Wortlauts der Bestimmungen etwa BVwG 3. Jänner 2019, W 276 2211690-1/5E und W 230 2211689-1/4E). Demnach sind beispielsweise die konkret ausreichende Liquiditätsvorsorge im Bankensektor als Beitrag zur Finanzmarktstabilität oder das Vertrauen in die Funktion des Kapitalmarktes im Rahmen des Gläubigerschutzes als „(absolut) zwingende öffentliche Interessen“ zu qualifizieren (vgl. VwGH vom 24. Jänner 2017, Ra 2017/02/0018; 24. Mai 2013, AW 2013/17/0007). Diese gebieten einen umgehenden Vollzug des angefochtenen Bescheides und stehen daher der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG entgegen. Das Bestehen derartiger gewichtiger Interessen auf dem Gebiet des Finanzmarktrechtes macht die Abweichung des § 22 Abs. 1a ~~FMA-BG~~ von § 13 Abs. 2 VwGVG im Sinn des Art. 136 Abs. 2 B-VG erforderlich.

§ 13 Abs. 2 VwGVG greift außerdem zu kurz, weil die Behörde nur bei Gefahr im Verzug die aufschiebende Wirkung von Beschwerden ausschließen kann. Die Aufsicht über den Finanzmarkt und die Finanzmarktteilnehmer ist keine reaktive, sondern eine vorausschauende. Deren Ziel ist, schon vor dem Zeitpunkt des Vorliegens von Gefahr im Verzug die Solidität der Finanzmarktteilnehmer und die Stabilität und Integrität der Finanzmärkte, den kollektiven Verbraucherschutz oder die reibungslose Anwendung von Abwicklungsinstrumenten sicherzustellen. Maßnahmen wie z.B. die Vorschreibung zum Halten zusätzlicher Eigenmittel, die Untersagung von Kapital- oder Gewinnentnahmen, die Bestellung eines Regierungskommissärs, die Abberufung von Geschäftsleitern, die (gänzliche oder teilweise) Untersagung der Fortführung des Geschäftsbetriebs, die Aussetzung des Vertriebs oder Verkaufs von Finanzinstrumenten, die Untersagung des unerlaubten Geschäftsbetriebs, das Verlangen von Emittenten Informationen und Berichtigungen zu veröffentlichen, die Handelsaussetzung oder die Anordnung zur Einstellung von Verhaltensweisen einer für einen Verstoß verantwortlichen Person können nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie einem unmittelbaren Vollzug zugänglich sind, ohne dass bereits Gefahr im Verzug vorläge, die etwa die Finanzmarktstabilität nachweisbar negativ beeinflussen würde. Es liegt im Wesen dieser Instrumente, durch frühzeitiges Eingreifen das Eintreten von Gefahren für die Finanzmarktstabilität abzuwehren und negative Auswirkungen auf die beaufsichtigten Unternehmen, die Einleger, die Versicherten, die Anwartschaftsberechtigten oder die Anleger zu verhindern. Käme Rechtsbehelfen gegen Bescheide der FMA aufschiebende Wirkung zu und könnte diese nur bei Gefahr im Verzug ausgeschlossen werden, würde dies sowohl dem Ziel der Aufsicht über den Finanzmarkt und die Finanzmarktteilnehmer zuwiderlaufen, als auch dazu führen, dass diese behördlichen Maßnahmen ihre Wirksamkeit verlören (in diesem Sinne auch VfGH 30. November 2017, E 3302/2017).

Das Bundesverwaltungsgericht kontrolliert die Entscheidung über die Erteilung der aufschiebenden Wirkung. Beschwerden gegen diese Entscheidung haben selbst keine aufschiebende Wirkung. Abs. 1b ist damit an § 13 Abs. 4 VwGVG angelehnt. Das Bundesverwaltungsgericht hat über eine solche Beschwerde also unverzüglich zu entscheiden (vgl. RV 2009 BlgNR XXIV. GP, 5). Abs. 1b unterscheidet sich jedoch von der genannten Bestimmung insoweit, als der FMA ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt wird. Damit soll der FMA die Gelegenheit gegeben werden, auf neue Vorbringen zu reagieren, um dem Bundesverwaltungsgericht eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu bieten (siehe hierzu VfGH 23. April 2009, B 504/09 und VfGH 6. Mai 2009, B 504/09). Um den Anforderungen an ein

rechtsstaatliches Verfahren zu genügen, hat die FMA ihr Anhörungsrecht in angemessener Frist wahrzunehmen und das Bundesverwaltungsgericht in weiterer Folge ohne unnötigen Aufschub zu entscheiden.

Abs. 2 ist an § 22 Abs. 2 VwGVG angelehnt und bezieht die bereits zu Abs. 1a angeführten Erwägungen mit ein.

Die Aufhebung oder Abänderung von Bescheiden gemäß Abs. 1a richtet sich nach § 13 Abs. 3 VwGVG sinngemäß; die Aufhebung oder Abänderung von Beschlüssen gemäß Abs. 2 richtet sich nach § 22 Abs. 3 VwGVG sinngemäß.

Der spezielle Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nach §§ 118 Abs. 1, 123 Abs. 5 und 123a Abs. 2 BaSAG bleibt von § 22 Abs. 1a bis 2 FMABG unberührt.

Zu § 26f:

In Abs. 1 findet sich eine Übergangsregelung zum Umgang mit offenen Analyse- und Prüfaufträgen und der Sicherstellung des reibungslosen Übergangs von Zuständigkeiten.

Abs. 2 enthält eine Übergangsregelung, die sicherstellen soll, dass eine geordnete Überleitung zu der ab 1. Jänner 2020 vorgesehenen neuen Struktur des Vorstands der FMA möglich ist. Mit der Beendigung der Organstellung ist auch die Beendigung des Anstellungsverhältnisses verbunden. Das Gesetz stellt klar, dass damit der allgemeinen wirtschaftlichen Praxis gefolgt wird, dass unbeschadet der Abberufung des Vorstandsmitgliedes seine vertraglich zugesicherten Ansprüche aufrecht bleiben und das Vorstandsmitglied die nachvertraglichen Verpflichtungen aus dem Anstellungsvertrag zu beachten hat.

Abs. 3 enthält eine Übergangsbestimmung, um die geordnete Überleitung zu der ab 1. November 2019 vorgegebenen Zusammensetzung des Aufsichtsrates sicherzustellen. Die Oesterreichische Nationalbank hat rechtzeitig vor Inkrafttreten der neuen Zusammensetzung des Aufsichtsrates zwei Mitglieder zu nominieren.

Abs. 4 enthält eine Übergangsregelung, die eine zeitgerechte Bestellung der Exekutivdirektoren zum 1. Jänner 2020 ermöglichen soll.

Durch Abs. 5 endet die Funktionsperiode jenes Mitglieds des Finanzmarktstabilitätsgremiums, das vom Bundesminister für Finanzen aufgrund seiner Eigenschaft als Mitglied des Fiskalrates gemäß § 13 Abs. 4 Z 5 nominiert wurde, mit Ablauf des 31. Dezembers 2019. Darüber hinaus soll durch die Verpflichtung der Oesterreichischen Nationalbank zur rechtzeitigen Nominierung ihres zweiten Vertreters im Finanzmarktstabilitätsgremium eine geordnete und zeitgerechte Bestellung dieses Mitgliedes durch die Bundesregierung ermöglicht werden.

Zu § 28 Abs. 39 und 40:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Artikel 9 (Änderung des Investmentfondsgesetzes 2011)

Zu § 129 Abs. 2:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute ist die Information der OeNB durch die Meldestelle nicht mehr erforderlich.

Zu § 145 Abs. 3:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute ist kann die Bezugnahme auf die Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank entfallen.

Zu § 153 Abs. 1:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend den Anwendungsbereich und die konkrete Ausgestaltung der Eingaben in die sogenannte „Incoming Plattform“ der FMA. Aus denselben Gründen künftig ebenfalls nicht mehr notwendig ist die Gewährleistung der elektronischen Datenverfügbarkeit für die Oesterreichische Nationalbank.

Zu § 154 Abs. 1 und 2:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA kann die Berichtspflicht des Bankprüfers gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank künftig entfallen.

Zu Art. 10 (Änderung des Nationalbankgesetzes)

Zu § 44b:

Abs. 1 klärt, dass die Oesterreichische Nationalbank im öffentlichen Interesse weiterhin in der Lage sein soll, eine unabhängige Haltung zu laufenden Entwicklungen und Risiken des Finanzmarktes zu entwickeln. In Ergänzung dazu soll die Oesterreichische Nationalbank hinkünftig auch einen erweiterten Fokus auf die (Weiter-)entwicklung des österreichischen Finanzmarktes aus dem Blickwinkel des Gesamtsystems entwickeln. Die Oesterreichische Nationalbank soll Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten beobachten. Neue Trends und Risiken und internationale „best practises“ durch benchmarking der Funktionsweise von Finanzsystemen ausgewählter Vergleichsländer sollen frühzeitig erkannt und ihre möglichen Auswirkungen auf das österreichische Finanzsystem evaluiert werden. Die Oesterreichische Nationalbank soll dadurch auch den Bundesminister für Finanzen bei der seiner Finanz- und Kapitalmarktstrategie unterstützen.

Wiewohl das bisher in Abs. 2 verankerte Konzept der gemeinsamen Datenbank für bankaufsichtliche Analysen nicht mehr der Kompetenzlage entspricht und sohin nicht mehr weiter verfolgt wird, ist die Zurverfügungstellung auf Verlangen von Daten, die die Oesterreichische Nationalbank für die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 44c ~~Nationalbankgesetz 1984 – NBG, relevanten Daten~~ weiterhin seitens der FMA sicher zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese Daten auch verarbeiten. Die Oesterreichische Nationalbank ist für die technische Abwicklung des regelmäßigen Meldewesens der Kreditinstitute im Rahmen der einschlägigen Bestimmungen zuständig und betreibt dafür eine geeignete IT-Infrastruktur. Die Oesterreichische Nationalbank stellt den jederzeitigen Zugriff für die FMA auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten und Auswertungen aus dem Meldewesen über eine entsprechende Schnittstelle sicher (siehe dazu auch § 74 Abs. 5 und 6 Z 2 lit. b BWG, § 79 Abs. 2 BWG, § 26b E-GeldG, § 6 Abs. 3 ESAEG, § 26 Abs. 7 ZaDiG 2018). Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die FMA ist zulässig.

Abs. 3 bestimmt, dass die Oesterreichische Nationalbank hinkünftig dem Bundesminister für Finanzen und der FMA auch zur Finanzmarktentwicklung Beobachtungen und Feststellungen grundsätzlicher Art oder von besonderer Bedeutung mitzuteilen hat und auf Verlangen die erforderlich erscheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen hat.

Abs. 4 bestimmt, dass die Oesterreichische Nationalbank jährlich dem Bundesminister für Finanzen, der FMA, dem Fachbeirat Finanzmarktaufsicht, dem Finanzmarktstabilitätsgremium und dem Nationalrat zur Stärkung der demokratischen Kontrolle durch das Parlament einen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ~~seiner~~ Beobachtungen im Zusammenhang ~~mit~~ Finanzmarktstabilität und Finanzmarktentwicklung übermitteln soll.

Abs. 5 bestimmt, dass die Oesterreichische Nationalbank innerhalb ihrer Organisationsstruktur eine eigene Einheit („Kompetenzstelle mit Forschungsagenden“) einrichten soll, die sich mit ihren Aufgaben im Bereich der Beobachtung und Analyse von Entwicklungen auf den Finanzmärkten beschäftigen soll. Darüber hinaus hat die Oesterreichische Nationalbank zur Förderung der Finanzbildung in Österreich beizutragen und dem Bundesminister für Finanzen jährlich einen Bericht über wesentliche Erkenntnisse zum Stand der Finanzbildung zu übermitteln. Insbesondere auf Basis dieser jährlichen Berichte soll der Bundesminister für Finanzen betreffend die Förderung der Finanzbildung in Österreich insoweit eine koordinative Funktion übernehmen, als dass er der Oesterreichischen Nationalbank jederzeit Vorschläge für zusätzliche, von ihr zu ergreifende Maßnahmen unterbreiten kann, um die Finanzbildung in Österreich weiter zu verbessern.

Zu § 69 Abs. 3:

Aufgrund der Verringerung der Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank durch die Übertragung der Vor-Ort-Prüfungen und Einzelanalysen auf die FMA soll die Gewinnausschüttung an den Bund erhöht werden.

Zu § 89 Abs. 13:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Art. 11 (Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes)

Zu § 3 Abs. 4:

Da es künftig keine gemeinsame Datenbank der FMA und Oesterreichischen Nationalbank mehr geben wird, ist diese Bestimmung so anzupassen, dass in Zukunft innerhalb der FMA eine Datenbank geschaffen werden soll, bei der ein automationsunterstützter Zugriff sowohl für die Abwicklungsbehörde als auch für die aufsichtsrelevanten Organisationseinheiten der FMA jederzeit möglich sein soll. Inhalt

dieser Datenbank sollen beispielsweise die Ergebnisse von Einzelbankanalysen sein, die künftig durch die FMA durchzuführen sind. Darüber hinaus ist diese Bestimmung im Hinblick auf die Informationsweitergabe seitens der Oesterreichischen Nationalbank an die Abwicklungsbehörde insofern sprachlich zu adaptieren, als dass die Oesterreichische Nationalbank der Abwicklungsbehörde – anstatt des Zugriffs auf die aufzulassende gemeinsame Datenbank – den jederzeitigen Zugriff zu den in § 79 Abs. 2 BWG angeführten Daten zu ermöglichen hat.

Zu § 3 Abs. 5:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Institute in der FMA ist die Bezugnahme auf frühere Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 79 BWG an dieser Stelle obsolet und hat zu entfallen. Neu hinzu kommt, dass die Abwicklungsbehörde das Recht hat, die Oesterreichische Nationalbank als Sachverständige in Bezug auf Fragen der Finanzmarktstabilität gemäß § 48 Abs. 2 Z 2 BaSAG im Rahmen der Abwicklungsplanung zu beauftragen.

Zu § 4 Abs. 3:

Im Hinblick auf die Festlegung des konkreten Aufbaus und Inhalts der Sanierungs- und Abwicklungspläne soll künftig die Verpflichtung der FMA bzw. der Abwicklungsbehörde zur Einholung gutachterlicher Äußerungen der Oesterreichischen Nationalbank entfallen.

Zu § 44 Abs. 1 Z 9:

Hier erfolgt eine Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 70 Abs. 1 Z 3 BWG durchgeführten Änderungen betreffend die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen.

Zu den §§ 78 Abs. 3, 79 Abs. 1 und 2, 83 Abs. 1, 2 und 3 sowie 165 Abs. 2:

Die bisher im Rahmen dieses Bundesgesetzes an die FIMBAG übertragenen Aufgaben beziehungsweise Funktionen sollen künftig von der ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG) wahrgenommen werden. Die betroffenen Bestimmungen sind daher entsprechend anzupassen.

Zu § 84 Abs. 2:

Aufgrund des Entfalls des § 3 Abs. 9 BWG sind die Verweise in dieser Bestimmung anzupassen.

Zu § 113a Abs. 2:

Da künftig nicht mehr die Oesterreichische Nationalbank, sondern die FMA (und die Abwicklungsbehörde) für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein soll, ist diese Bestimmung entsprechend anzupassen.

Zu § 115 Abs. 2:

Aufgrund des generellen Entfalls der Einbindung der Oesterreichischen Nationalbank in die operativen behördlichen Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erscheint die Möglichkeit zur Einholung eines Gutachtens der Oesterreichischen Nationalbank zur Auswahl der von der Abwicklungsbehörde beabsichtigten Maßnahme als nicht mehr zweckmäßig. Die entsprechende Formulierung soll daher entfallen.

Zu § 118 Abs. 1 bis 1b:

§ 118 Abs. 1 bis 1b BaSAG sieht eine vom VwGVG und vom FMABG abweichende Regelung der aufschiebenden Wirkung von Bescheiden der FMA, mit welchen Abwicklungsmaßnahmen angeordnet werden, vor. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung wird die aufschiebende Wirkung von Beschwerden gegen solche Bescheide kraft Gesetzes ausgeschlossen. Der speziellere Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nach § 123 Abs. 5 und § 123a Abs. 2 bleibt von dieser Regelung unberührt. § 118 Abs. 1 bis 1b BaSAG setzt Art. 85 Abs. 4 Buchstabe b der Richtlinie 2014/59/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, ABl. Nr. L 173 vom 12.06.2014 S. 190, zuletzt geändert durch Richtlinie (EU) 2017/2399, ABl. Nr. L 345 vom 27.12.2017 S. 96, um. Diese Bestimmung regelt, dass solche Bescheide „sofort vollstreckbar“ sind und dass die widerlegbare Vermutung besteht, dass eine Aussetzung der „Vollstreckung dem öffentlichen Interesse zuwiderliefe.“ Gemäß Erwägungsgrund 90 der Richtlinie 2014/59/EU dienen Krisenmanagementmaßnahmen der Bewältigung äußerst dringlicher Situationen, weshalb durch die Zuerkennung einer aufschiebenden Wirkung die Kontinuität kritischer Funktionen beeinträchtigt werden könnte. Entsprechend der unionsrechtlichen Vorgabe des Art. 85 Abs. 4 erster Unterabsatz der Richtlinie 2014/59/EU sieht Abs. 1 vor, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung auf Antrag der Partei von der FMA gewährt werden kann. Zur Wahrung des rechtsstaatlichen Prinzips (siehe etwa VfGH 2. März 2018, G 257/2017) wird der FMA die Möglichkeit eingeräumt, die aufschiebende Wirkung von Beschwerden gegen Bescheide auf Antrag im Einzelfall zuzuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den

Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Diese Kriterien sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Entscheidung einer Krisenmanagementmaßnahme Anlass zur widerlegbaren Vermutung gibt, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderlaufen würde. Mit dem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes ist die gesetzgeberische Wertung verbunden, dass das Interesse am Vollzug des angefochtenen Bescheides regelmäßig überwiegt.

Die Kontrolle der Entscheidung über die Erteilung der aufschiebenden Wirkung kommt dem Bundesverwaltungsgericht zu. Beschwerden gegen diese Entscheidung haben selbst keine aufschiebende Wirkung. Abs. 1a ist damit an § 13 Abs. 4 VwGVG angelehnt. Das Bundesverwaltungsgericht hat über eine solche Beschwerde also unverzüglich zu entscheiden (vgl. RV 2009 BlgNR XXIV. GP, 5). Abs. 1a unterscheidet sich jedoch von der genannten Bestimmung insoweit, als der FMA ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt wird. Damit soll der FMA die Gelegenheit gegeben werden, auf ein neues Vorbringen zu reagieren, um dem Bundesverwaltungsgericht eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu bieten (siehe hierzu VfGH 23. April 2009, B 504/09 und VfGH 6. Mai 2009, B 504/09). Um den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren zu genügen, hat die FMA ihr Anhörungsrecht in angemessener Frist wahrzunehmen und das Bundesverwaltungsgericht in weiterer Folge ohne unnötigen Aufschub zu entscheiden.

Abs. 1b ist an § 22 VwGVG angelehnt und bezieht die bereits zu Abs. 1 angeführten Erwägungen mit ein.

Bei Aufhebungen oder Abänderungen von Bescheiden gemäß Abs. 1 ist § 13 Abs. 3 VwGVG sinngemäß anzuwenden; bei Aufhebungen oder Abänderungen von Beschlüssen gemäß Abs. 1b ist § 22 Abs. 3 VwGVG sinngemäß anzuwenden.

Zu § 167 Abs. 7:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Art. 12 (Änderung des Sparkassengesetzes)

Zu § 28 Abs. 3:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA entfällt die Notwendigkeit der Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend den Anwendungsbereich und die konkrete Ausgestaltung der Eingaben in die sogenannte „Incoming Plattform“ der FMA. Aus denselben Gründen künftig ebenfalls nicht mehr notwendig ist die Gewährleistung der elektronischen Datenverfügbarkeit für die Oesterreichische Nationalbank. Diese Änderung ist konsistent mit den in § 73a BWG vorgenommenen Änderungen.

Zu § 42 Abs. 14:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Artikel 13 (Änderung des STS-Verbriefungsvollzugsgesetzes)

Zu § 2 Abs. 1 und 3:

Diese Bestimmung hat zu entfallen, weil die Oesterreichische Nationalbank künftig nicht mehr für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein wird.

Zu Art. 14 (Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016)

Zum Entfall des des § 182 Abs. 5 bis 7:

Die Zuständigkeit der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der Versicherungsaufsicht beschränkt sich bereits nach bisher geltendem Recht auf die Erstattung einer gutachterlichen Äußerung zum Marktrisikomodul oder Teilen des Marktrisikomoduls vor der Genehmigung interner oder partieller interner Modelle. Diese Zuständigkeit soll nunmehr entfallen.

Zu § 340 Abs. 10:

Bestimmung zum Inkrafttreten.

Zu Artikel 15 (Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018)

Zu § 11 Abs. 3 und 5:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Kreditinstitute in der FMA hat künftig die Einholung einer gutachterlichen Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Freistellung von gruppenangehörigen Instituten zu entfallen.

Zu Art. 16 (Änderung des Zahlungsdienstegesetzes 2018)

Zur Einfügung im Inhaltsverzeichnis:

Redaktionelle Anpassung.

Zu § 10 Abs. 2 Z 1:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank zur FMA bei der Aufsicht über Zahlungsinstitute hat künftig die Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen des Konzessionsverfahrens des Zahlungsinstituts zu entfallen.

Zu § 15 Abs. 4:

Aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank zur FMA bei der Aufsicht über Zahlungsinstitute hat künftig die verpflichtete Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank vor Eintragung in das Zahlungsinstitutsregister zu entfallen.

Zu § 25 Abs. 3, 3a und 3b:

Die Übermittlungspflicht des geprüften Jahresabschlusses samt Anhang und Lagebericht, sowie, falls vorhanden, des Konzernabschlusses samt Anhang und Konzernlagebericht, des Prüfungsberichts des Abschlussprüfers und der Anlage zum Prüfungsbericht an die Oesterreichische Nationalbank entfällt.

Ansonsten wurden Inhalte des bisherigen Abs. 3 in den nunmehrigen Abs. 3a und 3b überführt.

Zu § 26 Abs. 7:

In Abs. 7 wird ein bisher im Wege eines Verweises auf den bisherigen § 79 BWG geregelter Sachverhalt übernommen.

Zu § 29 Abs. 1 Z 1:

Die Anpassung erfolgt zur Umsetzung des generellen Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA.

Zu § 88 Abs. 3:

Die Anpassungen wurden aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht bei der FMA vorgenommen. Hinsichtlich des Meldewesens ist weiterhin § 26 ZaDiG 2018 zu beachten; hinsichtlich des Zugriffs auf Anzeigen seitens der Oesterreichischen Nationalbank ist § 94a Abs. 2 zu beachten.

Die meisten der bisherigen Verweise entfallen aufgrund der nunmehrigen Zuständigkeiten. Der Verweis auf Art. 79 Abs. 4a Satz 2 und 3 bleibt zur Sicherstellung der Effektivität in Krisenzeiten erhalten.

Zu § 88 Abs. 3a:

Abs. 3a zieht einen bisher im Wege auf einen Verweis auf den bisherigen § 79 BWG geregelten und weiterhin gültigen Sachverhalt nach. Sohin die Klarstellung, dass sich die FMA auf die von der OeNB zur Verfügung gestellten Daten weiterhin verlassen kann und die Ermächtigung der FMA zur Erteilung erforderlicher Auskünfte an den Abschlussprüfer. Abs. 3a stellt aber auch die nunmehrige FMA-Verantwortung hinsichtlich Gutachten und Analysen klar.

Zu § 88 Abs. 7:

Die Zuständigkeit für Gutachten im Zusammenhang mit neuen Massenzahlverfahren verbleibt aufgrund der engen Verbindung zur Zahlungsverkehrsaufsicht bei der Oesterreichischen Nationalbank. Mit der Klarstellung in den letzten beiden Sätzen wurde bisher gültiger und hinsichtlich dieser Massenzahlverfahren weiterhin gültiger Rechtsbestand weitergeführt.

§ 90 Abs. 1 und 1a:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Zahlungsinstitute in der FMA wurden Änderungen zur Klarstellung von Zuständigkeiten vorgenommen.

Zu § 91:

Da die Oesterreichische Nationalbank keine Sachverständige nach ZaDiG 2018 beauftragen kann, entfällt der Verweis auf die Oesterreichische Nationalbank.

Zu § 92 Abs. 4:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Zahlungsinstitute in der FMA wird der gemeinsame Vorschlag der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank zum Abschluss von Abkommen über die aufsichtliche Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten oder zuständigen Behörden von Drittländern durch ein alleiniges Vorschlagsrecht der FMA abgelöst.

Zu § 93 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3:

Die Anpassung erfolgt zur Umsetzung des generellen Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA.

Zu § 93 Abs. 4:

Die Anpassung ist im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kompetenzübergangs für Vor-Ort-Prüfungen von der Oesterreichischen Nationalbank auf die FMA nötig.

Zu § 94 Abs. 11:

Der bisherige § 94 Abs. 11 wird in den § 94a verschoben. In § 94a wird klargestellt, auf welche Anzeigen die Oesterreichische Nationalbank weiterhin Zugriff haben soll.

Zu § 94a:

Der bisherige § 94 Abs. 11 wird weitgehend unverändert in den § 94a verschoben. Es entfällt in Abs. 1 im Gegensatz zum bisherigen § 94 Abs. 11 aber die Anhörungsverpflichtung der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit Anzeigen und sonstigen Übermittlungspflichten.

In Abs. 2 wird klargestellt, auf welche Anzeigen die FMA der Oesterreichische Nationalbank weiterhin den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff zu gewähren hat.

Zu § 95 Abs. 1 und 2:

Es erfolgt eine Anpassung aufgrund des Wegfalls der Anzeigeverpflichtungen des Bankprüfers gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank.

Zu § 100 Abs. 9:

Aufgrund der Bündelung der gesamten behördlichen Aufsicht über Zahlungsinstitute in der FMA entfällt die Möglichkeit der Wahrnehmung einer der genannten Gesetzesverletzungen seitens der Oesterreichischen Nationalbank. Der Verweis auf die Oesterreichische Nationalbank entfällt daher.

Zu § 119 Abs. 3:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Artikel 17 (Änderung des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes)**Zu § 2 und § 3 Abs. 2 bis 2f:**

Die Oesterreichische Nationalbank soll hinsichtlich der Aufsicht über Zentrale Gegenparteien auch weiterhin für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein, da dadurch Synergieeffekte im Zusammenhang mit der der Oesterreichischen Nationalbank zukommenden Zahlungssystemaufsicht gemäß § 44a NBG gehoben werden können. Da die Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute im BWG weggefallen sind, sollen die Verweise auf das BWG soweit möglich angepasst und ansonsten durch Übernahme der für die Beibehaltung der Befugnisse notwendigen Bestimmungen ersetzt werden. In § 2 wird weiters ein durch BGBl. I Nr. 69/2015 eingeführter Nummerierungsfehler bei Abs. 3 und 4 korrigiert.

Zu Artikel 18 (Änderung des Zentralverwahrer-Vollzugsgesetzes)**Zu § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 bis 2f:**

Die Oesterreichische Nationalbank soll hinsichtlich der Aufsicht über Zentralverwahrer auch weiterhin für die Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen zuständig sein, da dadurch Synergieeffekte im Zusammenhang mit der der Oesterreichischen Nationalbank zukommenden Zahlungssystemaufsicht gemäß § 44a NBG gehoben werden können. Da die Zuständigkeiten der Oesterreichischen Nationalbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute im BWG weggefallen sind, sollen die Verweise auf das BWG soweit möglich angepasst und ansonsten durch Übernahme der für die Beibehaltung der Befugnisse notwendigen Bestimmungen ersetzt werden.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Artikel 1

Änderung des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes

§ 23. (1)–(5) ...

(6) Für die in Abs. 1 bis 3 genannten Aufgaben der OeNB gilt § 79 Abs. 4 2. Satz BWG sinngemäß.

§ 74. (1)–(14) ...

Artikel 2

Änderung des Bankwesengesetzes

§ 3. (1)–(7) ...

(8) Für Kreditinstitute, die zum Betrieb des Investmentgeschäfts, des Immobilienfondsgeschäfts oder des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts berechtigt sind, findet § 70 Abs. 1 Z 3 derart Anwendung, dass Vor-Ort-Prüfungen von der FMA durchzuführen sind; die Vor-Ort-Prüfung umfasst auch die jeweiligen Depotbanken im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen des InvFG 2011, ImmoInvFG oder BMSVG. § 70 Abs. 1a und 1b und § 79 Abs. 4 sind für diese Kreditinstitute nicht anwendbar. § 79 Abs. 4a ist mit der Maßgabe anwendbar, dass nur Satz eins bis drei und der letzte Satz gelten.

(9) In Bezug auf die Einhaltung der § 39 Abs. 2b Z 11, und § 41 findet § 70 Abs. 1 Z 3 derart Anwendung, dass Vor-Ort-Prüfungen von der FMA durchzuführen sind. § 70 Abs. 1a und 1b sowie § 79 Abs. 4 sind diesbezüglich nicht anwendbar.

Vorgeschlagene Fassung

Artikel 1

Änderung des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes

§ 23. (1)–(5) ...

(6) Die FMA hat sich weitestmöglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der OeNB gemäß Abs. 1 bis 3 zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.

§ 74. (1)–(14) ...

(15) § 23 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 2

Änderung des Bankwesengesetzes

§ 3. (1)–(7) ...

Geltende Fassung

(10) Für Kreditinstitute, die keine CRR-Kreditinstitute sind, sind hinsichtlich der Entgegennahme von Geldern aus notariellen Treuhandschaften gemäß § 109a Notariatsordnung, RGBL. Nr. 75/1871, der Durchführung des in diesem Zusammenhang stehenden Girogeschäfts sowie der Veranlagung dieser Gelder Teil 3, 4, 6 und 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie die §§ 22a bis 24a nicht anzuwenden.

§ 4. (1) – (5) ...

(6) Vor Erteilung der Konzession an ein Kreditinstitut hat die FMA *unter gleichzeitiger Verständigung des Bundesministers für Finanzen die Oesterreichische Nationalbank anzuhören*; die Verständigung des Bundesministers für Finanzen umfasst auch die Vorlage des Konzessionsantrags, der Beilagen und späterer ergänzender Unterlagen. Umfasst der Konzessionsantrag die Berechtigung zur Entgegennahme erstattungsfähiger Einlagen (§ 7 Abs. 1 Z 4 ESAEG) oder zur Durchführung sicherungspflichtiger Wertpapierdienstleistungen (§ 45 Abs. 4 ESAEG), so hat die FMA vor Erteilung der Konzession auch die Sicherungseinrichtungen anzuhören; die FMA ist berechtigt, hierbei den Sicherungseinrichtungen auch die Angaben gemäß § 4 Abs. 3 Z 3 zu übermitteln.

(7) – (8) ...

§ 5. (1) ...

(2) Ein Kreditinstitut und jede gemäß § 94 geschützte Bezeichnung dürfen als Firma oder Geschäftszweig nur dann in das Firmenbuch eingetragen werden, wenn die entsprechenden rechtskräftigen Bescheide in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) vorliegen. Die Vorlage der Bescheide entfällt, soweit der Betrieb von Bankgeschäften nach § 9, § 11, § 13 oder § 103 Z 5 zulässig ist. Das zuständige Gericht hat Beschlüsse über solche Firmenbucheintragen auch der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* zuzustellen. Die FMA hat dem zuständigen Gericht die gemäß § 9 Abs. 2 und 5, § 11 Abs. 3 und § 13 Abs. 3 erhaltenen Angaben zu übermitteln.

(3) – (4) ...

§ 21. (1) ...

(1a) Vor der Erteilung von Bewilligungen gemäß Abs. 1 Z 1, 6 und 7 hat die FMA die Oesterreichische Nationalbank anzuhören.

Vorgeschlagene Fassung

(10) Für Kreditinstitute, die keine CRR-Kreditinstitute sind, sind hinsichtlich der Entgegennahme von Geldern aus notariellen Treuhandschaften gemäß § 109a Notariatsordnung, RGBL. Nr. 75/1871, der Durchführung des in diesem Zusammenhang stehenden Girogeschäfts sowie der Veranlagung dieser Gelder Teil 3, 4, 6 und 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie die §§ 22a bis 24a *und 39a* nicht anzuwenden.

§ 4. (1) – (5) ...

(6) Vor Erteilung der Konzession an ein Kreditinstitut hat die FMA *den Bundesminister für Finanzen zu verständigen*; die Verständigung des Bundesministers für Finanzen umfasst auch die Vorlage des Konzessionsantrags, der Beilagen und späterer ergänzender Unterlagen. Umfasst der Konzessionsantrag die Berechtigung zur Entgegennahme erstattungsfähiger Einlagen (§ 7 Abs. 1 Z 4 ESAEG) oder zur Durchführung sicherungspflichtiger Wertpapierdienstleistungen (§ 45 Abs. 4 ESAEG), so hat die FMA vor Erteilung der Konzession auch die Sicherungseinrichtungen anzuhören; die FMA ist berechtigt, hierbei den Sicherungseinrichtungen auch die Angaben gemäß § 4 Abs. 3 Z 3 zu übermitteln.

(7) – (8) ...

§ 5. (1) ...

(2) Ein Kreditinstitut und jede gemäß § 94 geschützte Bezeichnung dürfen als Firma oder Geschäftszweig nur dann in das Firmenbuch eingetragen werden, wenn die entsprechenden rechtskräftigen Bescheide in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) vorliegen. Die Vorlage der Bescheide entfällt, soweit der Betrieb von Bankgeschäften nach § 9, § 11, § 13 oder § 103 Z 5 zulässig ist. Das zuständige Gericht hat Beschlüsse über solche Firmenbucheintragen auch der FMA zuzustellen. Die FMA hat dem zuständigen Gericht die gemäß § 9 Abs. 2 und 5, § 11 Abs. 3 und § 13 Abs. 3 erhaltenen Angaben zu übermitteln.

(3) – (4) ...

§ 21. (1) ...

Geltende Fassung

(2) ...

(3) Bewilligungen gemäß Abs. 1 Z 1, 6 und 7 dürfen nur dann in das Firmenbuch eingetragen werden, wenn die entsprechenden rechtskräftigen Bescheide in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) vorliegen. Das zuständige Gericht hat Verfügungen und Beschlüsse über solche Firmenbucheintragungen auch der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zuzustellen.

(4) ...

(5) Abweichend von § 70 Abs. 1 Z 3 sind Vor-Ort-Prüfungen in Bezug auf die Einhaltung der die Versicherungsvermittlung betreffenden Ausübungsbestimmungen gemäß den §§ 137 bis 138 GewO 1994 durch Kreditinstitute von der FMA durchzuführen; § 70 Abs. 1a und 1b sowie § 79 Abs. 4 sind diesbezüglich nicht anwendbar. Die Kosten der Aufsicht über Kreditinstitute im Hinblick auf die Einhaltung der die Versicherungsvermittlung betreffenden Ausübungsbestimmungen gemäß den §§ 137 bis 138 GewO 1994 sind Kosten der Versicherungsaufsicht und dem Rechnungskreis 2 gemäß § 19 Abs. 1 Z 2 FMABG zuzuordnen.

(6) – (7) ...

§ 21a. (1) ...

(2) Die FMA hat in den Bewilligungsverfahren für interne Ansätze gemäß Art. 143 Abs. 1 und 3, Art. 221 Abs. 1 und 2, Art. 225 Abs. 1, Art. 259 Abs. 3, Art. 283 Abs. 1, Art. 312 Abs. 2 und Art. 363 Abs. 1 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 eine gutachtliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen im Sinne dieser Verordnung einzuholen.

(3) – (5) ...

§ 30b. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat im Verfahren gemäß Abs. 1 eine gutachtliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 einzuholen.

(4) ...

(5) Kreditinstitute, Wertpapierfirmen gemäß Abs. 1 oder übergeordnete

Vorgeschlagene Fassung

(2) ...

(3) Bewilligungen gemäß Abs. 1 Z 1, 6 und 7 dürfen nur dann in das Firmenbuch eingetragen werden, wenn die entsprechenden rechtskräftigen Bescheide in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) vorliegen. Das zuständige Gericht hat Verfügungen und Beschlüsse über solche Firmenbucheintragungen auch der FMA zuzustellen.

(4) ...

(5) Die Kosten der Aufsicht über Kreditinstitute im Hinblick auf die Einhaltung der die Versicherungsvermittlung betreffenden Ausübungsbestimmungen gemäß den §§ 137 bis 138 GewO 1994 sind Kosten der Versicherungsaufsicht und dem Rechnungskreis 2 gemäß § 19 Abs. 1 Z 2 FMABG zuzuordnen.

(6) – (7) ...

§ 21a. (1) ...

(3) – (5) ...

§ 30b. (1) – (2) ...

(4) ...

(5) Kreditinstitute, Wertpapierfirmen gemäß Abs. 1 oder übergeordnete

Geltende Fassung

Mutterunternehmen haben der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in Bescheiden festgelegten Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen und einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden. Die FMA hat die Bewilligung gemäß Abs. 1 zu entziehen, wenn eine der in Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegt.

§ 30c. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat im Verfahren gemäß Abs. 1 eine gutachtliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 einzuholen.

(4) ...

(5) Kreditinstitute, Wertpapierfirmen gemäß Abs. 1 oder übergeordnete Muttergesellschaften haben der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in Bescheiden festgelegten Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen sowie einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden. Die FMA hat die Bewilligung gemäß Abs. 1 zu entziehen, wenn eine der in Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegt.

§ 42. (1) – (5) ...

(6) Mit den Aufgaben der internen Revision ist eine eigene Organisationseinheit im Kreditinstitut zu betrauen. Dies gilt jedoch nicht für Kreditinstitute,

1. – 3. ...

4. deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro nicht übersteigt und die einem EU-Mutterkreditinstitut oder einem Mutterkreditinstitut in einem Mitgliedstaat gemäß § 30 Abs. 1 Z 1 bis 6 nachgeordnet sind, wenn im EU-Mutterkreditinstitut oder in einem Mutterkreditinstitut in einem Mitgliedstaat eine eigene Organisationseinheit für die interne Revision

Vorgeschlagene Fassung

Mutterunternehmen haben der FMA unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in Bescheiden festgelegten Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen und einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden. Die FMA hat die Bewilligung gemäß Abs. 1 zu entziehen, wenn eine der in Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegt.

§ 30c. (1) – (2) ...

(4) ...

(5) Kreditinstitute, Wertpapierfirmen gemäß Abs. 1 oder übergeordnete Muttergesellschaften haben der FMA unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in Bescheiden festgelegten Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen sowie einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden. Die FMA hat die Bewilligung gemäß Abs. 1 zu entziehen, wenn eine der in Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegt.

§ 42. (1) – (5) ...

(6) Mit den Aufgaben der internen Revision ist eine eigene Organisationseinheit im Kreditinstitut zu betrauen. Dies gilt jedoch nicht für Kreditinstitute,

1. – 3. ...

4. deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro nicht übersteigt und die einem EU-Mutterkreditinstitut oder einem Mutterkreditinstitut in einem Mitgliedstaat gemäß § 30 Abs. 1 Z 1 bis 6 nachgeordnet sind, wenn im EU-Mutterkreditinstitut oder in einem Mutterkreditinstitut in einem Mitgliedstaat eine eigene Organisationseinheit für die interne Revision

Geltende Fassung

besteht, die unter jederzeitiger Beachtung von Abs. 2 ausgestattet und organisiert ist und die Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten **von FMA und Oesterreichischer Nationalbank** hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

...

(7) ...

§ 44. (1) Die geprüften Jahresabschlüsse, Lageberichte, Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte nach § 59 und § 59a sowie die Prüfungsberichte über die Jahresabschlüsse, Lageberichte, Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte nach § 59 und § 59a einschließlich der in § 63 Abs. 5 genannten Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss sind von den Kreditinstituten und den Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute längstens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** vorzulegen. Weiters haben die Kreditinstitute der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank längstens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres die Daten der Jahresabschlüsse und der Konzernabschlüsse nach § 59 und § 59a einschließlich der in § 63 Abs. 5 genannten Anlage zum Prüfungsbericht sowie Angaben über stille Reserven elektronisch in standardisierter Form zu übermitteln.

(2) Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute haben überdies die Jahresabschlüsse des ausländischen Kreditinstitutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln.

(3) Zweigstellen von Kreditinstituten gemäß § 9 Abs.1 und Finanzinstituten gemäß § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1, die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Z 2 bis 8, 11 und 15 bis 17 in Österreich erbringen, haben den Jahresabschluß, den Lagebericht, gegebenenfalls den konsolidierten Jahresabschluß und Lagebericht, des Kredit- oder Finanzinstitutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß des Geschäftsjahres der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln.

(4) Zweigstellen von Kreditinstituten gemäß § 9 Abs. 1 und Finanzinstituten gemäß § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1, die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Z 2 bis 8, 11 und 15 bis 17 in Österreich erbringen, haben die folgenden Angaben gemäß Z 1 bis 4 durch Bankprüfer prüfen zu lassen und den Bericht hierüber einschließlich der Anlage gemäß § 63 Abs. 7 längstens innerhalb von sechs Monaten nach

Vorgeschlagene Fassung

besteht, die unter jederzeitiger Beachtung von Abs. 2 ausgestattet und organisiert ist und die Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten **der** FMA hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

...

(7) ...

§ 44. (1) Die geprüften Jahresabschlüsse, Lageberichte, Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte nach § 59 und § 59a sowie die Prüfungsberichte über die Jahresabschlüsse, Lageberichte, Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte nach § 59 und § 59a einschließlich der in § 63 Abs. 5 genannten Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss sind von den Kreditinstituten und den Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute längstens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA vorzulegen. Weiters haben die Kreditinstitute der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank längstens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres die Daten der Jahresabschlüsse und der Konzernabschlüsse nach § 59 und § 59a einschließlich der in § 63 Abs. 5 genannten Anlage zum Prüfungsbericht sowie Angaben über stille Reserven elektronisch in standardisierter Form zu übermitteln.

(2) Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute haben überdies die Jahresabschlüsse des ausländischen Kreditinstitutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln.

(3) Zweigstellen von Kreditinstituten gemäß § 9 Abs.1 und Finanzinstituten gemäß § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1, die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Z 2 bis 8, 11 und 15 bis 17 in Österreich erbringen, haben den Jahresabschluß, den Lagebericht, gegebenenfalls den konsolidierten Jahresabschluß und Lagebericht, des Kredit- oder Finanzinstitutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln.

(4) Zweigstellen von Kreditinstituten gemäß § 9 Abs. 1 und Finanzinstituten gemäß § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1, die Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 Z 2 bis 8, 11 und 15 bis 17 in Österreich erbringen, haben die folgenden Angaben gemäß Z 1 bis 4 durch Bankprüfer prüfen zu lassen und den Bericht hierüber einschließlich der Anlage gemäß § 63 Abs. 7 längstens innerhalb von sechs Monaten nach

Geltende Fassung

Abschluss des Geschäftsjahres der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* zu übermitteln:

1. – 4. ...

(5) – (8) ...

§ 63. (1) – (2) ...

(3) Werden vom Bankprüfer bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen festgestellt, die

1. eine Berichtspflicht nach § 273 Abs. 2 UGB begründen oder
2. die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen des geprüften Kreditinstituts für gefährdet oder
3. eine wesentliche Verschärfung der Risikolage oder
4. wesentliche Verletzungen dieses Bundesgesetzes, der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 oder sonstiger für die Bankenaufsicht maßgebliche gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA oder
5. wesentliche Bilanzposten oder außerbilanzielle Positionen als nicht werthaltig

erkennen lassen, hat er begründete Zweifel an der Richtigkeit von Unterlagen oder an der Vollständigkeitserklärung des Vorstandes oder erfolgt eine Versagung oder eine Einschränkung des Bestätigungsvermerkes, so hat er über diese Tatsachen unbeschadet § 273 Abs. 2 UGB mit Erläuterungen unverzüglich der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* schriftlich zu berichten. Stellt der Bankprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Bankprüfer der FMA *und der Oesterreichischen Nationalbank* erst dann berichten, wenn das Kreditinstitut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Bankprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Bankprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. Von einem Prüfungsverband bestellte Bankprüfer haben Berichte nach diesem Absatz über den Prüfungsverband zu erstatten, der sie unverzüglich weiterzuleiten hat. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Bankprüfer bestellt

Vorgeschlagene Fassung

Abschluss des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln:

1. – 4. ...

(5) – (8) ...

§ 63. (1) – (2) ...

(3) Werden vom Bankprüfer bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen festgestellt, die

1. eine Berichtspflicht nach § 273 Abs. 2 UGB begründen oder
2. die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen des geprüften Kreditinstituts für gefährdet oder
3. eine wesentliche Verschärfung der Risikolage oder
4. wesentliche Verletzungen dieses Bundesgesetzes, der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 oder sonstiger für die Bankenaufsicht maßgebliche gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA oder
5. wesentliche Bilanzposten oder außerbilanzielle Positionen als nicht werthaltig

erkennen lassen, hat er begründete Zweifel an der Richtigkeit von Unterlagen oder an der Vollständigkeitserklärung des Vorstandes oder erfolgt eine Versagung oder eine Einschränkung des Bestätigungsvermerkes, so hat er über diese Tatsachen unbeschadet § 273 Abs. 2 UGB mit Erläuterungen unverzüglich der FMA schriftlich zu berichten. Stellt der Bankprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Bankprüfer der FMA erst dann berichten, wenn das Kreditinstitut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Bankprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Bankprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. Von einem Prüfungsverband bestellte Bankprüfer haben Berichte nach diesem Absatz über den Prüfungsverband zu erstatten, der sie unverzüglich weiterzuleiten hat. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Bankprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft

Geltende Fassung

wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen. Unbeschadet der Verpflichtungen gemäß § 273 Abs. 2 UGB ist ein Bericht nach diesem Absatz gleichzeitig mit der Übermittlung an die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank** auch an den Aufsichtsrat oder das sonst nach Gesetz oder Satzung zuständige Aufsichtsorgan des Kreditinstitutes zu übermitteln.

(3a) – (8) ...

§ 70. (1) In ihrem Zuständigkeitsbereich als Bankenaufsichtsbehörde (§ 69 Abs. 1 Z 1 und 2) kann die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zustehenden Befugnisse jederzeit zur Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Kreditinstitute-Verbände und der Kreditinstitutsgruppen

1. – 2a. ...

3. die Oesterreichische Nationalbank mit der Prüfung von Kreditinstituts- Verbänden, Kreditinstituten, deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs, von Kreditinstituten, die gemäß § 5 Abs. 1 FKG einer zusätzlichen Beaufsichtigung unterliegen sowie von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe **beauftragen. Die Kompetenz der Oesterreichischen Nationalbank zur Vor-Ort-Prüfung im Bereich der Bankenaufsicht und von Kreditinstituten oder Kreditinstitutsgruppen in Finanzkonglomeraten erstreckt sich dabei umfassend auf die Prüfung aller Geschäftsfelder und aller Risikoarten. Die Oesterreichische Nationalbank hat dafür zu sorgen, dass sie über ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen zur Durchführung der genannten Prüfungen verfügt. Die FMA ist berechtigt, eigene Mitarbeiter an Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank teilnehmen zu lassen;**

4. zur Prüfung von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe sowie von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten und in Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3 auch die zuständigen Behörden des Aufnahmestaates um die Vornahme der Prüfung ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 3 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen **kann auch die Oesterreichische Nationalbank zur Teilnahme an einer solchen Prüfung verpflichtet werden und können** eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen.

Vorgeschlagene Fassung

gemachten natürlichen Personen. Unbeschadet der Verpflichtungen gemäß § 273 Abs. 2 UGB ist ein Bericht nach diesem Absatz gleichzeitig mit der Übermittlung an die FMA auch an den Aufsichtsrat oder das sonst nach Gesetz oder Satzung zuständige Aufsichtsorgan des Kreditinstitutes zu übermitteln.

(3a) – (8) ...

§ 70. (1) In ihrem Zuständigkeitsbereich als Bankenaufsichtsbehörde (§ 69 Abs. 1 Z 1 und 2) kann die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zustehenden Befugnisse jederzeit zur Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Kreditinstitute-Verbände und der Kreditinstitutsgruppen

1. – 2a. ...

3. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstitute- Verbänden, Kreditinstituten, deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs, von Kreditinstituten, die gemäß § 5 Abs. 1 FKG einer zusätzlichen Beaufsichtigung unterliegen sowie von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe **durchzuführen;**

4. zur Prüfung von Unternehmen der Kreditinstitutsgruppe sowie von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten und in Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3 auch die zuständigen Behörden des Aufnahmestaates um die Vornahme der Prüfung ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 3 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen **können auch** eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen.

Geltende Fassung

(1a) Stellt die Oesterreichische Nationalbank bei einer Vor-Ort-Prüfung fest, dass der gemäß Abs. 1 Z 3 oder 4 erteilte Prüfungsauftrag zur Erreichung des Prüfungszwecks nicht ausreicht, so hat sie die FMA um die erforderlichen Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

(1b) Die FMA *und die Oesterreichische Nationalbank haben* für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm *gemeinsam* festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Prüfung systemrelevanter Kreditinstitute,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz nicht systemrelevanter Institute,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,
5. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß § 69 Abs. 2 und 3 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils institutsbezogen die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat auch eine Aufzählung jener Kreditinstitute zu enthalten, die einer verstärkten Aufsicht unterzogen werden sollen. Auf Basis des § 69 Abs. 2 und 3 ist hierbei zu entscheiden, ob eine Erhöhung der Anzahl oder Häufigkeit der Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstituten, eine zusätzliche oder häufigere Berichterstattung durch das Kreditinstitut oder eine zusätzliche oder häufigere Überprüfung der operativen oder strategischen Pläne sowie der Geschäftspläne der Kreditinstitute nötig sind. Stellt die *Oesterreichische Nationalbank* fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 5 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im *gemeinsamen Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie berechtigt und verpflichtet, die FMA um die Erteilung eines zusätzlichen Prüfungsauftrags zu ersuchen. Dieses Ersuchen hat einen inhaltlichen Vorschlag für den Prüfungsauftrag zu enthalten und hat jene Gründe anzuführen, die eine außerplanmäßige Prüfung im Sinne der Z 1 bis 5 rechtfertigen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erteilen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen. Das Recht zur Erteilung von Prüfungsaufträgen der FMA gemäß Abs. 1 Z 3 und 4 bleibt unberührt.*

Vorgeschlagene Fassung

(1b) Die FMA *hat* für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Prüfung systemrelevanter Kreditinstitute,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz nicht systemrelevanter Institute,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,
5. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß § 69 Abs. 2 und 3 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils institutsbezogen die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat auch eine Aufzählung jener Kreditinstitute zu enthalten, die einer verstärkten Aufsicht unterzogen werden sollen. Auf Basis des § 69 Abs. 2 und 3 ist hierbei zu entscheiden, ob eine Erhöhung der Anzahl oder Häufigkeit der Vor-Ort-Prüfungen bei Kreditinstituten, eine zusätzliche oder häufigere Berichterstattung durch das Kreditinstitut oder eine zusätzliche oder häufigere Überprüfung der operativen oder strategischen Pläne sowie der Geschäftspläne der Kreditinstitute nötig sind. Stellt die *FMA* fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 5 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im *Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie berechtigt und verpflichtet, eine solche Vor-Ort-Prüfung durchzuführen.*

Geltende Fassung

(1c) Die Oesterreichische Nationalbank *ist* *berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 1 Z 3 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 1b festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden.* Die Oesterreichische Nationalbank hat *zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.*

(1d) Die Oesterreichische Nationalbank hat den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung *gemäß Abs. 1c schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist dem Kreditinstitut bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch das geprüfte Kreditinstitut hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfanges gemäß § 22 FMABG zu sorgen.*

(1e) – (10) ...

§ 70a. (1) ...

(2) Unbeschadet der auf Grund anderer Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bestehenden Befugnisse kann die FMA *gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 die Oesterreichische Nationalbank beauftragen, alle gemäß Abs. 1 vom Kreditinstitut zu erteilenden Auskünfte vor Ort einzuholen und erteilte Auskünfte nachzuprüfen; § 70 Abs. 1 Z 3 dritter Satz und § 71 sind* anzuwenden. Mit dieser Prüfung können auch die Bankprüfer, die zuständigen Prüfungs- und Revisionsverbände, Wirtschaftsprüfer oder sonstige von der gemischten Finanzholdinggesellschaft, der gemischten Mutterfinanzholdinggesellschaft oder der gemischten Holdinggesellschaft unabhängige Sachverständige beauftragt werden.

(4) – (5) ...

§ 73a. Die FMA kann *nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank*

Vorgeschlagene Fassung

(1c) Die Oesterreichische Nationalbank *kann auf Basis eines Beschlusses ihres Direktoriums der FMA Aufträge zur Durchführung einer Vor-Ort-Prüfung aus Gründen der Finanzmarktstabilität, aus makroökonomischen Gründen oder im Krisenfall erteilen.* Die Oesterreichische Nationalbank hat *bei Erteilung des Prüfauftrages an die FMA die Gründe für die Prüfung darzulegen*

und den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung schriftlich festzulegen. Die FMA hat dem Prüfungsauftrag der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich nachzukommen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 1b festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden würden oder die durch den Prüfauftrag angeforderten Daten der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 79 bereits zugänglich sind oder unverzüglich zugänglich gemacht werden können. Stellt die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug fest, ist in einem solchen Fall eine Ablehnung des Prüfungsauftrages der Oesterreichischen Nationalbank unzulässig und hat die FMA dem Prüfungsauftrag jedenfalls unverzüglich nachzukommen. Nach Durchführung der Prüfung hat die FMA die Ergebnisse solcher Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich mitzuteilen.

(1e) – (10) ...

§ 70a. (1) ...

(2) Unbeschadet der auf Grund anderer Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bestehenden Befugnisse kann die FMA alle gemäß Abs. 1 vom Kreditinstitut zu erteilenden Auskünfte vor Ort *einholen* und erteilte Auskünfte *nachprüfen*; § 71 *ist* anzuwenden. Mit dieser Prüfung können auch die Bankprüfer, die zuständigen Prüfungs- und Revisionsverbände, Wirtschaftsprüfer oder sonstige von der gemischten Finanzholdinggesellschaft, der gemischten Mutterfinanzholdinggesellschaft oder der gemischten Holdinggesellschaft unabhängige Sachverständige beauftragt werden.

(4) – (5) ...

§ 73a. Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen,

Geltende Fassung

durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen, Übermittlungen, Unterrichtungen, das Zur-Kennntnis-Bringen und das Vorlegen gemäß § 9 Abs. 5, § 10 Abs. 2, 5 und 6, § 11 Abs. 3 letzter Satz, § 13 Abs. 3, § 20 Abs. 3, § 25 Abs. 5, § 28a Abs. 4, § 63 Abs. 1, § 70a Abs. 5, § 73 Abs. 1 Z 1 bis 18, Abs. 1a, Abs. 1b, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 4a und Abs. 5 dieses Bundesgesetzes, gemäß § 12 Abs. 1 und § 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken – BaSAG, BGBl. I Nr. 98/2014, gemäß § 2 Abs. 2 der Mündelsicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 650/1993 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 219/2003 sowie gemäß Art. 143 Abs. 4, Art. 312 Abs. 1 und 3, Art. 363 Abs. 3, Art. 366 Abs. 5 und Art. 396 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA **und die OeNB** gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Bankprüfern für Bescheinigungen und Berichte gemäß § 63 Abs. 1c und § 63 Abs. 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 77. (1) – (5) ...

(6) Wird die FMA von einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittlandes gemäß Abs. 5 Z 2 oder 3 ersucht, dieser Behörde vorliegende Informationen über

1. - 8. ...

jeweils mit Sitz im Inland, nachzuprüfen, so ist sie ermächtigt, die Durchführung der Prüfung durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaates oder des Drittlandes zu gestatten, andere Behörden in Anwendung des § 72 Abs. 1 im Wege der Amtshilfe darum zu ersuchen oder die Prüfung **der Oesterreichischen Nationalbank bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 70 Abs. 1 Z 3 zu übertragen**. § 71 ist anzuwenden. Ferner können Wirtschaftsprüfer, der Bankprüfer, die zuständigen Prüfungs- und Revisionsverbände oder sonstige vom

Vorgeschlagene Fassung

Übermittlungen, Unterrichtungen, das Zur-Kennntnis-Bringen und das Vorlegen gemäß § 9 Abs. 5, § 10 Abs. 2, 5 und 6, § 11 Abs. 3 letzter Satz, § 13 Abs. 3, § 20 Abs. 3, § 25 Abs. 5, § 28a Abs. 4, § 63 Abs. 1, § 70a Abs. 5, § 73 Abs. 1 Z 1 bis 18, Abs. 1a, Abs. 1b, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 4a und Abs. 5 dieses Bundesgesetzes, gemäß § 12 Abs. 1 und § 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken – BaSAG, BGBl. I Nr. 98/2014, gemäß § 2 Abs. 2 der Mündelsicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 650/1993 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 219/2003 sowie gemäß Art. 143 Abs. 4, Art. 312 Abs. 1 und 3, Art. 363 Abs. 3, Art. 366 Abs. 5 und Art. 396 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Bankprüfern für Bescheinigungen und Berichte gemäß § 63 Abs. 1c und § 63 Abs. 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 77. (1) – (5) ...

(6) Wird die FMA von einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittlandes gemäß Abs. 5 Z 2 oder 3 ersucht, dieser Behörde vorliegende Informationen über

1. - 8. ...

jeweils mit Sitz im Inland, nachzuprüfen, so ist sie ermächtigt, die Durchführung der Prüfung durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaates oder des Drittlandes zu gestatten, andere Behörden in Anwendung des § 72 Abs. 1 im Wege der Amtshilfe darum zu ersuchen oder die Prüfung **durch eigene Prüfer selbst durchzuführen**. § 71 ist anzuwenden. Ferner können Wirtschaftsprüfer, der Bankprüfer, die zuständigen Prüfungs- und Revisionsverbände oder sonstige vom zu prüfenden Unternehmen unabhängige Sachverständige mit der Prüfung

Geltende Fassung

zu prüfenden Unternehmen unabhängige Sachverständige mit der Prüfung beauftragt werden. Die Durchführung der Prüfung durch die zuständige Behörde des Drittlandes darf nur zur Erfüllung der in Abs. 5 genannten Aufsichtsaufgaben und unter Wahrung des Berufsgeheimnisses gestattet werden. Nimmt die ersuchende Behörde die Prüfung nicht selbst vor, darf sie auf eigenen Wunsch dennoch bei der Prüfung anwesend sein.

(6a) – (8) ...

§ 77a. (1) Der Bundesminister für Finanzen kann auf **gemeinsamen** Vorschlag der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und mit zuständigen Behörden von Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3, sofern der Informationsaustausch mit diesen zuständigen Behörden im Sinne des Art. 55 der Richtlinie 2013/36/EU, unter der Bedingung eines Art. 53 Abs. 1 der Richtlinie 2013/36/EU gleichwertigen Berufsgeheimnisses, der Erfüllung von Aufsichtsaufgaben dieser zuständigen Behörden dient, Abkommen über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Kreditinstitute gemäß den §§ 69 bis 71 schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist.

(3) – (4) ...

§ 77b. (1) – (2) ...

(3) Vorbehaltlich der Entscheidung durch die FMA als konsolidierende Aufsichtsbehörde können an einem Aufsichtskollegium teilnehmen:

1. – 2. ...

3. die Oesterreichische Nationalbank und andere Zentralbanken der Mitgliedstaaten gemäß Z 1 und 2;

4. – 5. ...

(4) – (6) ...

§ 77d. (1) – (3) ...

(4) Die in **diesem Bundesgesetz** vorgesehenen Verpflichtungen von FMA und Oesterreichischer Nationalbank zur **Einstellung von Daten in die gemäß § 79 Abs. 3 von der Oesterreichischen Nationalbank zu unterhaltende gemeinsame**

Vorgeschlagene Fassung

beauftragt werden. Die Durchführung der Prüfung durch die zuständige Behörde des Drittlandes darf nur zur Erfüllung der in Abs. 5 genannten Aufsichtsaufgaben und unter Wahrung des Berufsgeheimnisses gestattet werden. Nimmt die ersuchende Behörde die Prüfung nicht selbst vor, darf sie auf eigenen Wunsch dennoch bei der Prüfung anwesend sein.

(6a) – (8) ...

§ 77a. (1) Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA mit zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und mit zuständigen Behörden von Drittländern gemäß § 77 Abs. 5 Z 2 und 3, sofern der Informationsaustausch mit diesen zuständigen Behörden im Sinne des Art. 55 der Richtlinie 2013/36/EU, unter der Bedingung eines Art. 53 Abs. 1 der Richtlinie 2013/36/EU gleichwertigen Berufsgeheimnisses, der Erfüllung von Aufsichtsaufgaben dieser zuständigen Behörden dient, Abkommen über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Kreditinstitute gemäß den §§ 69 bis 71 schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist.

(3) – (4) ...

§ 77b. (1) – (2) ...

(3) Vorbehaltlich der Entscheidung durch die FMA als konsolidierende Aufsichtsbehörde können an einem Aufsichtskollegium teilnehmen:

1. – 2. ...

3. Zentralbanken der Mitgliedstaaten gemäß Z 1 und 2;

4. – 5. ...

(4) – (6) ...

§ 77d. (1) – (3) ...

(4) Die in **gemäß § 79 Abs. 2 und 4** vorgesehenen Verpflichtungen von FMA und Oesterreichischer Nationalbank zur **gegenseitigen Ermöglichung des automationsunterstützten jederzeitigen Zugriffs auf bestimmte** Daten entfallen,

Geltende Fassung

Datenbank für bankaufsichtliche Analysen entfallen, soweit diese Daten in eine im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus errichtete Datenbank der Europäischen Zentralbank einzustellen sind und diese Daten sowohl der FMA als auch der Oesterreichischen Nationalbank jederzeit zugänglich sind.

§ 79. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat auf dem Gebiete des Bankwesens dem Bundesminister für Finanzen und der FMA Beobachtungen und Feststellungen grundsätzlicher Art oder besonderer Bedeutung mitzuteilen und auf Verlangen die erforderlich scheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie Gutachten zu erstatten.

(2) Soweit die Übermittlung nicht gemäß § 73a erfolgt, sind alle Anzeigen gemäß § 20 und 73, Unterlagen gemäß § 44 Abs. 1 und 5, Meldungen gemäß den §§ 74 und 74a sowie Meldungen gemäß Art. 99, 100, 101, 394, 415 und 430 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat eine gemeinsame Datenbank für bankaufsichtliche Analysen zu unterhalten und der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf folgende Daten zu ermöglichen:

1. Daten gemäß Abs. 2;
2. bankaufsichtsrelevante Daten auf Grund von Meldungen gemäß §§ 44 bis 44b Nationalbankgesetz 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984;
3. bankaufsichtsrelevante Daten in anonymisierter Form auf Grund von Meldungen nach dem Devisengesetz;
4. Analysedaten und –ergebnisse gemäß Abs. 4a;
5. gemäß § 8 Abs. 2 des Sanktionengesetzes 2010 – SanktG, BGBl. I Nr. 36/2010, ermittelte und verarbeitete institutsbezogene Daten;
6. Meldungen gemäß § 4a BaSAG;

Die Oesterreichische Nationalbank und die FMA sind bezüglich dieser Datenbank gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche gemäß Art. 26 der Verordnung (EU) 2016/679. Die Oesterreichische Nationalbank ist darüber hinaus Anlaufstelle für die betroffenen Personen gemäß Art. 26 Abs. 1 letzter Satz der Verordnung (EU) 2016/679.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank

Vorgeschlagene Fassung

soweit diese Daten in eine im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus errichtete Datenbank der Europäischen Zentralbank einzustellen sind und diese Daten sowohl der FMA als auch der Oesterreichischen Nationalbank jederzeit zugänglich sind.

§ 79. (1) Meldungen gemäß den §§ 74 und 74a sowie Meldungen gemäß Art. 99, 100, 101, 394, 415 und 430 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf folgende Daten zu ermöglichen:

1. Daten gemäß Abs. 1;
2. bankaufsichtsrelevante Daten auf Grund von Meldungen gemäß §§ 44 bis 44b Nationalbankgesetz 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984;
3. bankaufsichtsrelevante Daten in anonymisierter Form auf Grund von Meldungen nach dem Devisengesetz;
4. gemäß § 8 Abs. 2 des Sanktionengesetzes 2010 – SanktG, BGBl. I Nr. 36/2010, ermittelte und verarbeitete institutsbezogene Daten;
5. Meldungen gemäß § 4a BaSAG;

6. Meldungen gemäß § 39 des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002;

7. Meldungen gemäß § 14 FKG.

Geltende Fassung

hat **ihr übertragene** Prüfungen gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 und § 70a Abs. 2, Gutachten im Rahmen der Bankaufsicht und Analysen gemäß Abs. 4a in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich weitestmöglich auf die **Prüfungen, Gutachten und Analysen** der Oesterreichischen Nationalbank **sowie die in die Datenbank** nach Abs. 3 **eingestellten** Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. **Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen des betroffenen Kreditinstitutes unverzüglich der FMA zu übermitteln. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichischen Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten; die Beauftragung der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 und § 70a Abs. 2 steht jedoch einer allenfalls erforderlichen ergänzenden Beweisaufnahme durch eigene Erhebungen der FMA oder durch Wirtschaftsprüfer und sonstige Sachverständige nicht entgegen. Die Oesterreichische Nationalbank** ist ermächtigt, dem Bankprüfer des betreffenden Kreditinstituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.

(4a) Die FMA hat alle relevanten Informationen aus ihrer bankaufsichtlichen Tätigkeit in die gemeinsame Datenbank einzustellen. Relevante Informationen in diesem Sinn sind Daten gemäß § 77 Abs. 4, bankaufsichtliche Daten gemäß § 14 FKG, Berichte der Staatskommissäre, institutsbezogene Informationen aus ihrer Aufsichtstätigkeit nach dem FM-GwG, Ermittlungsergebnisse und sonstige institutsbezogene Wahrnehmungen, soweit sie den Zuständigkeitsbereich der FMA betreffen. Informationen, über die beide Institutionen verfügen, sind von der Oesterreichischen Nationalbank in die gemeinsame Datenbank einzustellen. Die Oesterreichische Nationalbank hat die Daten gemäß Abs. 3 und die sonstigen von ihr oder von der FMA eingestellten

aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Bankaufsicht und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher

Vorgeschlagene Fassung

(3) Die FMA hat Prüfungen gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 und § 70a Abs. 2, Gutachten im Rahmen der Bankaufsicht und Analysen gemäß Abs. 4a in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich **dabei** weitestmöglich auf die **von** der Oesterreichischen Nationalbank nach Abs. 2 **zur Verfügung gestellten** Daten **sowie die gutachterlichen Äußerungen gemäß § 74 Abs. 4** zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. **Die FMA** ist ermächtigt, dem Bankprüfer des betreffenden Kreditinstituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.

(4) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf folgende Daten zu ermöglichen:

1. Anzeigen gemäß § 10 Abs. 2 Z 1, 3 und 4, § 28a Abs. 4, § 63 Abs. 1, § 73 Abs. 1 Z 1 bis 6, 8 bis 11 und 13, § 73 Abs. 1a Z 1 und 2, § 73 Abs. 1b Z 1 bis 4 und § 73 Abs. 2 Z 1 bis 6, § 73 Abs. 3,

2. Mitteilungen gemäß § 114 Abs. 1 BaSAG, und

3. Anzeigen gemäß § 16 Abs. 10 und § 18 Abs. 1 SpG.

(4a) Die FMA hat die Daten gemäß Abs. 2 und die sonstigen ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften

Geltende Fassung

Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelbankanalyse). *Alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf Verletzung von bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung der Risikolage oder eines Verdachts auf Verletzung von bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist der FMA unverzüglich mitzuteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzlich bestimmte Einzelbankanalysen zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Auswertung der Einzelbankanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Alle von ihr durchgeführten Einzelbankanalysen sind jedenfalls der FMA zur Verfügung zu stellen.* Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.

(4b) - (5) ...

(6) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA auf deren Verlangen gutachtliche Äußerungen über die Zulässigkeit und Richtigkeit von Netting-Vereinbarungen zu erstatten. Die Oesterreichische Nationalbank ist berechtigt, hierüber erforderliche Informationen und Unterlagen von den zuständigen Behörden im Ausland einzuholen. Bestehen für die FMA auf Grund der gutachtlichen Äußerungen sowie der eingeholten Informationen oder anderer Umstände Zweifel an der Rechtswirksamkeit der Netting-Vereinbarung, so hat sie dies dem Kreditinstitut mitzuteilen. Das Kreditinstitut hat eine Abschrift dieser Mitteilung dem Kontrahenten zur Verfügung zu stellen.

(7) – (8) ...

§ 80.

(2) Vor der Erlassung von Verordnungen der FMA und des Bundesministers für Finanzen auf Grund dieses Bundesgesetzes ist die Oesterreichische Nationalbank anzuhören.

§ 98. (1) – (5d) ...

(6) Bei Verletzung einer Verpflichtung gemäß § 10 Abs. 5 über die Anzeige

Vorgeschlagene Fassung

Auswertung für Zwecke der Bankaufsicht und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelbankanalyse). *Sie stellt der Oesterreichischen Nationalbank diese Daten und Analysen in geeigneter Form laufend elektronisch zur Verfügung. Diese Daten dienen nicht der Bewertung von Einzelbankanalysen, sondern sind ausschließlich für die Zwecke gemäß § 44b Abs. 1 Z 1 NBG zu verwenden. Wenn dies im Hinblick auf die Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit dem Eintritt eines Krisenfalls sowie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 5 BaSAG notwendig ist, hat die FMA auf Ersuchen zusätzlich bestimmte Einzelbankanalysen zu erstellen und an die Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben, diesfalls ist die Oesterreichische Nationalbank zur Auswertung der erhaltenen Einzelbankanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Zusammenhang mit Krisenfällen und im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt.* Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.

(4b) - (5) ...

(7) – (8) ...

§ 98. (1) – (5d) ...

(6) Bei Verletzung einer Verpflichtung gemäß § 10 Abs. 5 über die Anzeige

Geltende Fassung

von Änderungen der Bedingungen der Angaben nach § 10 Abs. 2 Z 2 bis 4 und Abs. 4 Z 2, § 10 Abs. 6, § 20 Abs. 3, § 73 Abs. 1 Z 1 hinsichtlich Satzungsänderungen, § 73 Abs. 1 Z 4 und 7, § 73 Abs. 1 Z 11 und 14 sowie § 73 Abs. 2 hat die FMA von der Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens abzusehen, wenn die nicht ordnungsgemäß erstattete Anzeige nachgeholt wurde, bevor die FMA **oder die Oesterreichische Nationalbank** Kenntnis von dieser Übertretung erlangt hat. Dies gilt auch für Verfahren nach § 99d Abs. 1 und 2.

§ 99. (1) Wer

1. – 7. ...

10. als Bankprüfer entgegen § 63 Abs. 3 von ihm festgestellte Tatsachen oder begründete Zweifel gemäß § 63 Abs. 3 nicht unverzüglich, bei kurzfristigen behebbaren, geringfügigen Mängeln erst dann, wenn die Bank die Mängel nicht binnen einer von ihm bestimmten Frist von **längstens drei Monaten** behoben hat, mit Erläuterungen der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** schriftlich anzeigt oder es nicht anzeigt, wenn die Geschäftsleiter eine von ihm geforderte Auskunft nicht innerhalb der von ihm gesetzten Frist erteilen; dies gilt in Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Bankprüfer bestellt wird, auch für die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen;

11. – 18. ...

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der FMA mit Geldstrafe bis zu 60 000 Euro, im Falle der Z 10 jedoch mit bis zu 100 000 Euro, zu bestrafen.

§ 107. (1) – (102) ...**Vorgeschlagene Fassung**

von Änderungen der Bedingungen der Angaben nach § 10 Abs. 2 Z 2 bis 4 und Abs. 4 Z 2, § 10 Abs. 6, § 20 Abs. 3, § 73 Abs. 1 Z 1 hinsichtlich Satzungsänderungen, § 73 Abs. 1 Z 4 und 7, § 73 Abs. 1 Z 11 und 14 sowie § 73 Abs. 2 hat die FMA von der Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens abzusehen, wenn die nicht ordnungsgemäß erstattete Anzeige nachgeholt wurde, bevor die FMA Kenntnis von dieser Übertretung erlangt hat. Dies gilt auch für Verfahren nach § 99d Abs. 1 und 2.

§ 99. (1) Wer

1. – 7. ...

10. als Bankprüfer entgegen § 63 Abs. 3 von ihm festgestellte Tatsachen oder begründete Zweifel gemäß § 63 Abs. 3 nicht unverzüglich, bei kurzfristigen behebbaren, geringfügigen Mängeln erst dann, wenn die Bank die Mängel nicht binnen einer von ihm bestimmten Frist von **längstens drei Monaten** behoben hat, mit Erläuterungen der FMA schriftlich anzeigt oder es nicht anzeigt, wenn die Geschäftsleiter eine von ihm geforderte Auskunft nicht innerhalb der von ihm gesetzten Frist erteilen; dies gilt in Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Bankprüfer bestellt wird, auch für die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen;

11. – 18. ...

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der FMA mit Geldstrafe bis zu 60 000 Euro, im Falle der Z 10 jedoch mit bis zu 100 000 Euro, zu bestrafen.

§ 107. (1) – (102) ...

(103) § 4 Abs. 6, § 5 Abs. 2, § 21 Abs. 3 und 5, § 30b Abs. 5, § 30c Abs. 5, § 42 Abs. 6 Z 4, § 44 Abs. 1 bis 4, § 63 Abs. 3, § 70 Abs. 1 Z 3 und 4, Abs. 1b und 1c, § 70a Abs. 2, § 73a, § 77 Abs. 6, § 77a Abs. 1, § 77b Abs. 3 Z 1, § 77d Abs. 4, § 79 Abs. 1 bis 4a, § 98 Abs. 6, § 99 Abs. 1 Z 10 sowie Z 9 der Anlage zu § 25 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019, treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 3 Abs. 8 und 9, § 21 Abs. 1a, § 21a Abs. 2, § 30b Abs. 3, § 30c Abs. 3, § 70 Abs. 1a und 1d, § 79 Abs. 6, § 80 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.



Geltende Fassung

Artikel 3

Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und
Selbständigenvorsorgegesetzes

§ 28. (1) ...

(2) Die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) kann *frühestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes und nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank* eine Verordnung erlassen, mit der

1. – 2. ...

...

(3) ...

§ 39. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat die Gliederung der Quartalsausweise durch Verordnung festzusetzen; bei Erlassung dieser Verordnung hat sie auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen BV-Kassenwesen Bedacht zu nehmen. *Sie ist ermächtigt*, durch Verordnung *auf* die Übermittlung *nach* Abs. 1 an *sie zu verzichten*. Verordnungen der FMA nach diesem Absatz erfordern die Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

(4) – (5) ...

§ 73. (1) – (34) ...

Vorgeschlagene Fassung

Artikel 3

Änderung des Betrieblichen Mitarbeiter- und
Selbständigenvorsorgegesetzes

§ 28. (1) ...

(2) Die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) kann eine Verordnung erlassen, mit der

1. – 2. ...

...

(3) ...

§ 39. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat die Gliederung der Quartalsausweise durch Verordnung festzusetzen; bei Erlassung dieser Verordnung hat sie auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen BV-Kassenwesen Bedacht zu nehmen. *Die FMA kann, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird*, durch Verordnung *vorsehen, dass* die Übermittlung *der Meldungen gemäß* Abs. 1 *ausschließlich* an *die Oesterreichische Nationalbank erfolgt*. Verordnungen der FMA nach diesem Absatz erfordern die Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

(4) – (5) ...

§ 73. (1) – (34) ...

(35) § 28 Abs. 2 und § 39 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Geltende Fassung**Artikel 4****Änderung des Bundesgesetzes zur Schaffung einer Abbaueinheit**

Das Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit – GSA, BGBl. I Nr. 51/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

§ 3. (1) – (3) ...

(4) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Abbaueinheit Bank- und Leasinggeschäfte betreiben, Beteiligungsankäufe- und -verkäufe vornehmen sowie Hilfsgeschäfte erbringen, sofern die Erbringung dieser Geschäfte der Aufgabenerfüllung unmittelbar oder mittelbar dient. Die Bestimmungen des BWG, mit Ausnahme von § 3 Abs. 9, § 5 Abs. 1 Z 6-13, § 28a, § 38, § 41, § 42 Abs. 1 bis 5, §§ 43 bis 59a, § 65, §§ 66 und 67, 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9, § 73 Abs. 1 Z 2, 3, 6 hinsichtlich des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit und 8, § 73a, § 75, § 76, §§ 77 und 77a, § 79, §§ 98 bis 99e, § 99g und §§ 101 und 101a BWG, sind auf die Abbaueinheit nicht anzuwenden. Die Bestimmungen des Pfandbriefgesetzes – PfandbriefG, dRGrBl. I 492/1927, sind anzuwenden. Die Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016, sind auf die Abbaueinheit anzuwenden.

(5) – (7) ...

§ 8. Die FMA hat die Einhaltung der §§ 5 Abs. 1 Z 6 bis 13, 28a, 38, 41 und 73 Abs. 1 Z 2, Z 3, Z 6 hinsichtlich des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit und Z 8 BWG zu überwachen; zu diesem Zweck sind die §§ 3 Abs. 9 und 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9 sowie die §§ 79, 98 bis 99e, 99g und § 101a BWG sinngemäß anzuwenden. Die FMA hat die Einhaltung des FM-GwG zu überwachen.

§ 13. (1) – (3) ...

Vorgeschlagene Fassung**Artikel 4****Änderung des Bundesgesetzes zur Schaffung einer Abbaueinheit**

Das Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit – GSA, BGBl. I Nr. 51/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xxx/201x, wird wie folgt geändert:

§ 3. (1) – (3) ...

(4) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Abbaueinheit Bank- und Leasinggeschäfte betreiben, Beteiligungsankäufe- und -verkäufe vornehmen sowie Hilfsgeschäfte erbringen, sofern die Erbringung dieser Geschäfte der Aufgabenerfüllung unmittelbar oder mittelbar dient. Die Bestimmungen des BWG, mit Ausnahme von § 5 Abs. 1 Z 6-13, § 28a, § 38, § 41, § 42 Abs. 1 bis 5, §§ 43 bis 59a, § 65, §§ 66 und 67, 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9, § 73 Abs. 1 Z 2, 3, 6 hinsichtlich des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit und 8, § 73a, § 75, § 76, §§ 77 und 77a, § 79, §§ 98 bis 99e, § 99g und §§ 101 und 101a BWG, sind auf die Abbaueinheit nicht anzuwenden. Die Bestimmungen des Pfandbriefgesetzes – PfandbriefG, dRGrBl. I 492/1927, sind anzuwenden. Die Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016, sind auf die Abbaueinheit anzuwenden.

(5) – (7) ...

§ 8. Die FMA hat die Einhaltung der §§ 5 Abs. 1 Z 6 bis 13, 28a, 38, 41 und 73 Abs. 1 Z 2, Z 3, Z 6 hinsichtlich des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit und Z 8 BWG zu überwachen; zu diesem Zweck sind § 70 Abs. 1, Abs. 4 Z 1 und 2 und Abs. 7 bis 9 sowie die §§ 79, 98 bis 99e, 99g und § 101a BWG sinngemäß anzuwenden. Die FMA hat die Einhaltung des FM-GwG zu überwachen.

§ 13. (1) – (3) ...

(4) § 3 Abs. 4 und § 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

Artikel 5
Änderung des E-Geldgesetzes 2010

Artikel 5
Änderung des E-Geldgesetzes 2010

§ 2. (1) – (3) ...

§ 2. (1) – (3) ...

(4) § 25 Abs. 2 Z 4 findet in Bezug auf die Einhaltung des § 20 Abs. 3 Z 6 ZaDiG 2018 einschließlich der mit dieser Bestimmung im Zusammenhang stehenden Verfahren und Datenverarbeitungssysteme im Sinne des § 20 Abs. 3 Z 4 ZaDiG 2018 derart Anwendung, dass Vor-Ort-Prüfungen von der FMA durchzuführen sind. Abweichend von § 22 Abs. 3 und § 25 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes sind die §§ 70 Abs. 1a und 1b sowie 79 Abs. 4 BWG diesbezüglich nicht anwendbar.

§ 11. (1) – (3) ...

§ 11. (1) – (3) ...

(4) Erbringt ein E-Geld-Institut Zahlungsdienste, die weder mit der Ausgabe von E-Geld noch mit den in § 3 Abs. 3 Z 2 bis 5 genannten Tätigkeiten in Verbindung stehen, und ist die Höhe des E-Geldumlaufs im Voraus nicht bekannt, so hat die FMA *nach Konsultation der Oesterreichischen Nationalbank* diesem E-Geld-Institut abweichend von Abs. 3 Z 2 auf Antrag zu gestatten, seine Eigenmittel unter Zugrundelegung eines repräsentativen Anteils zu berechnen, der typischerweise für die Ausgabe von E-Geld verwendet wird, sofern sich dieser repräsentative Anteil auf der Grundlage historischer Daten nach Überzeugung der FMA mit hinreichender Sicherheit schätzen lässt. Kann ein E-Geld-Institut nicht auf eine ausreichend lange Geschäftstätigkeit zurückblicken, so sind seine Eigenmittel abweichend von Abs. 3 Z 2 auf der Grundlage des aus seinem Geschäftsplan hervorgehenden erwarteten E-Geld-Umlaufes zu berechnen. Die FMA kann jedoch jederzeit eine Anpassung dieses Geschäftsplanes an die tatsächlichen Entwicklungen verlangen.

(4) Erbringt ein E-Geld-Institut Zahlungsdienste, die weder mit der Ausgabe von E-Geld noch mit den in § 3 Abs. 3 Z 2 bis 5 genannten Tätigkeiten in Verbindung stehen, und ist die Höhe des E-Geldumlaufs im Voraus nicht bekannt, so hat die FMA diesem E-Geld-Institut abweichend von Abs. 3 Z 2 auf Antrag zu gestatten, seine Eigenmittel unter Zugrundelegung eines repräsentativen Anteils zu berechnen, der typischerweise für die Ausgabe von E-Geld verwendet wird, sofern sich dieser repräsentative Anteil auf der Grundlage historischer Daten nach Überzeugung der FMA mit hinreichender Sicherheit schätzen lässt. Kann ein E-Geld-Institut nicht auf eine ausreichend lange Geschäftstätigkeit zurückblicken, so sind seine Eigenmittel abweichend von Abs. 3 Z 2 auf der Grundlage des aus seinem Geschäftsplan hervorgehenden erwarteten E-Geld-Umlaufes zu berechnen. Die FMA kann jedoch jederzeit eine Anpassung dieses Geschäftsplanes an die tatsächlichen Entwicklungen verlangen.

(5) – (7) ...

(5) – (7) ...

§ 13. (1) Die § 20 Abs. 1 bis 4, §§ 21, 24 und 26 ZaDiG 2018 sowie die §§ 36 und 42 Abs. 1 bis 3, Abs. 4 Z 1 und 3 und Abs. 5 bis 7 BWG sind auf E-Geld-Institute anzuwenden, wobei hinsichtlich § 20 Abs. 1, 2 und 4 ZaDiG 2018 sowohl auf die zahlungsdienstgeschäftlichen und zahlungsdienstbetrieblichen als auch auf die E-Geld-geschäftlichen und E-Geld-betrieblichen Risiken Bedacht zu nehmen ist; § 42 Abs. 3 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass das

§ 13. (1) Die § 20 Abs. 1 bis 4, § 21 und § 24 ZaDiG 2018 sowie die §§ 36 und 42 Abs. 1 bis 3, Abs. 4 Z 1 und 3 und Abs. 5 bis 7 BWG sind auf E-Geld-Institute anzuwenden, wobei hinsichtlich § 20 Abs. 1, 2 und 4 ZaDiG 2018 sowohl auf die zahlungsdienstgeschäftlichen und zahlungsdienstbetrieblichen als auch auf die E-Geld-geschäftlichen und E-Geld-betrieblichen Risiken Bedacht zu nehmen ist; § 42 Abs. 3 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass das

Geltende Fassung

Erfordernis von mindestens zwei Geschäftsleitern nur dann gilt, wenn das E-Geld-Institut auf Grund seiner Größe und Organisation tatsächlich mindestens zwei Geschäftsleiter hat.

(2) ...

§ 14. (1) – (2) ...

(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von E-Geld-Instituten sowie die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4, des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 11, 12, 14 Abs. 1, 15, 16 Abs. 2 und 20 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 des Finanzmarkt-Geldwäschegesetz – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016 sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 13 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 19 Abs. 1 ZaDiG), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für E-Geld-Institute) darzustellen.

Das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4 sowie der §§ 11, 12 und 14 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 15, 16 Abs. 2 und 20 dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 27 Abs. 1 oder 2 führen.

Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie, soweit

Vorgeschlagene Fassung

Erfordernis von mindestens zwei Geschäftsleitern nur dann gilt, wenn das E-Geld-Institut auf Grund seiner Größe und Organisation tatsächlich mindestens zwei Geschäftsleiter hat.

(2) ...

§ 14. (1) – (2) ...

(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von E-Geld-Instituten sowie die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4, des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 11, 12, 14 Abs. 1, 15, 16 Abs. 2 und 20 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 des Finanzmarkt-Geldwäschegesetz – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016 sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 13 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 19 Abs. 1 ZaDiG), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für E-Geld-Institute) darzustellen.

(3a) Das Ergebnis der Prüfung **gemäß Abs. 3** über die Beachtung des § 3 Abs. 3 und 4 sowie der §§ 11, 12 und 14 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung des § 4 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Z 11 ZaDiG 2018, des § 4 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Z 3 ZaDiG 2018, der §§ 7, 15, 16 Abs. 2 und 20 dieses Bundesgesetzes, der §§ 20 bis 22 und 24 ZaDiG 2018, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des E-Geld-Institutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 27 Abs. 1 oder 2 führen.

(3b) Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie,

Geltende Fassung

erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des E-Geld-Instituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA **und Oesterreichische Nationalbank** eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.

(4) – (8) ...

(9) Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies die Jahresabschlüsse des ausländischen E-Geld-Institutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln. Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss des ausländischen E-Geld-Institutes im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ oder in einem allgemein erhältlichen Bekanntmachungsblatt zu veröffentlichen. Der Lagebericht und der konsolidierte Lagebericht des ausländischen E-Geld-Institutes sind am Sitz der Zweigstelle für jedermann zur Einsichtnahme bereitzuhalten. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach Anhörung der FMA mit Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes auf Grundlage der Gegenseitigkeit Abkommen zu schließen, die Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute von der Verpflichtung entbinden, einen auf ihre eigene Tätigkeit bezogenen Jahresabschluss offen zu legen.

§ 22. (1) – (2) ...

(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank **arbeiten** zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng

Vorgeschlagene Fassung

soweit erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des E-Geld-Instituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.

(4) – (8) ...

(9) Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies die Jahresabschlüsse des ausländischen E-Geld-Institutes innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln. Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute haben überdies den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss des ausländischen E-Geld-Institutes im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ oder in einem allgemein erhältlichen Bekanntmachungsblatt zu veröffentlichen. Der Lagebericht und der konsolidierte Lagebericht des ausländischen E-Geld-Institutes sind am Sitz der Zweigstelle für jedermann zur Einsichtnahme bereitzuhalten. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach Anhörung der FMA mit Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes auf Grundlage der Gegenseitigkeit Abkommen zu schließen, die Zweigstellen ausländischer E-Geld-Institute von der Verpflichtung entbinden, einen auf ihre eigene Tätigkeit bezogenen Jahresabschluss offen zu legen.

§ 22. (1) – (2) ...

(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank **haben** zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng

Geltende Fassung

zusammen. § 79 BWG **findet** mit der Maßgabe **Anwendung**, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der E-Geld-Institutsaufsicht gelten **und an die Stelle des Verweises auf § 73 BWG ein Verweis auf § 7 dieses Bundesgesetzes und an die Stelle des Verweises auf § 44 BWG ein Verweis auf § 14 dieses Bundesgesetzes treten. An die Stelle des Verweises auf § 74 BWG tritt ein Verweis auf § 26 ZaDiG 2018.**

(4)–(6) ...

§ 23. (1) Die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank sind** zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erforderlich ist; das sind:

1. – 12. ...

(2)–(3) ...

§ 24. Von der FMA **oder der Oesterreichischen Nationalbank** beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.

§ 25. (1) ...

(2) In Ausübung der Zuständigkeiten gemäß Abs. 1 ist die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer bundesgesetzlicher Bestimmungen zustehenden Befugnisse jederzeit ermächtigt,

1. – 3. ...

4. die Oesterreichische Nationalbank mit der Prüfung von E-Geld-Instituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs zu beauftragen; die Kompetenz der Oesterreichischen

Vorgeschlagene Fassung

zusammen **zu arbeiten**. § 79 **Abs. 4a Satz 2 und 3** BWG **ist** mit der Maßgabe **anzuwenden**, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der E-Geld-Institutsaufsicht gelten.

(3a) Die FMA hat Prüfungen gemäß § 25 Abs. 2 Z 4, Gutachten im Rahmen der E-Geld-Institutsaufsicht und Analysen gemäß Abs. 3 in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich dabei weitestmöglich auf die von der Oesterreichischen Nationalbank nach § 26b Abs. 7 zur Verfügung gestellten Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die FMA ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer des betreffenden E-Geld-Instituts die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.

(4)–(6) ...

§ 23. (1) Die FMA **ist** zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erforderlich ist; das sind:

1. – 12. ...

(2)–(3) ...

§ 24. Von der FMA beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.

§ 25. (1) ...

(2) In Ausübung der Zuständigkeiten gemäß Abs. 1 ist die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer bundesgesetzlicher Bestimmungen zustehenden Befugnisse jederzeit ermächtigt,

1. – 3. ...

Geltende Fassung

Nationalbank zur Vor-Ort-Prüfung im Bereich der Aufsicht über E-Geld-Institute erstreckt sich dabei umfassend auf die Prüfung aller Geschäftsfelder und aller Risikoarten; die Oesterreichische Nationalbank hat dafür zu sorgen, dass sie über ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen zur Durchführung der genannten Prüfungen verfügt; die FMA ist berechtigt, eigene Mitarbeiter an Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank teilnehmen zu lassen;

5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen **kann auch die Oesterreichische Nationalbank zur Teilnahme an einer solchen Prüfung verpflichtet werden und können** eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen;

6. ...

(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. **Im Übrigen ist § 71 BWG anzuwenden. Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese** sind die §§ 70 Abs. **1a bis** 1c und **79** BWG anzuwenden.

§ 26. (1) – (10) ...

(12

) Die FMA kann **nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank** durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 6 Abs. 3, § 7, § 10 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 28 Abs. 1 ZaDiG 2018, § 15 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 21 Abs. 3 und § 22 Abs. 1 ZaDiG 2018 und § 14 Abs. 7 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den

Vorgeschlagene Fassung

4. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei E-Geld-Instituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs durchzuführen;

5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen **können auch** eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen;

6. ...

(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. **Im übrigen** sind die §§ 70 Abs. **1b und** 1c und **71** BWG anzuwenden.

§ 26. (1) – (10) ...

Anzeigen

§ 26a. (1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 6 Abs. 3, § 7, § 10 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 28 Abs. 1 ZaDiG 2018, § 15 dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 21 Abs. 3 und § 22 Abs. 1 ZaDiG 2018 und § 14 Abs. 7 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der

Geltende Fassung

Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren **und dafür zu sorgen**, dass **die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA und die Oesterreichische Nationalbank gewährleistet bleibt und** Aufsichtsinteressen **nicht** beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und **Meldungen** gemäß § 14 Abs. 8 und § 27 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die **Meldepflichtigen** oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten **Melddaten** vergewissern können.

Vorgeschlagene Fassung

Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren **ohne** dass Aufsichtsinteressen beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und **Anzeigen** gemäß § 14 Abs. 8 und § 27 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die **Übermittlungspflichtigen** oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten **Anzeigen und sonstigen Übermittlungen** vergewissern können.

(2) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 7 Abs. 1 Z 2, 3, 4, 10 und § 14 Abs. 7 zu ermöglichen.

Meldewesen

§ 26b. (1) E-Geld-Institute haben unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres der FMA Meldungen entsprechend der in der Verordnung gemäß Abs. 5 vorgesehenen Gliederung zu übermitteln. Diese Meldungen haben insbesondere Informationen zur Bilanz, zu Posten unter der Bilanz, zur Gewinn- und Verlustrechnung und zu Pflichtangaben des Anhangs sowie Informationen, die eine Beurteilung und Überwachung der §§ 3 Abs. 3 Z 2, 12 und 13 ermöglichen, zu enthalten.

(2) E-Geld-Institute haben unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendermonats der FMA Meldungen über die Einhaltung des § 11 zu übermitteln. Diese Meldungen haben sowohl Angaben zur Kontrolle der Einhaltung dieser Ordnungsnormen als auch die für ihre Herleitung maßgeblichen Angaben zu umfassen.

(3) E-Geld-Institute haben der FMA unverzüglich nach Ablauf eines Kalenderhalbjahres Meldungen über die unternehmensbezogenen Stammdaten zu übermitteln. Unabhängig davon haben E-Geld-Institute jede Veränderung von Stammdaten unverzüglich zu übermitteln. Die Meldung des Mitarbeiterstandes hat nur zum Jahresultimo bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres zu erfolgen.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank hat zu den Meldungen gemäß Abs. 2 und den hiezu erlassenen Verordnungen der FMA (Abs. 5) gutachtliche

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung****Äußerungen zu erstaten.**

(5) Die FMA hat die Gliederung der Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 durch Verordnung festzusetzen. Die FMA hat dabei auf eine für die laufende Beaufsichtigung von E-Geld-Instituten erforderliche aussagekräftige Ausweisung zu achten. Die FMA kann durch Verordnung festlegen, dass einzelne Positionen des Abs. 2 nur quartalsweise zu übermitteln sind. Bei Erlassung dieser Verordnung hat sie weiters auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Finanzmarkt und die Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen. Die FMA kann, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird, durch Verordnung vorsehen, dass die Übermittlung der Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank erfolgt. Verordnungen der FMA nach diesem Absatz bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

(6) Die Meldungen gemäß den Abs. 1 bis 3 sind in standardisierter Form mittels elektronischer Übermittlung zu erstaten. Die Übermittlung hat bestimmten, von der FMA nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank bekannt zu gebenden Mindestanforderungen zu entsprechen.

(7) Meldungen gemäß Abs. 1 bis 3 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf diese Daten zu ermöglichen.

§ 27. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss eines E-Geld-Institutes im Sinne von § 3 Abs. 2 prüft oder bei diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

1. – 5. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende

§ 27. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss eines E-Geld-Institutes im Sinne von § 3 Abs. 2 prüft oder bei diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

1. – 5. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende

Geltende Fassung

Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** erst dann berichten, wenn das E-Geld-Institut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen.

(3) – (5) ...

§ 29. (1) – (2) ...

(4) Wer als Verantwortlicher (§ 9 VStG) eines E-Geld-Instituts gemäß § 3 Abs. 2 oder einer Zweigstelle gemäß § 10

1. ...

2. gegen eine Verpflichtung gemäß § 11 dieses Bundesgesetzes oder gegen § **26 ZaDiG 2018** verstößt oder

4. ...

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der FMA hinsichtlich der Z 1 mit Geldstrafe bis zu 100 000 Euro und hinsichtlich der Z 2, der Z 3 oder Z 4 mit Geldstrafe bis zu 60 000 Euro zu bestrafen.

(5) – (10) ...

§ 33. (1) Die FMA kann die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates um Zusammenarbeit bei einer Überwachung oder einer Überprüfung vor Ort oder einer Ermittlung ersuchen. Erhält die FMA ein Ersuchen um eine Überprüfung vor Ort oder eine Ermittlung, so hat sie im Rahmen ihrer Befugnisse tätig zu werden, indem sie

1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder **der Oesterreichischen Nationalbank überträgt oder**

2. – 3. ...

(2) ...

(3) Der Bundesminister für Finanzen kann auf **gemeinsamen** Vorschlag der

Vorgeschlagene Fassung

Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA erst dann berichten, wenn das E-Geld-Institut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen.

(3) – (5) ...

§ 29. (1) – (2) ...

(4) Wer als Verantwortlicher (§ 9 VStG) eines E-Geld-Instituts gemäß § 3 Abs. 2 oder einer Zweigstelle gemäß § 10

1. ...

2. gegen eine Verpflichtung gemäß § 11 dieses Bundesgesetzes oder gegen § **26b** verstößt oder

4. ...

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der FMA hinsichtlich der Z 1 mit Geldstrafe bis zu 100 000 Euro und hinsichtlich der Z 2, der Z 3 oder Z 4 mit Geldstrafe bis zu 60 000 Euro zu bestrafen.

(5) – (10) ...

§ 33. (1) Die FMA kann die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates um Zusammenarbeit bei einer Überwachung oder einer Überprüfung vor Ort oder einer Ermittlung ersuchen. Erhält die FMA ein Ersuchen um eine Überprüfung vor Ort oder eine Ermittlung, so hat sie im Rahmen ihrer Befugnisse tätig zu werden, indem sie

1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder

2. – 3. ...

(2) ...

(3) Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA folgende

Geltende Fassung

FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** folgende Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der E-Geld-Institute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:

1. – 2. ...

§ 41. (1) – (9) ...

Vorgeschlagene Fassung

Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der E-Geld-Institute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:

1. – 2. ...

§ 41. (1) – (9) ...

(10) Die Einträge zu § 26a und 26b im Inhaltsverzeichnis, §§ 11 Abs. 4, 13 Abs. 1, 14 Abs. 3, 3a und 3b, 14 Abs. 9, 22 Abs. 3 und 3a, 23 Abs. 1 und 1a, 24, 25 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3, 26a, 26b, 27 Abs. 1 und 2, 29 Abs. 4 Z 2, 33 Abs. 1 Z 1 und Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten am 1. Jänner 2020 in Kraft. Die §§ 2 Abs. 4 und 26 Abs. 12 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Artikel 6**Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes**

§ 3. (1) Die FMA hat ein institutsbezogenes Sicherungssystem auf Antrag als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anzuerkennen, wenn das System

1. - 4. ...

Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.

(2) – (3) ...

§ 4. (1) Die FMA hat die Anerkennung eines institutsbezogenen Sicherungssystems als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem in den folgenden Fällen zu widerrufen:

1. - 3. ...

Abweichend von Z 1 ist die FMA nicht verpflichtet, die Anerkennung eines institutsbezogenen Sicherungssystems alleine deshalb zu widerrufen, weil der Anteil der gedeckten Einlagen der Mitgliedsinstitute eines institutsbezogenen Sicherungssystems aufgrund von Änderungen in der Zusammensetzung des

Artikel 6**Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes**

§ 3. (1) Die FMA hat ein institutsbezogenes Sicherungssystem auf Antrag als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anzuerkennen, wenn das System

1. - 4. ...

(2) – (3) ...

§ 4. (1) Die FMA hat die Anerkennung eines institutsbezogenen Sicherungssystems als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem in den folgenden Fällen zu widerrufen:

1. - 3. ...

Abweichend von Z 1 ist die FMA nicht verpflichtet, die Anerkennung eines institutsbezogenen Sicherungssystems alleine deshalb zu widerrufen, weil der Anteil der gedeckten Einlagen der Mitgliedsinstitute eines institutsbezogenen Sicherungssystems aufgrund von Änderungen in der Zusammensetzung des

Geltende Fassung

institutsbezogenen Sicherungssystems oder der Erstattung von gedeckten Einlagen nach diesem Bundesgesetz oder durch Anwendung des BaSAG oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 unter den in § 3 Abs. 1 Z 4 festgelegten Wert fällt; in diesen Fällen hat die betroffene Sicherungseinrichtung der FMA unverzüglich alle Informationen zu erteilen, die die FMA für die Beurteilung der künftigen Leistungsfähigkeit des institutsbezogenen Sicherungssystems als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem benötigt. *Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.*

(2) – (3) ...

§ 5. (1) ...

(2) Die FMA hat die Einhaltung der Bestimmungen des 1. bis 3. Teils dieses Bundesgesetzes durch Sicherungseinrichtungen zu überwachen. Die FMA ist zu diesem Zweck jederzeit berechtigt:

1. – 3. ...

4. die Oesterreichische Nationalbank mit der Prüfung von Sicherungseinrichtungen zu beauftragen. Die Kompetenz zur Vor-Ort-Prüfung im Bereich der Aufsicht über Sicherungseinrichtungen erstreckt sich dabei umfassend auf die Prüfung aller Aufgaben der Sicherungseinrichtungen nach diesem Bundesgesetz mit Ausnahme des 3. Teils. Die Oesterreichische Nationalbank hat dafür zu sorgen, dass sie über ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen zur Durchführung der genannten Prüfungen verfügt;

5. – 6. ...

(3) ...

(4) Stellt die Oesterreichische Nationalbank bei einer Vor-Ort-Prüfung fest, dass der gemäß Abs. 2 Z 4 erteilte Prüfauftrag zur Erreichung des Prüfungszwecks nicht ausreicht, so hat sie die FMA um die erforderlichen Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

Vorgeschlagene Fassung

institutsbezogenen Sicherungssystems oder der Erstattung von gedeckten Einlagen nach diesem Bundesgesetz oder durch Anwendung des BaSAG oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 unter den in § 3 Abs. 1 Z 4 festgelegten Wert fällt; in diesen Fällen hat die betroffene Sicherungseinrichtung der FMA unverzüglich alle Informationen zu erteilen, die die FMA für die Beurteilung der künftigen Leistungsfähigkeit des institutsbezogenen Sicherungssystems als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem benötigt.

(2) – (3) ...

§ 5. (1) ...

(2) Die FMA hat die Einhaltung der Bestimmungen des 1. bis 3. Teils dieses Bundesgesetzes durch Sicherungseinrichtungen zu überwachen. Die FMA ist zu diesem Zweck jederzeit berechtigt:

1. – 3. ...

4. durch eigene Prüfer Vor-Ort-Prüfungen bei Sicherungseinrichtungen durchzuführen; § 71 Abs. 1 bis 6 BWG findet mit der Maßgabe Anwendung, dass sich die Vor-Ort-Prüfungen anstatt auf Kreditinstitute auf Sicherungseinrichtungen beziehen;

5. – 6. ...

(3) ...

Geltende Fassung

(5) Die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank haben** für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfprogramm **gemeinsam** festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Verpflichtungen der Sicherungseinrichtungen nach diesem Bundesgesetz,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz aller Sicherungseinrichtungen,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils die Prüfungsschwerpunkte bezogen auf die jeweilige Sicherungseinrichtung sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Stellt die **Oesterreichische Nationalbank** fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 4 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im **gemeinsamen** Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie **berechtigt und verpflichtet, die FMA um die Erteilung eines zusätzlichen Prüfungsauftrags zu ersuchen. Dieses Ersuchen hat einen inhaltlichen Vorschlag für den Prüfungsauftrag zu enthalten und hat jene Gründe anzuführen, die eine außerplanmäßige Prüfung im Sinne der Z 1 bis 4 rechtfertigen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erteilen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen. Das Recht zur Erteilung von Prüfungsaufträgen der FMA gemäß Abs. 2 Z 4 bleibt unberührt.**

(6) Die Oesterreichische Nationalbank **ist berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 2 Z 4 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 5 festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden. Die Oesterreichische Nationalbank hat zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.**

(7) **Die Oesterreichische Nationalbank hat** den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung **gemäß Abs. 6 schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist der Sicherungseinrichtung bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch die geprüfte Sicherungseinrichtung hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichische**

Vorgeschlagene Fassung

(5) Die FMA **hat** für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfprogramm festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. die Verpflichtungen der Sicherungseinrichtungen nach diesem Bundesgesetz,
2. eine angemessene Prüfungsfrequenz aller Sicherungseinrichtungen,
3. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,
4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel.

Im Prüfungsprogramm sind jeweils die Prüfungsschwerpunkte bezogen auf die jeweilige Sicherungseinrichtung sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen. Stellt die **FMA** fest, dass zur Gewährleistung der Kriterien gemäß Z 1 bis 4 eine Vor-Ort-Prüfung erforderlich ist, die nicht im Prüfungsprogramm festgelegt ist, so ist sie **berechtigt und verpflichtet, eine solche Vor-Ort-Prüfung durchzuführen.**

(6) Die Oesterreichische Nationalbank **kann auf Basis eines Beschlusses ihres Direktoriums der FMA Aufträge zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen aus Gründen der Finanzmarktstabilität, aus makroökonomischen Gründen oder im Krisenfall erteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat bei Erteilung des Prüfungsauftrages an die FMA die Gründe für die Prüfung darzulegen**

und den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung schriftlich festzulegen. **Die FMA hat dem Prüfungsauftrag der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich nachzukommen oder diesen unter Angabe der Gründe abzulehnen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 5 festgelegten Prüfungen oder sonstige Prüfungen der FMA beeinträchtigt werden würden oder die durch den Prüfungsauftrag angeforderten Daten der Oesterreichischen Nationalbank**

Geltende Fassung

Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfanges gemäß § 22 FMABG zu sorgen.

(8) Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen der betroffenen Sicherungseinrichtung unverzüglich der FMA mitzuteilen. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichische Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten. Die Oesterreichische Nationalbank ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer der betroffenen Sicherungseinrichtung die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen.

(9) – (11) ...

§ 6. (1) ...

(2) Alle Anzeigen gemäß § 34, Mitteilungen und Bestätigungen gemäß § 39 Abs. 1, Berichte gemäß § 17, der Geschäftsbericht gemäß § 31, der Rechenschaftsbericht gemäß § 32, Informationen gemäß § 40 Abs. 1 sowie Meldungen gemäß den §§ 33 und 54 Abs. 1 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank tauschen alle für die Aufsicht über Sicherungseinrichtungen relevanten Daten, insbesondere solche gemäß Abs. 2, Analysedaten und –ergebnisse, Ergebnisse von Vor-Ort-Prüfungen gemäß § 5 Abs. 8 sowie sonstige Wahrnehmungen gemäß Abs. 5, unverzüglich im Wege der gemeinsamen Datenbank gemäß § 79 Abs. 3 BWG aus. Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben jeweils alle relevanten Daten aus ihrer Tätigkeit im Rahmen der Aufsicht über Sicherungseinrichtungen in die gemeinsame Datenbank einzustellen. Informationen, über die beide Institutionen verfügen, sind von der Oesterreichischen Nationalbank in die gemeinsame Datenbank einzustellen.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank hat ihr im Rahmen der Aufsicht über die Einlagensicherung übertragene Vor-Ort-Prüfungen gemäß § 5 Abs. 2 Z 4, Gutachten und Analysen in eigener Verantwortung und im eigenen Namen

Vorgeschlagene Fassung

gemäß § 6 bereits zugänglich sind oder unverzüglich zugänglich gemacht werden können. Stellt die Oesterreichische Nationalbank Gefahr in Verzug fest, ist in einem solchen Fall eine Ablehnung des Prüfungsauftrages der Oesterreichischen Nationalbank unzulässig und hat die FMA dem Prüfungsauftrag jedenfalls unverzüglich nachzukommen. Nach Durchführung der Prüfung hat die FMA die Ergebnisse solcher Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank unverzüglich mitzuteilen.

(9) – (11) ...

§ 6. (1) ...

(2) Meldungen gemäß § 33 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf die Daten gemäß Abs. 2 zu ermöglichen. Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 34 Z 7 zu ermöglichen.

(4) Die FMA hat ihr im Rahmen der Aufsicht über die Einlagensicherung übertragene Vor-Ort-Prüfungen gemäß § 5 Abs. 2 Z 4, Gutachten und Analysen in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat

Geltende Fassung

durchzuführen. Die FMA hat sich weitestgehend auf die *Prüfungen, Gutachten und Analysen* der Oesterreichischen Nationalbank *sowie auf die in die gemeinsame Datenbank gemäß Abs. 3 eingestellten* Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit oder Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.

(5) Die *Oesterreichische Nationalbank* hat die Daten gemäß Abs. 2 und die sonstigen *von ihr oder von der FMA eingestellten* aufsichtlichen Informationen und Wahrnehmungen über Sicherungseinrichtungen einer laufenden gesamthaften Auswertung für die Zwecke der Aufsicht über die Einlagensicherung und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). *Alle Analyseergebnisse, relevante Informationen und sonstige Wahrnehmungen über Sicherungseinrichtungen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob ein Verdacht auf Verletzung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes vorliegt. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzliche* bestimmte *Analysen* zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. *Die* Oesterreichische Nationalbank *ist* zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. *Alle von ihr durchgeführten Einzelanalysen sind jedenfalls der FMA zur Verfügung zu stellen.* Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.

(6) – (7) ...

§ 22. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat auf Antrag einer Sicherungseinrichtung die Erhebung von Sonderbeiträgen von mehr als 0,5 vH der Summe der gedeckten Einlagen der Mitgliedsinstitute zu bewilligen, falls

1. - 3. ...

Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.

(4) Die FMA kann auf Antrag eines Mitgliedsinstituts eine Stundung von Sonderbeiträgen gewähren, wenn die Zahlung dieser Sonderbeiträge eine unzureichende Solvenz- oder Liquiditätssituation beim antragstellenden

Vorgeschlagene Fassung

sich *dabei* weitestgehend auf die *von* der Oesterreichischen Nationalbank *nach* Abs. 3 *zur Verfügung gestellten* Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit oder Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.

(5) Die *FMA* hat die Daten gemäß Abs. 3 und die sonstigen ihr *zur Verfügung stehenden* aufsichtlichen Informationen und Wahrnehmungen über Sicherungseinrichtungen einer laufenden gesamthaften Auswertung für die Zwecke der Aufsicht über die Einlagensicherung und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). *Wenn dies im Hinblick auf die Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit dem Eintritt eines Krisenfalls notwendig ist, hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank von ihr durchgeführte Einzelanalysen* der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen *sowie zusätzlich* bestimmte *Einzelanalysen* zu erstellen und *an die Oesterreichische Nationalbank* zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben; *diesfalls ist die* Oesterreichische Nationalbank zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im *Zusammenhang mit Krisenfällen und im* Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.

(6) – (7) ...

§ 22. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat auf Antrag einer Sicherungseinrichtung die Erhebung von Sonderbeiträgen von mehr als 0,5 vH der Summe der gedeckten Einlagen der Mitgliedsinstitute zu bewilligen, falls

1. - 3. ...

(4) Die FMA kann auf Antrag eines Mitgliedsinstituts eine Stundung von Sonderbeiträgen gewähren, wenn die Zahlung dieser Sonderbeiträge eine unzureichende Solvenz- oder Liquiditätssituation beim antragstellenden

Geltende Fassung

Mitgliedsinstitut zur Folge hätte. Die Stundung ist auf maximal sechs Monate zu befristen, wobei eine Verlängerung der Frist auf Antrag des Mitgliedsinstituts möglich ist. Sobald weder Solvenz noch Liquidität weiter gefährdet sind, sind gestundete Sonderbeiträge und anfallende Zinsen durch das Mitgliedsinstitut an die Sicherungseinrichtung zu leisten. *Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.*

(5) – (6) ...

§ 23. (1) ...

(2) Die Methode zur Ermittlung von Beiträgen und Sonderbeiträgen wird von der Sicherungseinrichtung festgelegt und ist von der FMA zu bewilligen. *Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen.* Die Methode kann vorsehen, dass Mitglieder eines institutsbezogenen Sicherungssystems niedrigere Beiträge entrichten müssen. Die Methode berücksichtigt Indikatoren für die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns von Mitgliedsinstituten und für das Risiko möglicher Verluste für die Sicherungseinrichtung, falls es zu einem Sicherungsfall kommt. Die Methode kann auch die Qualität und Quantität von Posten der Bilanz und Risikoindikatoren berücksichtigen.

(3) – (5) ...

§ 30. (1) Die Sicherungseinrichtung eines als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem kann ihre verfügbaren Finanzmittel für Stützungsmaßnahmen verwenden, wenn dies den Ausfall eines Mitgliedsinstituts verhindert und folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. – 7. ...

Die FMA hat hierzu ein Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen. Vor der Anwendung von Stützungsmaßnahmen hat sich die Sicherungseinrichtung des als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems mit der FMA und der Abwicklungsbehörde über die Maßnahmen und Auflagen für das zu stützende Mitgliedsinstitut abzustimmen.

(2) – (4) ...

§ 34a. Die FMA kann *nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank* durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen, Meldungen, Übermittlungen,

Vorgeschlagene Fassung

Mitgliedsinstitut zur Folge hätte. Die Stundung ist auf maximal sechs Monate zu befristen, wobei eine Verlängerung der Frist auf Antrag des Mitgliedsinstituts möglich ist. Sobald weder Solvenz noch Liquidität weiter gefährdet sind, sind gestundete Sonderbeiträge und anfallende Zinsen durch das Mitgliedsinstitut an die Sicherungseinrichtung zu leisten.

(5) – (6) ...

§ 23. (1) ...

(2) Die Methode zur Ermittlung von Beiträgen und Sonderbeiträgen wird von der Sicherungseinrichtung festgelegt und ist von der FMA zu bewilligen. Die Methode kann vorsehen, dass Mitglieder eines institutsbezogenen Sicherungssystems niedrigere Beiträge entrichten müssen. Die Methode berücksichtigt Indikatoren für die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns von Mitgliedsinstituten und für das Risiko möglicher Verluste für die Sicherungseinrichtung, falls es zu einem Sicherungsfall kommt. Die Methode kann auch die Qualität und Quantität von Posten der Bilanz und Risikoindikatoren berücksichtigen.

(3) – (5) ...

§ 30. (1) Die Sicherungseinrichtung eines als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem kann ihre verfügbaren Finanzmittel für Stützungsmaßnahmen verwenden, wenn dies den Ausfall eines Mitgliedsinstituts verhindert und folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. – 7. ...

Vor der Anwendung von Stützungsmaßnahmen hat sich die Sicherungseinrichtung des als Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems mit der FMA und der Abwicklungsbehörde über die Maßnahmen und Auflagen für das zu stützende Mitgliedsinstitut abzustimmen.

(2) – (4) ...

§ 34a. Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen, Meldungen, Übermittlungen, Unterrichtungen, das Zur-Kenntnis-Bringen und das

Geltende Fassung

Unterrichtungen, das Zur-Kennntnis-Bringen und das Vorlegen gemäß § 2 Abs. 6 erster Satz, § 31 Abs. 6 und § 34 Abs. 1 Z 1 bis 13 dieses Bundesgesetzes ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank** gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 61. (1) – (6) ...

Artikel 7**Änderung des Finanzkonglomeratgesetzes**

§ 14. (1) – (3) ...

(4) Die zusätzlich beaufsichtigten Unternehmen haben Berichte nach Abs. 3 auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. **Die Oesterreichische Nationalbank hat zu den Meldungen der FMA gutachtliche Äußerungen zu erstaten.**

(5) Die FMA hat die Meldefrist und die Gliederung der Quartalsberichte durch Verordnung festzusetzen. Bei Erlassung dieser Verordnung hat **sie** auf die Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen. **Sie** ist ermächtigt, durch Verordnung auf die Übermittlung nach Abs. 3 und 4 zu verzichten. Verordnungen nach diesem Absatz bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

Vorgeschlagene Fassung

Vorlegen gemäß § 2 Abs. 6 erster Satz, § 31 Abs. 6 und § 34 Abs. 1 Z 1 bis 13 dieses Bundesgesetzes ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 61. (1) – (6) ...

(7) § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, § 5 Abs. 2 Z 4, Abs. 5 und 6, § 6 Abs. 2 bis 5, § 22 Abs. 3 und 4, § 23 Abs. 2, § 30 Abs. 1 und § 34a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 5 Abs. 4, 7 und 8 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Artikel 7**Änderung des Finanzkonglomeratgesetzes**

§ 14. (1) – (3) ...

(4) Die zusätzlich beaufsichtigten Unternehmen haben Berichte nach Abs. 3 auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln.

(5) Die FMA hat die Meldefrist und die Gliederung der Quartalsberichte durch Verordnung festzusetzen. **Sie kann dabei vorsehen, dass die Übermittlung der Meldungen gemäß Abs. 3 und 4 ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, soweit sie dadurch in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem oder anderen Bundesgesetzen nicht beeinträchtigt wird.** Bei Erlassung dieser Verordnung hat **die FMA** auf die Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen. **Die FMA** ist ermächtigt, durch Verordnung auf die

Geltende Fassung

§ 18. (1) – (11) ...

Artikel 8**Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes**

§ 2. (1) – (2) ...

(3) Zur Wertpapieraufsicht zählt die Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben und Befugnisse, die

1. – 9. ...

10. im Rechnungslegungs-Kontrollgesetz – RL-KG, BGBl. I Nr. 21/2013,

11. – 17. ...

geregelt und der FMA zugewiesen sind.

(4) – (5) ...

(6) Unbeschadet § 70 Abs. 1b BWG hat die FMA für jeden der in den Abs. 1 bis 4 angeführten Aufsichtsbereiche jährliche Prüfungsschwerpunkte festzulegen und diese auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; ebenso hat die FMA die gemäß § 70 Abs. 1b Z 4 BWG **gemeinsam mit der Oesterreichischen Nationalbank** im Rahmen des jährlichen Prüfungsprogramms festgelegten themenmäßigen Prüfungsschwerpunkte auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

§ 3. (1) ...

(2) Die FMA hat bei ihrer Tätigkeit nach pflichtgemäßem Ermessen alle nach den Umständen des Einzelfalls erforderlichen, zweckmäßigen und angemessenen Aufsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Sie hat dabei auf die Wahrung der Finanzmarktstabilität zu achten. Sie kann bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und Organe der ihrer Aufsicht unterliegenden Unternehmen **sowie die Prüfungsberichte der Oesterreichischen Nationalbank** im Rahmen ihrer gesetzlichen Prüfungsbefugnisse nach dem BWG zu Grunde legen, es sei denn, dass sie begründete Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser

Vorgeschlagene Fassung

Übermittlung nach Abs. 3 und 4 zu verzichten. Verordnungen nach diesem Absatz bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

§ 18. (1) – (11) ...

(12) § 14 Abs. 4 und 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 8**Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes**

§ 2. (1) – (2) ...

(3) Zur Wertpapieraufsicht zählt die Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben und Befugnisse, die

1. – 9. ...

11. – 17. ...

geregelt und der FMA zugewiesen sind.

(4) – (5) ...

(6) Unbeschadet § 70 Abs. 1b BWG hat die FMA für jeden der in den Abs. 1 bis 4 angeführten Aufsichtsbereiche jährliche Prüfungsschwerpunkte festzulegen und diese auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; ebenso hat die FMA die gemäß § 70 Abs. 1b Z 4 BWG im Rahmen des jährlichen Prüfungsprogramms festgelegten themenmäßigen Prüfungsschwerpunkte auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

§ 3. (1) ...

(2) Die FMA hat bei ihrer Tätigkeit nach pflichtgemäßem Ermessen alle nach den Umständen des Einzelfalls erforderlichen, zweckmäßigen und angemessenen Aufsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Sie hat dabei auf die Wahrung der Finanzmarktstabilität zu achten. Sie kann bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und Organe der ihrer Aufsicht unterliegenden Unternehmen im Rahmen ihrer gesetzlichen Prüfungsbefugnisse nach dem BWG zu Grunde legen, es sei denn, dass sie begründete Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Prüfungsberichte oder an der Fachkunde oder Sorgfalt der Prüfer hat oder solche

Geltende Fassung

Prüfungsberichte oder an der Fachkunde oder Sorgfalt der Prüfer hat oder solche Zweifel bei entsprechender Sorgfalt hätte haben müssen. Gleiches gilt für die Prüfungsberichte der von der FMA selbst beauftragten Prüfer hinsichtlich der Prüfungshandlungen gemäß den in § 2 genannten Bundesgesetzen.

(3) – (7) ...

§ 5. (1) Der Vorstand der FMA besteht aus **zwei Mitgliedern**.

(2) **Die Mitglieder des Vorstandes werden** auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten bestellt; die Wiederbestellung ist zulässig. Die Funktionsperiode beträgt fünf Jahre.

(3) Vor der Bestellung **von Mitgliedern** des Vorstandes hat der Bundesminister für Finanzen eine Ausschreibung zu veranlassen; das Stellenbesetzungsgesetz 1998, BGBl. I Nr. 26/1998, ist anzuwenden. Auf Grund der Ergebnisse des Ausschreibungsverfahrens **haben** für den Vorschlag der Bundesregierung gemäß Abs. 2 aus dem Kreis der Bewerber **namhaft zu machen**:

1. **Bei der** Bestellung des **ersten** Vorstandes der FMA **der Bundesminister für Finanzen und die Oesterreichische Nationalbank je eine Person,**

2. **bei jeder weiteren Bestellung von Mitgliedern des Vorstandes jene Institution, die das Mitglied des Vorstandes namhaft gemacht hat, dessen Funktionsbeendigung (§ 7 Abs. 1) die Bestellung eines neuen Vorstandsmitglieds** erfordert, eine Person.

Die Einbringung des Antrags zur Beschlussfassung der Bundesregierung über die von ihr zur Bestellung vorzuschlagenden **Personen** obliegt dem Bundesminister für Finanzen; **dieser ist hinsichtlich des von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft gemachten Vorstandsmitglieds an den Vorschlag der Oesterreichischen Nationalbank gebunden.**

(4) **Zu Mitgliedern des Vorstandes dürfen** nur **Personen** bestellt werden, die **zumindest in einem** der in § 2 genannten Aufsichtsbereiche fachkundig **sind** und die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen **sind. Sie dürfen ihre** Funktion nur hauptberuflich ausüben.

§ 6. (1) Der Vorstand hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der FMA zu führen. Der Vorstand vertritt die FMA gerichtlich und außergerichtlich.

Vorgeschlagene Fassung

Zweifel bei entsprechender Sorgfalt hätte haben müssen. Gleiches gilt für die Prüfungsberichte der von der FMA selbst beauftragten Prüfer hinsichtlich der Prüfungshandlungen gemäß den in § 2 genannten Bundesgesetzen.

(3) – (7) ...

§ 5. (1) Der Vorstand der FMA besteht aus **einem Mitglied**.

(2) **Der Vorstand wird** auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten bestellt; die Wiederbestellung ist zulässig. Die Funktionsperiode beträgt fünf Jahre.

(3) Vor der Bestellung des Vorstandes hat der Bundesminister für Finanzen eine Ausschreibung zu veranlassen; das Stellenbesetzungsgesetz 1998, BGBl. I Nr. 26/1998, ist anzuwenden. Auf Grund der Ergebnisse des Ausschreibungsverfahrens **hat der Bundesminister für Finanzen** für den Vorschlag der Bundesregierung gemäß Abs. 2 aus dem Kreis der Bewerber **für die Bestellung und Wiederbestellung** des Vorstandes der FMA

und bei **einer** Funktionsbeendigung (§ 7 Abs. 1), **die** die Bestellung eines neuen **Vorstands** erfordert, eine Person

namhaft zu machen. Die Einbringung des Antrags zur Beschlussfassung der Bundesregierung über die von ihr zur Bestellung vorzuschlagenden **Person** obliegt dem Bundesminister für Finanzen.

(4) **Zum Vorstand darf** nur **eine Person** bestellt werden, die in **allen** der in § 2 genannten Aufsichtsbereiche fachkundig **ist** und die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen **ist. Der Vorstand darf seine** Funktion nur hauptberuflich ausüben.

§ 6. (1) Der Vorstand hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der FMA zu führen. Der Vorstand vertritt die FMA gerichtlich und außergerichtlich

1. **in Fällen, in denen die FMA ihre Aufgaben als Abwicklungsbehörde gemäß § 3 Abs. 1 BaSAG erfüllt, gemeinsam mit dem Leiter der**

Geltende Fassung

(2) – (3) ...

(4) Der Vorstand hat eine Compliance-Ordnung zu erstellen, die der Genehmigung des Aufsichtsrates bedarf. In der Compliance-Ordnung sind Richtlinien für die Vorgangsweise beim Abschluss von privaten Rechtsgeschäften zwischen den Mitgliedern des **Vorstandes und des** Aufsichtsrates **sowie** FMA-Bediensteten einerseits mit den beaufsichtigten Instituten andererseits zu erstellen.

(5) ...

§ 7. (1) Die Funktion **eines Mitglieds** des Vorstands der FMA endet

1. – 3. ...

(2) Die beabsichtigte Zurücklegung der Funktion ist vom **betreffenden Mitglied des Vorstandes** dem Aufsichtsrat, dem Bundesminister für Finanzen **und der Oesterreichischen Nationalbank** frühestmöglich unter Nennung der Gründe schriftlich bekannt zu geben. Erteilt der Aufsichtsrat seine Zustimmung, so hat er diese unverzüglich unter Angabe des Zeitpunkts der Wirksamkeit der Zurücklegung der Funktion des **betreffenden Vorstandsmitglieds** dem Bundesminister für Finanzen **und der Oesterreichischen Nationalbank** schriftlich mitzuteilen. Der Bundesminister für Finanzen hat die Bestellung eines neuen **Mitglieds des** Vorstandes gemäß § 5 zu veranlassen. Für den Fall, dass der Funktionsantritt des neu bestellten **Mitglieds des** Vorstandes nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des ehemaligen **Mitglieds** erfolgt, ist für die Dauer der Vakanz ein **geeignetes Ersatzmitglied** vom Bundesminister für Finanzen auf Vorschlag des Aufsichtsrates unverzüglich zu bestellen; § 5 findet hierbei keine Anwendung. Die vorstehenden Bestimmungen über die Bestellung **eines neuen Mitglieds** des Vorstandes sowie für die Bestellung eines **Ersatzmitgliedes** gelten in gleicher Weise für den Fall der Abberufung gemäß Abs. 3.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat **ein Mitglied des Vorstandes** abzurufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie insbesondere

Vorgeschlagene Fassung

Organisationseinheit gemäß § 3 Abs. 3 BaSAG,

2. in allen anderen Fällen gemeinsam mit einem Exekutivdirektor.

In Abwesenheit des Vorstandes hat die Vertretung der FMA auf oberster Leitungsebene in Fällen gemäß Z 2 durch zwei Exekutivdirektoren gemeinsam und in Fällen gemäß Z 1 durch einen Exekutivdirektor und dem Leiter der Organisationseinheit gemäß § 3 Abs. 3 BaSAG gemeinsam zu erfolgen.

(2) – (3) ...

(4) Der Vorstand hat eine Compliance-Ordnung zu erstellen, die der Genehmigung des Aufsichtsrates bedarf. In der Compliance-Ordnung sind Richtlinien für die Vorgangsweise beim Abschluss von privaten Rechtsgeschäften zwischen **dem Vorstand,** den Mitgliedern des Aufsichtsrates **und** FMA-Bediensteten einerseits mit den beaufsichtigten Instituten andererseits zu erstellen.

(5) ...

§ 7. (1) Die Funktion des Vorstands der FMA endet

1. – 3. ...

(2) Die beabsichtigte Zurücklegung der Funktion ist vom **Vorstand** dem Aufsichtsrat **und** dem Bundesminister für Finanzen frühestmöglich unter Nennung der Gründe schriftlich bekannt zu geben. Erteilt der Aufsichtsrat seine Zustimmung, so hat er diese **Zurücklegung** unverzüglich unter Angabe des Zeitpunkts der Wirksamkeit der Zurücklegung der Funktion des **Vorstands** dem Bundesminister für Finanzen schriftlich mitzuteilen. Der Bundesminister für Finanzen hat die Bestellung eines neuen Vorstandes gemäß § 5 zu veranlassen. Für den Fall, dass der Funktionsantritt des neu bestellten Vorstandes nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des ehemaligen **Vorstandes** erfolgt, ist für die Dauer der Vakanz ein **geeigneter Ersatzvorstand** vom Bundesminister für Finanzen auf Vorschlag des Aufsichtsrates unverzüglich zu bestellen; § 5 findet hierbei keine Anwendung. Die vorstehenden Bestimmungen über die Bestellung des Vorstandes sowie für die Bestellung eines **Ersatzvorstandes** gelten in gleicher Weise für den Fall der Abberufung gemäß Abs. 3.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat **den Vorstand** abzurufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie insbesondere

Geltende Fassung

1. Wegfall einer Bestellungs Voraussetzung oder
2. nachträgliches Hervorkommen, dass eine Bestellungs Voraussetzung nicht gegeben war, oder
3. grobe Pflichtverletzung oder
4. dauernde Dienstunfähigkeit oder wenn **das betreffende Mitglied** infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens länger als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend ist oder
5. wenn trotz gemäß § 11 Abs. 2 durchgeführter Aufsichtsmaßnahmen Pflichtverletzungen nicht oder nicht nachhaltig beseitigt wurden.

Der Bundesminister für Finanzen hat die Oesterreichische Nationalbank vor der Abberufung eines von ihr namhaft gemachten Mitglieds anzuhören; bei Gefahr in Verzug ist jedoch unter gleichzeitiger Verständigung der Oesterreichischen Nationalbank das betreffende Mitglied des Vorstandes sofort abzurufen.

§ 8. (1) Der Aufsichtsrat der FMA besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Vorsitzenden, **sechs** weiteren Mitgliedern **sowie zwei** **kooptierten Mitgliedern.** **Der Vorsitzende, der Stellvertreter und die weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates, ausgenommen die kooptierten Mitglieder, sind** vom Bundesminister für Finanzen zu bestellen. **Für die Funktion des Stellvertreters des Vorsitzenden sowie dreier weiterer** Mitglieder des Aufsichtsrates sind von der Oesterreichischen Nationalbank **Personen** namhaft zu machen. **Der Aufsichtsrat hat zusätzlich zwei** von der **Wirtschaftskammer Österreich namhaft gemachte Mitglieder zu kooptieren, denen jedoch kein Stimmrecht zukommt.** Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates dürfen nur geeignete und zuverlässige Personen bestellt **oder kooptiert** werden, die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind.

(2) ...

(3) Die Funktion eines Mitglieds des Aufsichtsrates endet:

1. - 3. ...

Im Fall der Z 2 und 3 ist unverzüglich ein neues Mitglied für die Dauer der restlichen Funktionsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds zu bestellen **oder zu kooptieren**; scheidet ein von der Oesterreichischen Nationalbank **oder der Wirtschaftskammer Österreich** namhaft gemachtes Mitglied vorzeitig aus seiner Funktion aus, so **haben** diese unverzüglich ein neues Mitglied namhaft zu machen.

Vorgeschlagene Fassung

1. Wegfall einer Bestellungs Voraussetzung oder
2. nachträgliches Hervorkommen, dass eine Bestellungs Voraussetzung nicht gegeben war, oder
3. grobe Pflichtverletzung oder
4. dauernde Dienstunfähigkeit oder wenn **der Vorstand** infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens länger als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend ist oder
5. wenn trotz gemäß § 11 Abs. 2 durchgeführter Aufsichtsmaßnahmen Pflichtverletzungen nicht oder nicht nachhaltig beseitigt wurden.

§ 8. (1) Der Aufsichtsrat der FMA besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Vorsitzenden **und vier** weiteren Mitgliedern, **die** vom Bundesminister für Finanzen zu bestellen **sind.** **Zwei** Mitglieder des Aufsichtsrates sind von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft zu machen. **Zwei der Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht aufgrund des Nominierungsrechtes der Oesterreichischen Nationalbank dem Aufsichtsrat angehören, haben unabhängig zu sein. Als unabhängig in diesem Sinn gilt nicht, wer hauptberuflich für das Bundesministerium für Finanzen, die FMA, die Oesterreichische Nationalbank oder haupt- oder nebenberuflich für ein** von der **FMA beaufsichtigtes Unternehmen tätig ist.** Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates dürfen nur geeignete und zuverlässige Personen bestellt werden, die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind.

(2) ...

(3) Die Funktion eines Mitglieds des Aufsichtsrates endet:

1. - 3. ...

Im Fall der Z 2 und 3 ist unverzüglich ein neues Mitglied für die Dauer der restlichen Funktionsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds zu bestellen; scheidet ein von der Oesterreichischen Nationalbank namhaft gemachtes Mitglied vorzeitig aus seiner Funktion aus, so **hat** diese unverzüglich ein neues Mitglied namhaft zu machen.

Geltende Fassung

(4) Der Bundesminister für Finanzen hat Mitglieder des Aufsichtsrates abzuberaufen, wenn

1. - 4. ...

Der Bundesminister für Finanzen hat vor der Abberufung eines von *der Oesterreichischen Nationalbank oder der Wirtschaftskammer Österreich* namhaft gemachten Mitglieds die *betreffende Institution* anzuhören; bei Gefahr in Verzug ist jedoch unter gleichzeitiger Verständigung der Oesterreichischen Nationalbank *oder der Wirtschaftskammer Österreich* das betreffende Mitglied des Aufsichtsrates sofort abzuberaufen.

§ 9. (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates (Stellvertreter) hat unter Angabe der Tagesordnung mindestens einmal in jedem Kalendervierteljahr sowie bei wichtigem Anlass unverzüglich eine Sitzung des Aufsichtsrates einzuberaufen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden. *Kooptierte Mitglieder haben jedoch das Recht auf Teilnahme an den Sitzungen nur insoweit, als Angelegenheiten gemäß § 10 Abs. 2 Z 1 bis 4, 8 oder 9 zur Beratung oder Beschlussfassung gelangen.*

(2) – (5) ...

§ 10. (1) ...

(2) Maßnahmen der Leitung und Geschäftsführung der FMA können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Der Genehmigung des Aufsichtsrates bedürfen jedoch:

1. – 8. ...

9. der Abschluss von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen.

(3) ...

(4) Den *stimmberechtigten* Mitgliedern des Aufsichtsrates gebührt eine angemessene Vergütung, die aus Mitteln der FMA zu erstatten ist. Die Höhe der Vergütung wird vom Bundesminister für Finanzen *nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank* festgesetzt.

§ 11. (1) Der Aufsichtsrat hat, wenn er Kenntnis vom Eintritt eines *Abberufungsgrundes bei einem Mitglied des Vorstandes gemäß § 7 Abs. 3* erlangt, dies dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mitzuteilen, sofern nicht nach Abs. 2 vorzugehen ist.

Vorgeschlagene Fassung

(4) Der Bundesminister für Finanzen hat Mitglieder des Aufsichtsrates abzuberaufen, wenn

1. - 4. ...

Der Bundesminister für Finanzen hat vor der Abberufung eines von *ihr* namhaft gemachten Mitglieds die *Oesterreichischen Nationalbank* anzuhören; bei Gefahr in Verzug ist jedoch unter gleichzeitiger Verständigung der Oesterreichischen Nationalbank das betreffende Mitglied des Aufsichtsrates sofort abzuberaufen.

§ 9. (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates (Stellvertreter) hat unter Angabe der Tagesordnung mindestens einmal in jedem Kalendervierteljahr sowie bei wichtigem Anlass unverzüglich eine Sitzung des Aufsichtsrates einzuberaufen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden.

(2) – (5) ...

§ 10. (1) ...

(2) Maßnahmen der Leitung und Geschäftsführung der FMA können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Der Genehmigung des Aufsichtsrates bedürfen jedoch:

1. – 8. ...

9. der Abschluss von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen.

10. Der mehrjährige Finanzplan.

(3) ...

(4) Den Mitgliedern des Aufsichtsrates gebührt eine angemessene Vergütung, die aus Mitteln der FMA zu erstatten ist. Die Höhe der Vergütung wird vom Bundesminister für Finanzen festgesetzt.

§ 11. (1) Der Aufsichtsrat hat, wenn er Kenntnis vom Eintritt eines *Abberufungsgrundes gemäß § 7 Abs. 3* erlangt, dies dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mitzuteilen, sofern nicht nach Abs. 2 vorzugehen ist.



Geltende Fassung

(2) Verletzt **ein Mitglied des Vorstandes** Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, der der FMA zur Vollziehung übertragenen Bundesgesetze gemäß § 2 oder der Geschäftsordnung, ohne dass bereits eine grobe Pflichtverletzung gemäß § 7 Abs. 3 Z 3 vorliegt, so hat der Aufsichtsrat **das betreffende Mitglied** schriftlich aufzufordern, unverzüglich den rechtmäßigen Zustand wieder herzustellen und künftig Pflichtverletzungen zu unterlassen. Im Wiederholungs- oder Fortsetzungsfall hat der Aufsichtsrat den Bundesminister für Finanzen im Hinblick auf § 7 Abs. 3 zu verständigen, es sei denn, dass dies nach Art und Schwere des Vergehens unangemessen wäre.

§ 12. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Genehmigung des Bundesministers für Finanzen bedarf. Der Aufsichtsrat hat **die Dienstverträge** mit **den Vorstandsmitgliedern** abzuschließen und den Abschlussprüfer zu bestellen. Der Aufsichtsrat ist weiters für die Entlastung **der Mitglieder** des Vorstandes im Zusammenhang mit der Genehmigung des Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 2 Z 4) zuständig.

Vorgeschlagene Fassung

(2) Verletzt **der Vorstand** Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, der der FMA zur Vollziehung übertragenen Bundesgesetze gemäß § 2 oder der Geschäftsordnung, ohne dass bereits eine grobe Pflichtverletzung gemäß § 7 Abs. 3 Z 3 vorliegt, so hat der Aufsichtsrat **den Vorstand** schriftlich aufzufordern, unverzüglich den rechtmäßigen Zustand wieder herzustellen und künftig Pflichtverletzungen zu unterlassen. Im Wiederholungs- oder Fortsetzungsfall hat der Aufsichtsrat den Bundesminister für Finanzen im Hinblick auf § 7 Abs. 3 zu verständigen, es sei denn, dass dies nach Art und Schwere des Vergehens unangemessen wäre.

§ 12. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Genehmigung des Bundesministers für Finanzen bedarf. Der Aufsichtsrat hat **den Dienstvertrag** mit **dem Vorstand** abzuschließen und den Abschlussprüfer zu bestellen. Der Aufsichtsrat ist weiters für die Entlastung des Vorstandes im Zusammenhang mit der Genehmigung des Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 2 Z 4) zuständig.

Exekutivdirektoren

§ 12a. (1) Der Aufsichtsrat hat drei Personen zu bestellen, die unmittelbar dem Vorstand nachgeordnet sind („Exekutivdirektoren“). Zu Exekutivdirektoren dürfen nur Personen bestellt werden, die zumindest in einem der in § 2 genannten Aufsichtsbereiche fachkundig sind und die nicht vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind. Sie dürfen ihre Funktion nur hauptberuflich ausüben.

(2) Die Exekutivdirektoren sind durch den Aufsichtsrat auszuwählen und zu bestellen. Der Vorstand hat zur Vorbereitung der Bestellung eines jeden Exekutivdirektors eine Ausschreibung zu veranlassen, bei der das Stellenbesetzungsgesetz mit der Maßgabe anzuwenden ist, dass es sich anstatt auf die Bestellung von Mitgliedern des Leitungsorgans auf die Bestellung von Exekutivdirektoren (zweite Führungsebene) der FMA bezieht. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat auf Basis der Ergebnisse des jeweiligen Ausschreibungsverfahrens geeignete Bewerber für die Funktion der Exekutivdirektoren vorzuschlagen. § 10 Abs. 2 Z 7 und § 14 Abs. 1a und 1b sind auf das Bestellungsverfahren der Exekutivdirektoren nicht anzuwenden.

(3) Die Funktionsperiode eines Exekutivdirektors dauert fünf Jahre, eine Wiederbestellung ist zulässig. Die Funktion eines Exekutivdirektors endet

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

1. mit Ablauf der Funktionsperiode,

2. mit der Zustimmung des Aufsichtsrates zur Zurücklegung der Funktion aus wichtigen Gründen,

3. mit der Abberufung gemäß Abs. 5.

(4) Die beabsichtigte Zurücklegung der Funktion ist vom Exekutivdirektor dem Aufsichtsrat und dem Vorstand frühestmöglich unter Nennung der Gründe schriftlich bekannt zu geben. Erteilt der Aufsichtsrat seine Zustimmung, so hat er diese unverzüglich unter Angabe des Zeitpunkts der Wirksamkeit der Zurücklegung der Funktion des betreffenden Exekutivdirektors dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Scheidet ein Exekutivdirektor aus der FMA aus, so haben der Vorstand und der Aufsichtsrat die Bestellung eines neuen Exekutivdirektors gemäß der in Abs. 2 vorgesehenen Aufgabenverteilung vorzunehmen. Für den Fall, dass der Funktionsantritt des neu bestellten Exekutivdirektors nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des ehemaligen Exekutivdirektors erfolgt, ist für die Dauer der Vakanz auf Vorschlag des Vorstandes durch den Aufsichtsrat ein geeigneter Ersatz unverzüglich zu bestellen; Abs. 2 zweiter Satz findet in diesem Fall keine Anwendung.

(5) Der Aufsichtsrat hat einen Exekutivdirektor abzurufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie insbesondere

1. Wegfall einer Bestellungs voraussetzung oder

2. nachträgliches Hervorkommen, dass eine Bestellungs voraussetzung nicht gegeben war, oder

3. grobe Pflichtverletzung oder

4. dauernde Dienstunfähigkeit oder wenn das betreffende Mitglied infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens länger als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend ist oder

5. wenn trotz gemäß Abs. 7 durchgeführter Aufsichtsmaßnahmen Pflichtverletzungen nicht oder nicht nachhaltig beseitigt wurden.

(6) Der Vorstand hat, wenn er Kenntnis vom Eintritt eines Abberufungsgrundes bei einem Exekutivdirektor gemäß Abs. 5 erlangt, dies dem Aufsichtsrat unverzüglich mitzuteilen, sofern nicht nach Abs. 7 vorzugehen ist.

(7) Verletzt ein Exekutivdirektor Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, der der FMA zur Vollziehung übertragenen Bundesgesetzes gemäß § 2 oder der Geschäftsordnung, ohne dass bereits eine grobe Pflichtverletzung gemäß Abs. 5

Geltende Fassung**§ 13.** (1) – (3) ...

(4) Das Finanzmarktstabilitätsgremium besteht aus

1. zwei im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen aus den Bereichen Wirtschaftspolitik und Finanzmarktaufsichtslegistik, von denen eine Person als Vorsitzender und eine Person als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses nominiert wird; die Vertreter müssen gemeinsam die für diese Aufgabe nötigen Erfahrungen mit makroökonomischen, makroprudenziellen und finanzmarktaufsichtslegistischen Fragestellungen aufweisen;
2. einem im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Vertreter der FMA;
3. **einem** im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten **Vertreter** der Oesterreichischen Nationalbank;
4. dem Vorsitzenden des Fiskalrates **und**
5. **einem weiteren Mitglied des Fiskalrates, das vom Bundesminister für Finanzen aus dem Kreis der von der Bundesregierung entsandten Mitglieder des Fiskalrates zu nominieren ist.**

Für jeden Vertreter haben die genannten Institutionen einen im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Stellvertreter zu benennen. **Die** Stellvertreter **der Mitglieder** des Fiskalrates **sind** vom Bundesminister für Finanzen aus dem Kreis der von der Bundesregierung entsandten Mitglieder des Fiskalrates und der für diese gemäß § 1 Abs. 6 des Bundesgesetzes über die Errichtung des Fiskalrates entsandten Ersatzmitglieder zu nominieren. Die Vertreter und ihre Stellvertreter sind bei der Ausübung ihres Mandats an keine Weisungen der sie entsendenden Institutionen gebunden.

(5) – (11) ...

§ 13b. (1) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank die zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 44c Nationalbankgesetz 1984 – NBG,

Vorgeschlagene Fassung

Z 3 vorliegt, so hat der Vorstand den betreffenden Exekutivdirektor schriftlich aufzufordern, unverzüglich den rechtmäßigen Zustand wieder herzustellen und künftig Pflichtverletzungen zu unterlassen. Im Wiederholungs- oder Fortsetzungsfall hat der Vorstand den Aufsichtsrat im Hinblick auf Abs. 5 zu verständigen, es sei denn, dass dies nach Art und Schwere des Vergehens unangemessen wäre.

§ 13. (1) – (3) ...

(4) Das Finanzmarktstabilitätsgremium besteht aus

1. zwei im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen aus den Bereichen Wirtschaftspolitik und Finanzmarktaufsichtslegistik, von denen eine Person als Vorsitzender und eine Person als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses nominiert wird; die Vertreter müssen gemeinsam die für diese Aufgabe nötigen Erfahrungen mit makroökonomischen, makroprudenziellen und finanzmarktaufsichtslegistischen Fragestellungen aufweisen;
2. einem im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Vertreter der FMA;
3. **zwei** im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten **Vertretern** der Oesterreichischen Nationalbank **und**
4. dem Vorsitzenden des Fiskalrates

Für jeden Vertreter haben die genannten Institutionen einen im Sinne des Abs. 3 fachlich geeigneten Stellvertreter zu benennen. **Der** Stellvertreter **des Vorsitzenden** des Fiskalrates **ist** vom Bundesminister für Finanzen aus dem Kreis der von der Bundesregierung entsandten Mitglieder des Fiskalrates und der für diese gemäß § 1 Abs. 6 des Bundesgesetzes über die Errichtung des Fiskalrates entsandten Ersatzmitglieder zu nominieren. Die Vertreter und ihre Stellvertreter sind bei der Ausübung ihres Mandats an keine Weisungen der sie entsendenden Institutionen gebunden.

(5) – (11) ...

§ 13b. (1) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank die zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 44c Nationalbankgesetz 1984 – NBG,

Geltende Fassung

BGBI. I 1984/50 relevanten Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKG, BGBl. I Nr. 70/2004) auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank *hat diese Daten in die Datenbank gemäß § 79 Abs. 4a BWG einzustellen und kann diese auch verarbeiten. Soweit dies zweckmäßig ist, können diese Daten seitens der FMA auch direkt in die Datenbank aufgenommen werden.*

(2) – (3) ...

§ 15. (1) ...

(2) Für Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 wird bei der FMA ein Personalamt als deren Dienststelle eingerichtet. Diese Dienststelle ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar nachgeordnet und wird *von dem Mitglied des Vorstandes der FMA geleitet, das vom Bundesminister für Finanzen gemäß § 5 Abs. 3 namhaft gemacht wurde. Dieses Vorstandsmitglied* ist in dieser Funktion an die Weisungen des Bundesministers für Finanzen gebunden.

(3) – (10) ...

Vorgeschlagene Fassung

BGBI. Nr. 50/1984, relevanten Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKG, BGBl. I Nr. 70/2004) auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese *Daten* auch verarbeiten.

(2) – (3) ...

§ 15. (1) ...

(2) Für Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 wird bei der FMA ein Personalamt als deren Dienststelle eingerichtet. Diese Dienststelle ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar nachgeordnet und wird *vom Vorstand der FMA geleitet. Der Vorstand* ist in dieser Funktion an die Weisungen des Bundesministers für Finanzen gebunden.

(3) – (10) ...

Überleitung von Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank

§ 15a. (1) *Bedienstete, die zum 1. Oktober 2019 in den Organisationseinheiten der Oesterreichischen Nationalbank gem § 15c Abs. 1 beschäftigt sind und deren Arbeitsverhältnis bei der Oesterreichischen Nationalbank vor dem 1. Mai 1998 begann, werden von der Oesterreichischen Nationalbank nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5 auf unbeschränkte Zeit der FMA mit Wirksamkeit zum 1. Jänner 2020 überlassen. Die Überlassung kann aus wichtigen, in der Person des Bediensteten gelegenen Gründen, die die betrieblichen Interessen der FMA nachhaltig berühren, vorzeitig beendet werden. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Überlassung hat die FMA die Oesterreichische Nationalbank unverzüglich schriftlich über das Vorliegen der dafür maßgeblichen Gründe zu informieren und alle diesbezüglich relevanten Unterlagen zu übermitteln. Die Überlassung endet spätestens mit Übernahme in ein Arbeitsverhältnis oder mit Pensionsantritt. Das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – AÜG, BGBl. Nr. 196/1988, ist auf die Überlassungsregelungen nach diesem Bundesgesetz nicht anwendbar.*

(2) *Die überlassenen Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank werden in den Dienstbetrieb der FMA eingegliedert, bleiben aber hinsichtlich ihrer dienstrechtlichen Stellung Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank.*

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Ihre dienst-, entgelt-, und pensionsrechtliche Stellung als Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank bleibt unberührt.

(3) Die Fach- und Dienstaufsicht über die gem. Abs. 1 überlassenen Bediensteten kommt den Organen der FMA zu. Die FMA hat die aus der Fach- und Dienstaufsicht sich ergebenden Handlungen vorzunehmen. Oesterreichische Nationalbank und FMA haben relevante Unterlagen und Informationen auszutauschen.

(4) Die gem. Abs. 1 überlassenen Bediensteten haben einen Anspruch auf Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur FMA und können bis 31. Dezember 2021 die Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur FMA durch Erklärung erwirken. Sie dürfen dabei nicht schlechter gestellt werden als Arbeitnehmer der FMA. Das Beisetzen einer Bedingung macht die Erklärung unwirksam. Die bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückgelegten Arbeitszeiten sind für alle zeitabhängigen Ansprüche anzurechnen. Hinsichtlich der Anrechnung von sonstigen Vordienstzeiten gelten die Regelungen der FMA.

(5) Die Bestimmungen des § 3 und § 14 Abs. 1a bis Abs 4 sind sinngemäß anzuwenden. Nicht als Anwendungsfall des § 14 Abs. 1a und 1b gilt die Tätigkeitsaufnahme der überlassenen Bediensteten am 1. Jänner 2020.

§ 15b. *Für die gemäß § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten hat die FMA der Oesterreichischen Nationalbank die laufenden Personalaufwendungen inklusive der Personalarückstellungen, Aufwendungen für Altersvorsorgen sowie Sachaufwendungen im Zusammenhang mit Ausbildungen und Dienstreisen zu ersetzen. Der konkrete Ersatz der Kosten und die näheren Modalitäten, insbesondere die Aufschlüsselung der Kosten und die Fälligkeiten sind durch eine gesonderte Vereinbarung zu regeln. Allfällige personenbezogene Änderungen der dienst- und entgeltrechtlichen Stellung des Bediensteten erfolgt durch die Oesterreichischen Nationalbank im Einvernehmen mit der FMA.*

§ 15c. *(1) Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank, die zum 1. Oktober 2019 in den Organisationseinheiten der Oesterreichischen Nationalbank gem. § 15c Abs. 1 beschäftigt sind und deren Arbeitsverhältnis bei der Oesterreichischen Nationalbank nach dem 30. April 1998 begann, treten mit 1. Jänner 2020 mit ihren Rechten und Pflichten in ein Arbeitsverhältnis bei der FMA ein.*

(2) Für die Bediensteten gem. Abs. 1 gelten das Angestelltengesetz – AngG, BGBl. Nr. 292/1921, und die für Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

geltenden sonstigen Rechtsvorschriften. Für die Bediensteten gem. Abs. 1 gelten auch die gem. § 21 Abs. 2 Z 2 NBG geschlossenen Dienstordnungen in ihrer jeweils geltenden Fassung. Der Vorstand der FMA tritt in die Rechte des Generalrats der Oesterreichischen Nationalbank gem § 21 Abs. 2 Z 2 NBG ein und ist berechtigt, Beschlüsse über Dienstordnungen zu fassen, die für Arbeitsverhältnisse der gem Abs. 1 übernommenen Bediensteten gelten.

(3) Für die bis 31. Dezember 2019 entstandenen Ansprüche und Anwartschaften der Bediensteten gemäß Abs. 1 gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank, insbesondere hinsichtlich nicht konsumierter Urlaube, Abfertigungen und Pensionsansprüche, leistet die Oesterreichische Nationalbank der FMA bis zum 30. Juni 2020 eine Einmalzahlung. Die Höhe dieser Einmalzahlung ist nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik von einem entsprechend ausgebildeten Fachmann zu berechnen und vom Wirtschaftsprüfer der Oesterreichischen Nationalbank zu testieren. Unter die im ersten Satz genannten Ansprüche fällt auch der Barwert jener künftigen Zahlungen, zu denen sich die Oesterreichische Nationalbank durch Betriebsvereinbarung zu dem Zweck verpflichtet hat, eine bestimmte Pensionshöhe oder Ersatzrate auch dann zu gewährleisten, wenn die von einer Pensionskasse berechnete Zusatzpension diese Pensionshöhe oder Ersatzrate zum Zeitpunkt des Pensionsantritts des Bediensteten nicht erreicht (Schlusspensionskassenbeitrag). Die näheren Modalitäten zur Leistung dieser Einmalzahlung, insbesondere deren Aufschlüsselung sind durch eine gesonderte Vereinbarung zwischen der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank zu regeln.

(4) Die Bestimmung des § 3 und § 14 sind mit Ausnahme des § 14 Abs. 1 I. Satz anzuwenden. Nicht als Anwendungsfall des § 14 Abs. 1a und 1b gilt die Tätigkeitsaufnahme der übernommenen Bediensteten am 1. Jänner 2020.

(5) Die Geltung von Betriebsvereinbarungen bleibt für die Bediensteten gemäß Abs. 1 insoweit unberührt, als sie Angelegenheiten betreffen, die von den Betriebsvereinbarungen der FMA nicht geregelt werden. Betriebsvereinbarungen gem § 97 Abs. 1 Z 18a des Arbeitsverfassungsgesetzes – ArbVG, BGBl. Nr. 22/1974, bleiben für die Bediensteten gem. Abs. 1 aufrecht.

§ 15d. (1) Organisationseinheiten im Sinne des § 15a Abs. 1 und des § 15c Abs. 1 sind die Abteilung für Europäische Großbankenanalyse, die Abteilung für Europäische Großbankenrevision, die Abteilung für Europäische

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Aufsichtsgrundsätze und Strategie, die Abteilung für Bankenrevision, die Abteilung für Bankenanalyse und das Referat für spezifische Bankenabwicklungsthemen.

(2) Der in §§ 15a bis 15e verwendete Begriff „Bedienstete“ umfasst auch jene Personen, die zum 1. Oktober 2019 nach dem Mutterschutzgesetz – MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, oder dem Väter-Karenzgesetz – VKG, BGBl. Nr. 651/1989, karenziert, nach dem MSchG nicht beschäftigt werden dürfen, Präsenz und Zivildienst leisten oder vorübergehend zur Dienstleistung in europäischen Institutionen zugewiesen sind und unmittelbar vor dieser Abwesenheit in einer Organisationseinheit gem. Abs. 1 beschäftigt waren.

(3) Der Betriebsrat der FMA ist für die gem. § 15c Abs. 1 übernommenen Bediensteten ausschließlich und für die gem. § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten in Bezug auf die bei der FMA auszuübende Tätigkeit zuständig.

(4) Die Bediensteten gem. § 15c Abs. 1 sind hinsichtlich der über den 31. Dezember 2019 hinausgehenden Nutzung von Wohnungen gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 des Mietrechtsgesetzes – MRG, BGBl. Nr. 520/1981, so zu behandeln, als ob sie weiterhin Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank wären. § 1 Abs. 2 Z 2 MRG findet auf diese Weiternutzung sinngemäß Anwendung. Die Rechte der Dienstgeberin im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 MRG nimmt die Oesterreichische Nationalbank wahr.

(5) Allfällige von der Oesterreichischen Nationalbank gewährte Gehaltsvorschüsse an Bedienstete gem. § 15c Abs. 1 sind entsprechend einer zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und den Bediensteten zu treffenden Vereinbarungen von der FMA zu übernehmen und abzugelten.

(6) Die Bediensteten gem. § 15c Abs. 1 sind hinsichtlich der per 31. Dezember 2019 mit der Oesterreichischen Nationalbank bestehenden Darlehensverträge, ab dem 1. Jänner 2020 so zu behandeln, als ob sie weiterhin Bedienstete der Oesterreichischen Nationalbank wären. Die monatliche Darlehensrückzahlung erfolgt entsprechend der geschlossenen Darlehensvereinbarung mit der Oesterreichischen Nationalbank durch Aufrechnung mit dem von der FMA bezogenen Entgelt. Im Falle des Ausscheidens von Bediensteten gemäß § 15c Abs. 1 aus der FMA ist die OeNB berechtigt, die entsprechenden Darlehen fällig zu stellen. Eine gesonderte Vereinbarung über die näheren Modalitäten der Darlehensrückführung ist zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und der FMA zu treffen.

Geltende Fassung**§ 16.** (1) – (2) ...

(2a) Die FMA **hat** dem Bundesminister für Finanzen auf Anfrage unverzüglich diejenigen Daten und Informationen zu übermitteln, die für die Erstellung von Regelungsvorhaben und für die Erfüllung der §§ 17 und 18 des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009, erforderlich sind.

(3) – (4) ...

§ 16a. (1) – (2) ...

(3) Die interne Revision betreffende Verfügungen **müssen von beiden Mitgliedern des Vorstandes gemeinsam getroffen werden.** Die interne Revision hat **beiden Mitgliedern des Vorstandes** zu berichten. Sie hat über die Prüfungsgebiete und wesentliche Prüfungsfeststellungen auf Grund durchgeführter Prüfungen quartalsweise auch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat in der nächstfolgenden Sitzung des Aufsichtsrates diesem über die Prüfungsgebiete und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen zu berichten. Die Interne Revision ist zumindest einmal jährlich zu einer Sitzung des Aufsichtsrates zur Berichterstattung einzuladen.

(4) ...

Vorgeschlagene Fassung

(7) Abweichende Vereinbarungen sind mit ausdrücklicher Zustimmung der Oesterreichischen Nationalbank, der FMA und des Bediensteten zulässig.

§ 15e. Die Oesterreichische Nationalbank und die FMA sind zur Wahrnehmung der in den §§ 15a bis 15d enthaltenen Bestimmungen verpflichtet, sich gegenseitig die erforderlichen personenbezogenen Daten der gem. § 15a Abs. 1 überlassenen Bediensteten und der gem. § 15c Abs. 1 übernommenen Bediensteten zur Verfügung zu stellen.“

§ 16. (1) – (2) ...

(2a) Die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank haben** dem Bundesminister für Finanzen auf Anfrage unverzüglich diejenigen Daten und Informationen zu übermitteln, die für die Erstellung von Regelungsvorhaben und für die Erfüllung der §§ 17 und 18 des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009, erforderlich sind.

(2b) Der Bundesminister für Finanzen ist berechtigt, zu dem in Abs. 1 genannten Zweck, Auskünfte der Oesterreichischen Nationalbank über alle Angelegenheiten der Finanzmarktstabilität und Finanzmarktentwicklung einzuholen. Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen die geforderten Auskünfte ohne unnötigen Verzug, längstens aber binnen zwei Wochen zu erteilen.

(3) – (4) ...

§ 16a. (1) – (2) ...

(3) Die interne Revision betreffende Verfügungen **sind vom Vorstand zu treffen.** Die interne Revision hat **dem Vorstand** zu berichten. Sie hat über die Prüfungsgebiete und wesentliche Prüfungsfeststellungen auf Grund durchgeführter Prüfungen quartalsweise auch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat in der nächstfolgenden Sitzung des Aufsichtsrates diesem über die Prüfungsgebiete und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen zu berichten. Die Interne Revision ist zumindest einmal jährlich zu einer Sitzung des Aufsichtsrates zur Berichterstattung einzuladen.

(4) ...

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung****Fachbeirat Finanzmarktaufsicht**

§ 16b. (1) Bei der FMA ist ein Beirat (Fachbeirat Finanzmarktaufsicht) mit den folgenden Aufgaben einzurichten:

1. Beratung der Finanzmarktaufsichtsbehörde in den Angelegenheiten der Finanzmärkte;
2. Beobachtung und Analyse von internationalen Entwicklungen der Finanzmärkte unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Entwicklungen sowie Erarbeitung von Vorschlägen zu Schwerpunkten bei Aufsichtsthemen.

Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht kann Stellungnahmen und Empfehlungen annehmen und diese veröffentlichen.

(2) Die Mitglieder des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht werden vom Bundesminister für Finanzen bestellt und üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Die folgenden Institutionen haben Mitglieder namhaft zu machen:

1. Der Bundesminister für Finanzen: Den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie zwei Mitglieder aus dem Bereich der Wissenschaft und Forschung;
2. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort: ein Mitglied;
3. der Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz: ein Mitglied;
4. der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz: ein Mitglied;
5. die Wirtschaftskammer Österreich: zwei Vertreter der Bundessparte Bank und Versicherung und ein Vertreter der Bundessparte Information und Consulting;
6. die Wiener Börse AG: ein Mitglied;
7. die Oesterreichische Nationalbank: ein Mitglied;
8. die Oesterreichische Kontrollbank: ein Mitglied.

Die Funktionsperiode der Mitglieder des Fachbeirates Finanzmarktaufsicht beträgt fünf Jahre. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht hat die nominierende Institution des ausscheidenden Mitglieds unverzüglich ein neues Mitglied namhaft zu machen, das vom Bundesminister für Finanzen für den Rest der Funktionsperiode zu bestellen ist.

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Der Bundesminister für Finanzen kann ein Mitglied des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht wegen einer schweren Pflichtverletzung, einer strafgerichtlichen Verurteilung oder wegen mangelnder gesundheitlicher Eignung mit Bescheid von seiner Funktion abberufen.

(3) Die Geschäfte des Beirats werden von der FMA geführt, dessen Geschäftsordnung wird vom Bundesminister für Finanzen festgelegt. Der Vorsitzende beruft die konstituierende Sitzung des Fachbeirats Finanzmarktaufsicht ein. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder persönlich anwesend ist. Stimmübertragungen sind unzulässig. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Der Fachbeirat Finanzmarktaufsicht ist berechtigt, in- und ausländische Experten zu den Sitzungen einzuladen.

Mehrjähriger Finanzplan

(1) Der Vorstand der FMA hat einen Finanzplan mit einem Planungshorizont von drei Jahren (mehrjähriger Finanzplan) aufzustellen, der bei der Haushaltsführung und Personalebewirtschaftung einen mittelfristigen strategischen Planungshorizont sicherstellt und dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorzulegen ist.

(2) Im mehrjährigen Finanzplan sind sämtliche im Planungshorizont (Abs. 1) zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben der FMA voneinander getrennt in voller Höhe (brutto) aufzunehmen. Die Voranschlagsbeträge sind zu errechnen oder, wenn dies nicht möglich ist, zu schätzen. Durch eine im mehrjährigen Finanzplan angeführte bindende Grundlage werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

(3) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat jährlich über die Einhaltung des mehrjährigen Finanzplanes zu berichten und gegebenenfalls Anpassungen vorzuschlagen. Der mehrjährige Finanzplan ist samt Erläuterungen dem Aufsichtsrat erstmalig zum 31. Oktober 2020 und die aktualisierte Version bis längstens 31. Oktober des laufenden Geschäftsjahres zur Genehmigung vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat ehestmöglich, jedoch spätestens bis 15. Dezember des laufenden Geschäftsjahres über die Genehmigung des mehrjährigen Finanzplans zu beschließen.

§ 18. (1) Die FMA hat für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss in Form der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung unter Beachtung

§ 18. (1) Die FMA hat für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss in Form der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung unter Beachtung

Geltende Fassung

der Fristen gemäß Abs. 3 aufzustellen. Im übrigen sind die Bestimmungen des dritten Buches des Unternehmensgesetzbuches - UGB, DRGBl. 1897 S 219, auf den Jahresabschluss anzuwenden, sofern in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist. **Die von der Oesterreichischen Nationalbank mitgeteilten Kosten der Bankenaufsicht gemäß § 79 Abs. 4b BWG, soweit sie acht Millionen Euro nicht übersteigen, sowie gemäß § 3 Abs. 5 BaSAG in Verbindung mit § 79 Abs. 4b BWG, soweit sie zwei Millionen Euro nicht übersteigen, sowie gemäß § 6 Abs. 6 ESAEG, soweit sie 500 000 Euro nicht übersteigen, und der Versicherungsaufsicht gemäß § 182 Abs. 7 VAG 2016, soweit sie 500 000 Euro nicht übersteigen, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der FMA unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesondert auszuweisen.**

(2) – (3) ...

(4) Der Aufsichtsrat hat **die Mitglieder des Vorstandes** zu entlasten, wenn der Jahresabschluss und die Kostenabrechnung genehmigt wurde, die Geschäftsführung im abgelaufenen Geschäftsjahr jeweils ordnungsgemäß erfolgt ist, und der Entlastung keine im abgelaufenen Geschäftsjahr gesetzte Pflichtverletzung entgegensteht, die einen Abberufungsgrund gemäß § 7 Abs. 3 Z 3 oder 5 darstellt.

(5) – (6) ...

§ 19. (1) Die FMA hat für jeden der in § 2 Abs. 1 bis 4 genannten Aufsichtsbereiche einen eigenen Rechnungskreis zu bilden. Sie hat bei der internen Organisation für die weitestmögliche direkte Zuordnung der Aufsichtskosten (Personal- und Sachaufwand, Abschreibungen und sonstige Aufwendungen) zu diesen Rechnungskreisen Vorsorge zu treffen. Jene Kosten, die einem bestimmten Rechnungskreis nicht direkt zugeordnet werden können, sind gemäß Abs. 2 auf die einzelnen Rechnungskreise aufzuteilen. Diese Rechnungskreise sind:

1. - 4. ...

Mit dem Jahresabschluss gemäß § 18 ist auch eine rechnungskreisbezogene Kostenabrechnung zu erstellen. **Die von der Oesterreichischen Nationalbank mitgeteilten Kosten der Bankenaufsicht gemäß § 79 Abs. 4b BWG, soweit sie acht Millionen Euro nicht übersteigen, und gemäß § 3 Abs. 5 BaSAG in Verbindung mit § 79 Abs. 4b BWG, soweit sie zwei Millionen Euro nicht übersteigen, und gemäß § 6 Abs. 6 ESAEG, soweit sie 500 000 Euro nicht übersteigen, sind dem Rechnungskreis 1 zuzuordnen. Die von der Oesterreichischen Nationalbank**

Vorgeschlagene Fassung

der Fristen gemäß Abs. 3 aufzustellen. Im übrigen sind die Bestimmungen des dritten Buches des Unternehmensgesetzbuches - UGB, DRGBl. 1897 S 219, auf den Jahresabschluss anzuwenden, sofern in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) – (3) ...

(4) Der Aufsichtsrat hat **den Vorstand** zu entlasten, wenn der Jahresabschluss und die Kostenabrechnung genehmigt wurde, die Geschäftsführung im abgelaufenen Geschäftsjahr jeweils ordnungsgemäß erfolgt ist, und der Entlastung keine im abgelaufenen Geschäftsjahr gesetzte Pflichtverletzung entgegensteht, die einen Abberufungsgrund gemäß § 7 Abs. 3 Z 3 oder 5 darstellt.

(5) – (6) ...

§ 19. (1) Die FMA hat für jeden der in § 2 Abs. 1 bis 4 genannten Aufsichtsbereiche einen eigenen Rechnungskreis zu bilden. Sie hat bei der internen Organisation für die weitestmögliche direkte Zuordnung der Aufsichtskosten (Personal- und Sachaufwand, Abschreibungen und sonstige Aufwendungen) zu diesen Rechnungskreisen Vorsorge zu treffen. Jene Kosten, die einem bestimmten Rechnungskreis nicht direkt zugeordnet werden können, sind gemäß Abs. 2 auf die einzelnen Rechnungskreise aufzuteilen. Diese Rechnungskreise sind:

1. - 4. ...

Mit dem Jahresabschluss gemäß § 18 ist auch eine rechnungskreisbezogene Kostenabrechnung zu erstellen.

Geltende Fassung

gemäß § 182 Abs. 7 VAG 2016 mitgeteilten Kosten der Versicherungsaufsicht sind dem Rechnungskreis 2 zuzuordnen, soweit sie 500 000 Euro nicht übersteigen.

(2) – (3) ...

(4) Der Bund leistet pro Geschäftsjahr der FMA einen Beitrag von 4 Millionen Euro. Dieser Beitrag sowie Erträge, die nicht auf Grund des Ersatzes von Aufsichtskosten oder diesbezüglichen Vorauszahlungen oder gemäß Abs. 10 der FMA zufließen, sind von den Gesamtkosten der FMA abzuziehen. Der verbleibende Differenzbetrag ist in Anwendung der Verhältniszahlen gemäß Abs. 2 auf die Rechnungskreise 1 bis 4 aufzuteilen. Die sich hieraus je Rechnungskreis ergebenden Beträge stellen nach Abzug der auf Grund von Abs. 10 erhaltenen Bewilligungsgebühren jene Kosten dar, die von den der Aufsicht der FMA unterliegenden natürlichen und juristischen Personen gemäß den jeweiligen Kostenbestimmungen in den in § 2 genannten Gesetzen nach Vorschreibung durch die FMA zu ersetzen sind.

(5) Die FMA hat auf der Grundlage eines jeden Jahresabschlusses unverzüglich die auf die einzelnen Kostenpflichtigen gemäß Abs. 4 letzter Satz entfallenden Kosten für das vorangegangene Geschäftsjahr zu errechnen. Der errechnete Betrag ist mit den erhaltenen Vorauszahlungen für das vorangegangene Geschäftsjahr gegenzurechnen. Der Differenzbetrag hieraus ist zur Zahlung vorzuschreiben, sofern sich nicht ein Guthaben zugunsten des Kostenpflichtigen ergibt; Guthaben sind auszuführen. Für das nächstfolgende FMA-Geschäftsjahr sind den Kostenpflichtigen Vorauszahlungen in Höhe von 105 vH des gemäß dem ersten Satz jeweils errechneten Betrages vorzuschreiben; sofern die von der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 79 Abs. 4b BWG mitgeteilten und im Jahresabschluss der FMA gesondert ausgewiesenen Kosten der Bankenaufsicht den Betrag von acht Millionen Euro oder die von der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 3 Abs. 5 BaSAG in Verbindung mit § 79 Abs. 4b BWG mitgeteilten und im Jahresabschluss der FMA gesondert ausgewiesenen Kosten der Bankenaufsicht den Betrag von zwei Millionen Euro erreicht haben oder die von der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 6 Abs. 6 ESAEG mitgeteilten und im Jahresabschluss der FMA gesondert ausgewiesenen Kosten der Bankenaufsicht den Betrag von 500 000 Euro erreicht haben, oder die gemäß § 182 Abs. 7 VAG 2016 mitgeteilten und im Jahresabschluss der FMA gesondert ausgewiesenen Kosten der

Vorgeschlagene Fassung

(2) – (3) ...

(4) Der Bund leistet pro Geschäftsjahr der FMA einen Beitrag von 33 Millionen Euro, der dem Rechnungskreis 1 gutzuschreiben ist sowie einen Beitrag von 4 Millionen Euro. Der Beitrag von 4 Millionen Euro sowie Erträge, die nicht auf Grund des Ersatzes von Aufsichtskosten oder diesbezüglichen Vorauszahlungen oder gemäß Abs. 10 der FMA zufließen, sind von den Gesamtkosten der FMA abzuziehen. Der verbleibende Differenzbetrag ist in Anwendung der Verhältniszahlen gemäß Abs. 2 auf die Rechnungskreise 1 bis 4 aufzuteilen. Die sich hieraus je Rechnungskreis ergebenden Beträge stellen nach Abzug der auf Grund von Abs. 10 erhaltenen Bewilligungsgebühren jene Kosten dar, die von den der Aufsicht der FMA unterliegenden natürlichen und juristischen Personen gemäß den jeweiligen Kostenbestimmungen in den in § 2 genannten Gesetzen nach Vorschreibung durch die FMA zu ersetzen sind.

(5) Die FMA hat auf der Grundlage eines jeden Jahresabschlusses unverzüglich die auf die einzelnen Kostenpflichtigen gemäß Abs. 4 letzter Satz entfallenden Kosten für das vorangegangene Geschäftsjahr zu errechnen. Der errechnete Betrag ist mit den erhaltenen Vorauszahlungen für das vorangegangene Geschäftsjahr gegenzurechnen. Der Differenzbetrag hieraus ist zur Zahlung vorzuschreiben, sofern sich nicht ein Guthaben zugunsten des Kostenpflichtigen ergibt; Guthaben sind auszuführen. Für das nächstfolgende FMA-Geschäftsjahr sind den Kostenpflichtigen Vorauszahlungen in Höhe von 105 vH des gemäß dem ersten Satz jeweils errechneten Betrages vorzuschreiben. Auf Grund dieser Vorschreibungen haben die Kostenpflichtigen den vorgeschriebenen Betrag in vier gleichen Teilen jeweils bis spätestens 15. Jänner, April, Juli und Oktober des betreffenden Jahres zu leisten.

Geltende Fassung**§ 22. (1) ...**

(2) Beschwerden gegen Bescheide der FMA und Vorlageanträge haben, ausgenommen in Verwaltungsstrafsachen, keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag ist der Beschwerde die aufschiebende Wirkung durch das

Vorgeschlagene Fassung

befristeten Austausch von Bediensteten zum Zweck des Kompetenz- und Wissenstransfers in die jeweils andere Institution zu vereinbaren. Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben die gemäß diesem Absatz getroffene Vereinbarung auf ihren jeweiligen Internetseiten zu veröffentlichen.

(2) Erhalten die FMA oder die Oesterreichische Nationalbank Kenntnis von einem Sachverhalt mit möglicher Auswirkung auf die Finanzmarktstabilität, haben sie sich davon unverzüglich gegenseitig in Kenntnis zu setzen.

(3) Kommen die FMA oder die Oesterreichische Nationalbank zur Erkenntnis, dass ein oder mehrere Sachverhalte negative Auswirkung auf die Finanzmarktstabilität haben können, haben sie sich die zur Bewältigung der Krisensituation notwendigen Informationen, Analysen und Erkenntnisse umgehend gegenseitig zur Verfügung zu stellen.

(4) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben den Bundesminister für Finanzen von Sachverhalten gemäß Abs. 2 und Abs. 3 unverzüglich in Kenntnis zu setzen und ihm alle zur Bewältigung der Krisensituation notwendigen Informationen, Analysen und Erkenntnisse umgehend zur Verfügung zu stellen.

(5) Darüber hinaus kann die Oesterreichische Nationalbank von der FMA Informationen aus der mikroprudenziellen Aufsicht verlangen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der makroprudenziellen Aufsicht, der Finanzmarktstabilität und der Gewährleistung des Zahlungsverkehrs sowie der Hilfestellung der Oesterreichischen Nationalbank in der Qualitätssicherung der Aufsicht, erforderlich sind. Hierzu ist ein Gremium von FMA und Oesterreichischer Nationalbank auf Leitungsebene einzurichten, welches zumindest einmal jährlich tagt und in welchem der Datenaustausch sowie Analyseergebnisse und -programme abzustimmen sind.

(6) Der Datenaustausch zwischen der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank im Rahmen der Aufgabenerfüllung der jeweiligen Institution ist im erforderlichen Ausmaß jedenfalls zulässig.

§ 22. (1) ...

(1a) Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG hat aufschiebende Wirkung. Die FMA kann die aufschiebende Wirkung mit Bescheid ausschließen, wenn der aufschiebenden

Geltende Fassung

Bundesverwaltungsgericht nach Anhörung der FMA mit Beschluss zuzuerkennen, insoweit dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Wird die aufschiebende Wirkung zuerkannt, ist der Vollzug des angefochtenen Bescheides aufzuschieben und sind

die hierzu erforderlichen Verfügungen zu treffen. Wenn sich die Voraussetzungen, die für den Beschluss über die aufschiebende Wirkung maßgebend waren, wesentlich geändert haben, ist auf Antrag einer Partei neu zu entscheiden

(2a) – (12) ...

§ 26. (1) – (11) ...

Vorgeschlagene Fassung

Wirkung zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen oder nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheids mit keinem unverhältnismäßigen Nachteil verbunden wäre.

(1b) Die Beschwerde gegen einen Bescheid gemäß Abs. 1a zweiter Satz hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern die Beschwerde nicht als verspätet oder unzulässig zurückzuweisen ist, hat die FMA dem Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verfahrens unverzüglich vorzulegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat über die Beschwerde nach Anhörung der FMA unverzüglich zu entscheiden und der FMA, wenn diese nicht von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, die Akten des Verfahrens zurückzustellen.

(2) Im Verfahren über Beschwerden gegen Bescheide der FMA kann das Bundesverwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung durch Beschluss ausschließen, wenn der aufschiebenden Wirkung zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen oder nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheids mit keinem unverhältnismäßigen Nachteil verbunden wäre.

(2a) – (12) ...

§ 26. (1) – (11) ...

(12) § 19 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 ist auf die Abrechnung der Geschäftsjahre anzuwenden, die bis 31. Dezember 2019 enden. § 19 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2019 beginnen.

§ 26f. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA zur Sicherstellung der reibungslosen Übergabe und der Vermeidung von Informationslücken bei der Übertragung von Zuständigkeiten hinsichtlich offener Analyse- und Prüfaufträge alle nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

(2) (Zu § 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Der Bundesminister für Finanzen hat das aufgrund einer Namhaftmachung durch die Oesterreichische Nationalbank gemäß § 5 Abs. 3 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 bestellte Vorstandsmitglied mit Wirkung des

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Ablauf des 31. Dezembers 2019 abgerufen. Der Anspruch auf Entgelt und die nachvertraglichen Pflichten aus dem mit der Abberufung endenden Dienstvertrag bleiben unberührt.

(3) (Zu § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Die Funktionsperiode der von der Oesterreichen Nationalbank namhaft gemachten Mitglieder des Aufsichtsrates endet mit Ablauf des 31. Oktober 2019. Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen bis spätestens 30. September 2019 zwei Personen zur Bestellung als Mitglied des Aufsichtsrates ab dem 1. November 2019 namhaft zu machen. Der Bundesminister für Finanzen kann, soweit dies erforderlich ist, um die in § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 festgelegten Voraussetzungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates zu erfüllen, zwei Mitglieder abberufen, auch wenn keiner der in § 8 Abs. 4 genannten Gründe vorliegt. Der Bundesminister für Finanzen hat für die rechtzeitige Bestellung der gemäß § 8 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 neu zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates Sorge zu tragen.

(4) (Zu § 12a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Betreffend die Bestellung der ersten drei Exekutivdirektoren hat der Vorstand das Ausschreibungsverfahren so zeitgerecht durchzuführen, dass dem Aufsichtsrat Vorschläge für geeignete Bewerber im Zeitraum zwischen dem 1. November 2019 und dem 15. November 2019 vorgelegt werden können. Bei der Erstellung des Vorschlags kommt dem aufgrund einer Namhaftmachung durch den Bundesminister für Finanzen gemäß § 5 Abs. 3 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/2019 bestellten Vorstandsmitglied im Falle der Stimmgleichheit ein Dirimierungsrecht zu. Der Aufsichtsrat hat sodann für die rechtzeitige Bestellung der gemäß § 12a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 zu bestellenden Exekutivdirektoren Sorge zu tragen.

(5) (Zu § 13 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019):

Die Oesterreichische Nationalbank hat ihren zweiten Vertreter im Finanzmarktstabilitätsgremium dem Bundesminister für Finanzen bis spätestens 31. Oktober 2019 namhaft zu machen. Die Bundesregierung hat für die rechtzeitige Bestellung des gemäß § 13 Abs. 4 Z 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 neu zu bestellenden, zweiten Vertreters

Geltende Fassung

Bereich die näheren Erfordernisse einer elektronischen Hinterlegung dieser Unterlagen festlegen und mittels Verordnung auch die Übermittlung ausschließlich in elektronischer Form vorschreiben. § 12 Abs. 1, 2 und 3 Z 1 und 2 KMG gilt mit der Maßgabe, dass die Verahrungsfrist für die Meldestelle vom Abwicklungszeitpunkt des OGAW zu berechnen ist und dass die Unterrichtungspflicht gemäß § 12 Abs. 3 Z 2 KMG nur bei besonderem Anlass auf Verlangen des Bundesministers für Finanzen, **der FMA** oder der **Oesterreichischen Nationalbank** besteht.

(3) ...

§ 145. (1) – (2) ...

(3) Die Übermittlung von Daten gemäß Abs. 1 durch die FMA ist innerhalb desselben Rahmens, zu denselben Zwecken und mit denselben Beschränkungen wie an zuständige Behörden von Mitgliedstaaten gemäß Abs. 2 auch an Behörden von Drittländern, die den Aufgaben der FMA **oder der Oesterreichischen Nationalbank** entsprechende Aufgaben wahrzunehmen haben, nur zulässig, soweit die übermittelten Daten bei diesen Behörden einem dem Berufsgeheimnis in Art. 102 der Richtlinie 2009/65/EG entsprechenden Berufsgeheimnis unterliegen und die Übermittlung im Einklang mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 steht.

(4) – (5) ...

§ 153. (1) Die FMA kann **nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank** durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß §§ 151 und 152 dieses Bundesgesetzes und § 20 Abs. 3, 28a Abs. 4, § 44 Abs. 1 erster Satz und Abs. 4 und § 70a Abs. 5 BWG sowie § 2 Abs. 2 der Mündelsicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 650/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 219/2003 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen haben sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA **und die Oesterreichische Nationalbank** gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und Meldungen gemäß § 154 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß

Vorgeschlagene Fassung

Bereich die näheren Erfordernisse einer elektronischen Hinterlegung dieser Unterlagen festlegen und mittels Verordnung auch die Übermittlung ausschließlich in elektronischer Form vorschreiben. § 12 Abs. 1, 2 und 3 Z 1 und 2 KMG gilt mit der Maßgabe, dass die Verahrungsfrist für die Meldestelle vom Abwicklungszeitpunkt des OGAW zu berechnen ist und dass die Unterrichtungspflicht gemäß § 12 Abs. 3 Z 2 KMG nur bei besonderem Anlass auf Verlangen des Bundesministers für Finanzen oder der **FMA** besteht.

(3) ...

§ 145. (1) – (2) ...

(3) Die Übermittlung von Daten gemäß Abs. 1 durch die FMA ist innerhalb desselben Rahmens, zu denselben Zwecken und mit denselben Beschränkungen wie an zuständige Behörden von Mitgliedstaaten gemäß Abs. 2 auch an Behörden von Drittländern, die den Aufgaben der FMA entsprechende Aufgaben wahrzunehmen haben, nur zulässig, soweit die übermittelten Daten bei diesen Behörden einem dem Berufsgeheimnis in Art. 102 der Richtlinie 2009/65/EG entsprechenden Berufsgeheimnis unterliegen und die Übermittlung im Einklang mit Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 steht.

(4) – (5) ...

§ 153. (1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß §§ 151 und 152 dieses Bundesgesetzes und § 20 Abs. 3, 28a Abs. 4, § 44 Abs. 1 erster Satz und Abs. 4 und § 70a Abs. 5 BWG sowie § 2 Abs. 2 der Mündelsicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 650/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 219/2003 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen haben sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und Meldungen gemäß § 154 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder

Geltende Fassung

dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

(2) ...

§ 154. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss einer Verwaltungsgesellschaft (§ 5 Abs. 1) oder den Rechenschaftsbericht eines OGAW (§ 49) prüft oder bei dieser oder diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

1. - 6. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank erst dann berichten, wenn die Verwaltungsgesellschaft nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz – WTBG (BGBl. I Nr. 58/1999) namhaft gemachten natürlichen Personen.

(3) – (5) ...

§ 200. (1) – (28) ...

Vorgeschlagene Fassung

gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

(2) ...

§ 154. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss einer Verwaltungsgesellschaft (§ 5 Abs. 1) oder den Rechenschaftsbericht eines OGAW (§ 49) prüft oder bei dieser oder diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

1. - 6. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank erst dann berichten, wenn die Verwaltungsgesellschaft nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 88 Abs. 7 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz – WTBG (BGBl. I Nr. 58/1999) namhaft gemachten natürlichen Personen.

(3) – (5) ...

§ 200. (1) – (28) ...



Geltende Fassung**Artikel 10****Änderung des Nationalbankgesetzes 1984**

§ 44b. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse *das Vorliegen aller jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind.*

(2) Die FMA hat Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKG, BGBl. I Nr. 70/2004) sowie der Pensionskassen, die die Oesterreichische Nationalbank zur Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Abs. 1 benötigt, dieser auf ihr Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank *hat diese Daten in die Datenbank gemäß § 79 Abs. 4a BWG einzustellen und* kann diese auch verarbeiten. *Soweit dies zweckmäßig ist, können diese Daten seitens der FMA auch direkt in die Datenbank aufgenommen werden.* Sind die von der Oesterreichischen Nationalbank angeforderten Daten bei der FMA nicht verfügbar, so sind sie von der FMA zu erheben, *in die Datenbank gemäß § 79 Abs. 4a BWG einzustellen* und *ist die Oesterreichische Nationalbank hievon zu verständigen.* Liegen benötigte Daten bei der FMA nicht vor, so können sie von den im ersten Satz genannten Instituten auch durch die Oesterreichische Nationalbank direkt erhoben werden und sind diese Daten *in die Datenbank gemäß § 79 Abs. 4a BWG einzustellen.*

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat auf dem Gebiet der

Vorgeschlagene Fassung**Artikel 10****Änderung des Nationalbankgesetzes 1984**

(29) § 129 Abs. 2, § 145 Abs. 3, § 153 Abs. 1 und § 154 Abs. 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

§ 44b. (1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse:

- 1. das Vorliegen all jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind;*
- 2. die Entwicklungen auf den Finanzmärkten zu beobachten und dabei insbesondere deren Auswirkungen auf den nationalen Finanzmarkt zu analysieren;*
- 3. die Entwicklungsmöglichkeiten des österreichischen Finanzmarktes zu analysieren.*

(2) Die FMA hat Daten aller Unternehmen der Finanzbranche (§ 2 Z 7 Finanzkonglomeratengesetz – FKG, BGBl. I Nr. 70/2004) sowie der Pensionskassen, die die Oesterreichische Nationalbank zur Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Abs. 1 benötigt, dieser auf ihr Verlangen zur Verfügung zu stellen. Die Oesterreichische Nationalbank kann diese **Daten** auch verarbeiten. Sind die von der Oesterreichischen Nationalbank angeforderten Daten bei der FMA nicht verfügbar, so sind sie von der FMA zu erheben, und **der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen.** Liegen benötigte Daten bei der FMA nicht vor, so können sie von den im ersten Satz genannten Instituten auch durch die Oesterreichische Nationalbank direkt erhoben werden und sind diese Daten **sodann der FMA zur Verfügung zu stellen.**

(3) Die Oesterreichische Nationalbank hat auf dem Gebiet der

Geltende Fassung

Finanzmarktstabilität dem Bundesminister für Finanzen und der FMA Beobachtungen und Feststellungen grundsätzlicher Art oder besonderer Bedeutung mitzuteilen und auf Verlangen die erforderlich erscheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie Gutachten zu erstatten.

§ 69. (1) – (2) ...

(3) Von dem verbleibenden Reingewinn erhält der Bund vorerst 90 vH, vom restlichen Teil des Reingewinnes erhält der Aktionär gemäß Beschluss der Generalversammlung eine Dividende bis 10 vH seines Anteils am Grundkapital. Der Rest ist gemäß Beschluss der Generalversammlung zu verwenden.

§ 89. (1) – (12) ...

Artikel 11**Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes**

§ 3. (1) – (3) ...

(4) Die FMA hat sicherzustellen, dass die mit der Abwicklungstätigkeit betraute Organisationseinheit und die Organisationseinheiten, die die im FMABG festgelegten sonstigen Tätigkeiten der FMA ausführen, bei der Vorbereitung, Planung und Anwendung von Abwicklungsentscheidungen eng miteinander

Vorgeschlagene Fassung

Finanzmarktstabilität **und zur Finanzmarktentwicklung gemäß Abs. 1** dem Bundesminister für Finanzen und der FMA Beobachtungen und Feststellungen grundsätzlicher Art oder besonderer Bedeutung mitzuteilen und auf Verlangen die erforderlich erscheinenden sachlichen Aufklärungen zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie Gutachten zu erstatten.

(4) Die Oesterreichische Nationalbank hat dem Bundesminister für Finanzen, der FMA, dem Fachbeirat Finanzmarktaufsicht, dem Finanzmarktstabilitätsgremium und dem Nationalrat jährlich einen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse aus ihren Beobachtungen gemäß Abs. 1 zu übermitteln.

(5) Die Oesterreichische Nationalbank hat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß Abs. 1 Z 2 innerhalb ihrer Organisationsstruktur eine eigene Einheit („Kompetenzstelle“) einzurichten. Sie hat weiters zur Förderung der Finanzbildung in Österreich beizutragen und dem Bundesminister für Finanzen jährlich einen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse zum Stand der Finanzbildung in Österreich zu übermitteln.

§ 69. (1) – (2) ...

(3) Von dem verbleibenden Reingewinn erhält der Bund vorerst 95 vH, vom restlichen Teil des Reingewinnes erhält der Aktionär gemäß Beschluss der Generalversammlung eine Dividende bis 10 vH seines Anteils am Grundkapital. Der Rest ist gemäß Beschluss der Generalversammlung zu verwenden.

§ 89. (1) – (12) ...

(13) § 44b und § 69 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 11**Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes**

§ 3. (1) – (3) ...

(4) Die FMA hat sicherzustellen, dass die mit der Abwicklungstätigkeit betraute Organisationseinheit und die Organisationseinheiten, die die im FMABG festgelegten sonstigen Tätigkeiten der FMA ausführen, bei der Vorbereitung, Planung und Anwendung von Abwicklungsentscheidungen eng miteinander

Geltende Fassung

zusammenarbeiten. Die Oesterreichische Nationalbank hat der Abwicklungsbehörde den gemäß § 79 Abs. 3 BWG vorgesehenen jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf die gemeinsame Datenbank zu ermöglichen. Weiters hat die Oesterreichische Nationalbank der Abwicklungsbehörde auf Aufforderung alle Analyseergebnisse und Informationen aus ihrer laufenden Einzelbankanalyse gemäß § 79 Abs. 4a BWG zur Verfügung zu stellen.

(4a) ...

(5) Die FMA, die Abwicklungsbehörde und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 eng zusammen. § 79 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 für den Bereich der Sanierung und Abwicklung von Unternehmen gemäß § 1 Abs. 1 gelten; davon ausgenommen sind die §§ 54 bis 79, 81 bis 83, 85 bis 92, 95 bis 98, 114 bis 131 und 152 bis 159 dieses Bundesgesetzes und die Art. 20 bis 22, 24 bis 27 und 67 bis 79 der Verordnung (EU) Nr. 806/2014. Die Abwicklungsbehörde kann in Ausnahmefällen auch Bankprüfer, Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und sonstige Sachverständige alle erforderlichen Prüfungen, Gutachten und Analysen vornehmen lassen; die Erteilung von Auskünften durch die Abwicklungsbehörde an die von ihr Beauftragten ist zulässig, soweit dies zur Erfüllung des Auftrags zweckdienlich ist.

(6) – (13) ...

§ 4. (1) – (2) ...

(3) Die FMA und die Abwicklungsbehörde haben bei der Festlegung gemäß Abs. 1 und 2 eine gutachterliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank einzuholen. Die FMA kann zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 und 2 und die Abwicklungsbehörde zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 Z 3 und Abs. 2 eine Verordnung erlassen, sofern diese Festlegungen für ein Vielzahl von Instituten erfolgen.

(4) ...

§ 44. (1) Besteht für ein Institut Frühinterventionsbedarf gemäß Abs. 2, kann die FMA eine oder mehrere der folgenden Frühinterventionsmaßnahmen

Vorgeschlagene Fassung

zusammenarbeiten; zu diesem Zweck hat die FMA eine Datenbank zu führen, die den jederzeitigen wechselseitigen automationsunterstützten Zugriff auf die bei diesen Organisationseinheiten vorhandenen Daten gewährleistet. Die Oesterreichische Nationalbank hat der Abwicklungsbehörde den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle in § 79 Abs. 2 BWG genannten Daten zu ermöglichen.

(4a) ...

(5) Die FMA, die Abwicklungsbehörde und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 eng zusammen. Die Abwicklungsbehörde kann in Ausnahmefällen auch Bankprüfer, Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und sonstige Sachverständige alle erforderlichen Prüfungen, Gutachten und Analysen vornehmen lassen; die Erteilung von Auskünften durch die Abwicklungsbehörde an die von ihr Beauftragten ist zulässig, soweit dies zur Erfüllung des Auftrags zweckdienlich ist. Die Abwicklungsbehörde kann die Oesterreichische Nationalbank als Sachverständige in Bezug auf Fragen der Finanzmarktstabilität gemäß § 48 Abs. 2 Z 2 BaSAG im Rahmen der Abwicklungsplanung beauftragen.

(6) – (13) ...

§ 4. (1) – (2) ...

(3) Die FMA kann zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 und 2 und die Abwicklungsbehörde zum Zwecke der Festlegung gemäß Abs. 1 Z 3 und Abs. 2 eine Verordnung erlassen, sofern diese Festlegungen für ein Vielzahl von Instituten erfolgen.

(4) ...

§ 44. (1) Besteht für ein Institut Frühinterventionsbedarf gemäß Abs. 2, kann die FMA eine oder mehrere der folgenden Frühinterventionsmaßnahmen

Geltende Fassung

anordnen. Die FMA kann insbesondere:

1. – 8. ...

9. im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen, wofür die FMA **die Oesterreichische Nationalbank** gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 BWG oder geeignete Sachverständige beauftragen kann, alle Informationen beschaffen, die von der Abwicklungsbehörde benötigt werden, um den Abwicklungsplan zu aktualisieren, gegebenenfalls die Abwicklung des Instituts vorzubereiten und eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Instituts gemäß § 54 vorzunehmen, und diese Informationen der Abwicklungsbehörde zur Verfügung stellen.

(2) – (7) ...

§ 78. (1) – (2) ...

(3) Das Brückeninstitut muss eine Kapitalgesellschaft sein, die folgende Anforderungen erfüllt:

1. Ihre Anteile werden entweder ganz oder mehrheitlich vom Bund, der **FIMBAG**, der Abwicklungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle gehalten,

2. – 3. ...

(3) – (10) ...

§ 79. (1) Die Abwicklungsbehörde, der Bund oder mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die **FIMBAG** können Kapitalgesellschaften gründen, die als Brückeninstitut fungieren können. Das Grund- oder Stammkapital kann durch Übertragung von Anteilen oder Vermögenswerten eines oder mehrerer in Abwicklung befindlicher Institute gemäß § 78 sowie, soweit erforderlich, durch zusätzliche Zahlung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus gemäß § 124 Abs. 1 Z 4 aufgebracht werden. Der Bewertung dieser Anteile oder Vermögenswerte für die Gründung sowie für die Eröffnungsbilanz der Kapitalgesellschaft ist die abschließende Bewertung gemäß § 57 Abs. 2, wenn eine solche zum Zeitpunkt der Errichtung der Kapitalgesellschaft noch nicht existiert, die vorläufige Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 soweit wie möglich zugrunde zu legen. Eine Gründungsprüfung kann unterbleiben.

(2) Mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen können die Anteile des Brückeninstituts auf den Bund, die **FIMBAG** oder eine andere öffentliche

Vorgeschlagene Fassung

anordnen. Die FMA kann insbesondere:

1. – 8. ...

9. im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen, wofür die FMA **eigene Prüfer** gemäß § 70 Abs. 1 Z 3 BWG **verwenden** oder geeignete Sachverständige beauftragen kann, alle Informationen beschaffen, die von der Abwicklungsbehörde benötigt werden, um den Abwicklungsplan zu aktualisieren, gegebenenfalls die Abwicklung des Instituts vorzubereiten und eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Instituts gemäß § 54 vorzunehmen, und diese Informationen der Abwicklungsbehörde zur Verfügung stellen.

(2) – (7) ...

§ 78. (1) – (2) ...

(3) Das Brückeninstitut muss eine Kapitalgesellschaft sein, die folgende Anforderungen erfüllt:

1. Ihre Anteile werden entweder ganz oder mehrheitlich vom Bund, der **ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG)**, der Abwicklungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle gehalten,

2. – 3. ...

(3) – (10) ...

§ 79. (1) Die Abwicklungsbehörde, der Bund oder mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die **ABBAG** können Kapitalgesellschaften gründen, die als Brückeninstitut fungieren können. Das Grund- oder Stammkapital kann durch Übertragung von Anteilen oder Vermögenswerten eines oder mehrerer in Abwicklung befindlicher Institute gemäß § 78 sowie, soweit erforderlich, durch zusätzliche Zahlung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus gemäß § 124 Abs. 1 Z 4 aufgebracht werden. Der Bewertung dieser Anteile oder Vermögenswerte für die Gründung sowie für die Eröffnungsbilanz der Kapitalgesellschaft ist die abschließende Bewertung gemäß § 57 Abs. 2, wenn eine solche zum Zeitpunkt der Errichtung der Kapitalgesellschaft noch nicht existiert, die vorläufige Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 soweit wie möglich zugrunde zu legen. Eine Gründungsprüfung kann unterbleiben.

(2) Mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen können die Anteile des Brückeninstituts auf den Bund, die **ABBAG** oder eine andere öffentliche Stelle

Geltende Fassung

Stelle übertragen werden.

(3) – (5) ...

§ 83. (1) Die Abwicklungsbehörde, der Bund oder mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die **FIMBAG** können Kapitalgesellschaften gründen, die als Abbaueinheiten fungieren können. Das Grund- oder Stammkapital kann durch Übertragung von Anteilen oder Vermögenswerten eines oder mehrerer in Abwicklung befindlicher Institute oder Unternehmen gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 bis 4 oder Brückeninstitute gemäß § 82 aufgebracht werden. Der Bewertung dieser Anteile oder Vermögenswerte für die Gründung sowie für die Eröffnungsbilanz der Abbaueinheit ist die abschließende Bewertung gemäß § 57 Abs. 2, wenn eine solche zum Zeitpunkt der Errichtung der Gesellschaft noch nicht existiert, die vorläufige Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 soweit wie möglich zugrunde zu legen. Eine Gründungsprüfung kann unterbleiben.

(2) Die Abbaueinheit muss folgende Anforderungen erfüllen:

1. Ihre Anteile werden entweder ganz oder mehrheitlich vom Bund, der **FIMBAG**, der Abwicklungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle gehalten,
2. - 3. ...

(3) Mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen können die Anteile der Abbaueinheit auf den Bund oder auf die **FIMBAG** übertragen werden.

(4) – (6) ...

§ 84. (1) ...

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Abbaueinheit Bank- und Leasinggeschäfte betreiben, Beteiligungsankäufe- und -verkäufe vornehmen sowie Hilfsgeschäfte erbringen, sofern die Erbringung dieser Geschäfte der Aufgabenerfüllung unmittelbar oder mittelbar dient. Die Bestimmungen des BWG, mit Ausnahme von § **3 Abs. 9**, § 5 Abs. 1 Z 6 bis 13, § 28a, § 38, § 41, § 42 Abs. 1 bis 5, §§ 43 bis 59a, § 65, §§ 66 und 67, § 70 Abs. 1, § 70 Abs. 4 Z 1 und 2 und § 70 Abs. 7 bis 9, § 73 Abs. 1 Z 2, 3, 6 und 8, § 73a, § 75, § 76, §§ 77 und 77a, § 79, §§ 98 bis 99e, § 99g und §§ 101 und 101a BWG, sind auf die Abbaueinheit nicht anzuwenden. Die Bestimmungen des Pfandbriefgesetzes – PfandbriefG, dRGBL I 492/1927, sind gegebenenfalls anzuwenden. Die Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes – FM-GwG, BGBl. I

Vorgeschlagene Fassung

übertragen werden.

(3) – (5) ...

§ 83. (1) Die Abwicklungsbehörde, der Bund oder mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die **ABBAG** können Kapitalgesellschaften gründen, die als Abbaueinheiten fungieren können. Das Grund- oder Stammkapital kann durch Übertragung von Anteilen oder Vermögenswerten eines oder mehrerer in Abwicklung befindlicher Institute oder Unternehmen gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 bis 4 oder Brückeninstitute gemäß § 82 aufgebracht werden. Der Bewertung dieser Anteile oder Vermögenswerte für die Gründung sowie für die Eröffnungsbilanz der Abbaueinheit ist die abschließende Bewertung gemäß § 57 Abs. 2, wenn eine solche zum Zeitpunkt der Errichtung der Gesellschaft noch nicht existiert, die vorläufige Bewertung gemäß § 57 Abs. 1 soweit wie möglich zugrunde zu legen. Eine Gründungsprüfung kann unterbleiben.

(2) Die Abbaueinheit muss folgende Anforderungen erfüllen:

1. Ihre Anteile werden entweder ganz oder mehrheitlich vom Bund, der **ABBAG**, der Abwicklungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle gehalten,
2. - 3. ...

(3) Mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen können die Anteile der Abbaueinheit auf den Bund oder auf die **ABBAG** übertragen werden.

(4) – (6) ...

§ 84. (1) ...

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Abbaueinheit Bank- und Leasinggeschäfte betreiben, Beteiligungsankäufe- und -verkäufe vornehmen sowie Hilfsgeschäfte erbringen, sofern die Erbringung dieser Geschäfte der Aufgabenerfüllung unmittelbar oder mittelbar dient. Die Bestimmungen des BWG, mit Ausnahme von § 5 Abs. 1 Z 6 bis 13, § 28a, § 38, § 41, § 42 Abs. 1 bis 5, §§ 43 bis 59a, § 65, §§ 66 und 67, § 70 Abs. 1, § 70 Abs. 4 Z 1 und 2 und § 70 Abs. 7 bis 9, § 73 Abs. 1 Z 2, 3, 6 und 8, § 73a, § 75, § 76, §§ 77 und 77a, § 79, §§ 98 bis 99e, § 99g und §§ 101 und 101a BWG, sind auf die Abbaueinheit nicht anzuwenden. Die Bestimmungen des Pfandbriefgesetzes – PfandbriefG, dRGBL I 492/1927, sind gegebenenfalls anzuwenden. Die Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes – FM-GwG, BGBl. I Nr. 118/2016, sind auf

Geltende Fassung

Nr. 118/2016, sind auf die Abbaueinheit mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Abbaueinheit als Verpflichtete gemäß § 1 FM-GwG gilt.

(3) – (12) ...

§ 113a. (1) ...

(2) Die FMA und die Abwicklungsbehörde können für die Zwecke dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich geeignete Sachverständige *oder, sofern Vor-Ort-Prüfungen in einen Zuständigkeitsbereich der Oesterreichischen Nationalbank gemäß § 3 Abs. 5 fallen, die Oesterreichische Nationalbank* mit der Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen beauftragen.

§ 115. (1) ...

(2) Das Ergebnis der Prüfung, ob Abwicklungsmaßnahmen hinsichtlich eines Instituts oder eines Unternehmens gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 bis 4 eingeleitet werden sollen, hat Folgendes zu umfassen:

1. - 2. ...

Die Abwicklungsbehörde kann abweichend von § 3 Abs. 5 zur Auswahl der gemäß Z 2 beabsichtigten Maßnahme eine gutachterliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank einholen.

(3) ...

§ 118. (1) § 22 Abs. 2 FMABG ist mit folgender Maßgabe anzuwenden: Für die Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen gilt die widerlegbare Vermutung, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderläuft.

Vorgeschlagene Fassung

die Abbaueinheit mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Abbaueinheit als Verpflichtete gemäß § 1 FM-GwG gilt.

(3) – (12) ...

§ 113a. (1) ...

(2) Die FMA und die Abwicklungsbehörde können für die Zwecke dieses Bundesgesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich *eigene Prüfer oder* geeignete Sachverständige mit der Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen beauftragen.

§ 115. (1) ...

(2) Das Ergebnis der Prüfung, ob Abwicklungsmaßnahmen hinsichtlich eines Instituts oder eines Unternehmens gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 bis 4 eingeleitet werden sollen, hat Folgendes zu umfassen:

1. - 2. ...

(3) ...

§ 118. (1) *Beschwerden gegen die Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung. Die FMA kann auf Antrag der Beschwerde die aufschiebende Wirkung mit Bescheid zuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Es gilt hierbei die widerlegbare Vermutung, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Wird die aufschiebende Wirkung zuerkannt, ist der Vollzug des angefochtenen Bescheides aufzuschieben und sind die hierzu erforderlichen Verfügungen zu treffen.*

(1a) Die Beschwerde gegen einen Bescheid gemäß Abs. 1 hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern die Beschwerde nicht als verspätet oder unzulässig zurückzuweisen ist, hat die FMA dem Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verfahrens unverzüglich vorzulegen. Das Bundesverwaltungsgericht hat über die Beschwerde nach Anhörung der

Geltende Fassung

(2) – (5) ...

§ 165. (1) ...

(2) Der Bund, die Abwicklungsbehörde, der Abwicklungsfinanzierungsmechanismus und der Ausschuss sowie ein Brückeninstitut, eine Abbaueinheit, die FIMBAG und die Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes (ABBAG) sind überdies von der Entrichtung der im GGG geregelten Gebühren in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten befreit, die Angelegenheiten des Vollzugs dieses Bundesgesetzes zum Gegenstand haben.

§ 167. (1) – (6) ...

Artikel 12**Änderung des Sparkassengesetzes**

§ 28. (1) – (2) ...

(3) Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank

Vorgeschlagene Fassung

FMA unverzüglich zu entscheiden und der FMA, wenn diese nicht von der Erlassung einer Beschwerdeverentscheidung absieht, die Akten des Verfahrens zurückzustellen.

(1b) Im Verfahren über Beschwerden gegen Anordnungen von Abwicklungsmaßnahmen kann das Bundesverwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung durch Beschluss zuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Es gilt hierbei die widerlegbare Vermutung, dass die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zwingenden öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Wird die aufschiebende Wirkung zuerkannt, ist der Vollzug des angefochtenen Bescheides aufzuschieben und sind die hierzu erforderlichen Verfügungen zu treffen.

(2) – (5) ...

§ 165. (1) ...

(2) Der Bund, die Abwicklungsbehörde, der Abwicklungsfinanzierungsmechanismus und der Ausschuss sowie ein Brückeninstitut, eine Abbaueinheit und die ABBAG sind überdies von der Entrichtung der im GGG geregelten Gebühren in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten befreit, die Angelegenheiten des Vollzugs dieses Bundesgesetzes zum Gegenstand haben.

§ 167. (1) – (6) ...

(7) § 118 Abs. 1 bis 1b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. September 2019 in Kraft. § 3 Abs. 4 und 5, § 4 Abs. 3, § 44 Abs. 1 Z 9, § 84 Abs. 2, § 113a Abs. 2 und § 115 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 12**Änderung des Sparkassengesetzes**

§ 28. (1) – (2) ...

(3) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass das Vorlegen, die

Geltende Fassung

durch Verordnung vorschreiben, dass das Vorlegen, die Anzeigen, die Bekanntgabe sowie die Übermittlungen gemäß § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 1 und 7, § 12 Abs. 5, § 13 Abs. 4, § 16 Abs. 10, § 18 Abs. 1, § 22 Abs. 4, § 26 Abs. 2, § 27a Abs. 3 und 6, § 39 Abs. 2 sowie § 11 SpG-Prüfungsordnung ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA **und die OeNB** gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 42. (1) – (13) ...

Artikel 13**Änderung des STS-Verbriefungsvollzugsgesetzes**

§ 2. (1) Die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) ist die für Österreich zuständige Behörde gemäß Art. 29 Abs. 4 und 5 der Verordnung (EU) 2017/2402. Sie nimmt unbeschadet der ihr in anderen Bundesgesetzen zugewiesenen Aufgaben die den zuständigen Behörden gemäß Art. 29 Abs. 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2017/2402 zukommenden Aufgaben und Befugnisse wahr und hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) 2017/2402 zu überwachen. **Im Zuge der Wahrnehmung der der FMA nach diesem Bundesgesetz sowie der Verordnung (EU) 2017/2402 zukommenden Aufgaben und Befugnisse in Bezug auf Kreditinstitute im Sinne des § 1 Abs. 1 Bankwesengesetz – BWG, BGBl. Nr. 532/1993 sowie auf Zweigstellen von CRR-Kreditinstituten gemäß § 9 Abs. 1 BWG sind die Vorschriften der §§ 3 Abs. 8 und 9, 70, 70a Abs. 2 und 79 BWG über die Zusammenarbeit zwischen der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank sinngemäß anzuwenden.**

(2) ...

Vorgeschlagene Fassung

Anzeigen, die Bekanntgabe sowie die Übermittlungen gemäß § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 1 und 7, § 12 Abs. 5, § 13 Abs. 4, § 16 Abs. 10, § 18 Abs. 1, § 22 Abs. 4, § 26 Abs. 2, § 27a Abs. 3 und 6, § 39 Abs. 2 sowie § 11 SpG-Prüfungsordnung ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren und dafür zu sorgen, dass die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die Meldepflichtigen oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten Meldedaten vergewissern können.

§ 42. (1) – (13) ...

(14) § 28 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 13**Änderung des STS-Verbriefungsvollzugsgesetzes**

§ 2. (1) Die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) ist die für Österreich zuständige Behörde gemäß Art. 29 Abs. 4 und 5 der Verordnung (EU) 2017/2402. Sie nimmt unbeschadet der ihr in anderen Bundesgesetzen zugewiesenen Aufgaben die den zuständigen Behörden gemäß Art. 29 Abs. 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2017/2402 zukommenden Aufgaben und Befugnisse wahr und hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) 2017/2402 zu überwachen.

(2) ...

Geltende Fassung

(3) Die FMA **und** die **Oesterreichische Nationalbank haben die ihnen jeweils** mit diesem Bundesgesetz und der Verordnung (EU) 2017/2402 übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten nur soweit wahrzunehmen, als deren Ausübung aufgrund der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl. Nr. L 287 vom 29.10.2013 S. 63, nicht der Europäischen Zentralbank vorbehalten ist.

§ 18. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

Artikel 14**Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016**

§ 182. (1) – (4) ...

(5) Vor der Genehmigung von internen oder partiellen internen Modellen gemäß Abs. 4 hat die FMA eine gutachtliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank insoweit einzuholen, als diese Modelle das Marktrisikomodul oder Teile des Marktrisikomoduls umfassen. Die Oesterreichische Nationalbank hat dabei zu beurteilen, ob das Marktrisikomodul oder gegebenenfalls Teile des Marktrisikomoduls den anzuwendenden Vorgaben entsprechen.

(6) Die Oesterreichische Nationalbank hat gutachtliche Äußerungen gemäß Abs. 5 in eigener Verantwortung und im eigenen Namen abzugeben. Die FMA hat sich weitest möglich auf die Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank hat Stellungnahmen des betroffenen Versicherungsunternehmens unverzüglich der FMA zu übermitteln.

(7) Die Oesterreichische Nationalbank hat

1. eine Aufstellung der ihr im jeweiligen Geschäftsjahr aus gutachtlichen Äußerungen gemäß Abs. 5 erwachsenden Kosten zu erstellen und vom Rechnungsprüfer gemäß § 37 des Nationalbankgesetzes 1984 – NBG, BGBl. Nr. 50/1984, prüfen zu lassen,

Vorgeschlagene Fassung

(3) Die FMA **hat** die **ihr** mit diesem Bundesgesetz und der Verordnung (EU) 2017/2402 übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten nur soweit wahrzunehmen, als deren Ausübung aufgrund der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl. Nr. L 287 vom 29.10.2013 S. 63, nicht der Europäischen Zentralbank vorbehalten ist.

§ 18. **(1)** Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

(2) § 2 Abs. 1 und § 2 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.

Artikel 14**Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016**

§ 182. (1) – (4) ...

Geltende Fassung

2. die geprüfte Aufstellung dem Bundesminister für Finanzen und der FMA bis zum 30. April des jeweils folgenden Geschäftsjahres zu übermitteln,
3. die geprüfte Aufstellung nach der Übermittlung gemäß Z 2 auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen,
4. die geschätzten Kosten aus gutachtlichen Äußerungen gemäß Abs. 5, sowie die geschätzte Anzahl der im Jahresdurchschnitt mit gutachterlichen Äußerungen gemäß Abs. 5 beschäftigten Bediensteten, jeweils für das folgende Geschäftsjahr dem Bundesminister für Finanzen und der FMA bis zum 30. September jeden Jahres mitzuteilen und
5. den Bundesminister für Finanzen und die FMA einmal jährlich über die Anzahl der mit gutachtlichen Äußerungen gemäß Abs. 5 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Bediensteten zu informieren; diese Information kann auch im Wege einer Veröffentlichung erfolgen.

(8) – (10) ...

§ 340. (1) – (9) ...

Artikel 15**Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018**

Das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – WAG 2018, BGBl. I Nr. 107/2017, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

§ 11. (1) – (2) ...

(3) Die FMA hat im Verfahren gemäß Abs. 1 eine gutachtliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Art. 15 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 einzuholen.

(4) ...

(5) Gruppenangehörige Institute gemäß Abs. 1 oder übergeordnete Muttergesellschaften haben der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 15 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in

Vorgeschlagene Fassung

(8) – (10) ...

§ 340. (1) – (9) ...

(10) § 182 Abs. 5 bis 7 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Artikel 15**Änderung des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018**

Das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – WAG 2018, BGBl. I Nr. 107/2017, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX/201x, wird wie folgt geändert:

§ 11. (1) – (2) ...

(4) ...

(5) Gruppenangehörige Institute gemäß Abs. 1 oder übergeordnete Muttergesellschaften haben der FMA unverzüglich schriftlich den Wegfall einer oder mehrerer Voraussetzungen gemäß Art. 15 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die Nichteinhaltung von in Bescheiden festgelegten Auflagen

Geltende Fassung

Bescheiden festgelegten Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen, einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden oder nachzuweisen, dass die Abweichungen von diesen Anforderungen keine nennenswerten Auswirkungen haben.

§ 117. (1) – (2) ...

Artikel 16**Änderung des Zahlungsdienstgesetzes 2018**

§ 10. (1) ...

(2) Vor Erteilung der Konzession hat die FMA

1. die Oesterreichische Nationalbank anzuhören;

2. – 4. ...

(3) – (4) ...

§ 15. (1) – (3) ...

(4) Erfüllt der Antragsteller die Voraussetzungen nach Abs. 1 oder 2 nicht, hat ihm die FMA die Eintragung in das Zahlungsinstitutsregister zu verweigern. *Vor Eintragung der Registrierung hat die FMA die Oesterreichische Nationalbank anzuhören.*

(5) ...

§ 25. (1) – (2) ...

(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von Zahlungsinstituten sowie die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4 und 6, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, der §§ 16 bis 18, 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 25 Abs. 1 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu

Vorgeschlagene Fassung

und Bedingungen zur Sicherstellung dieser Voraussetzungen anzuzeigen, einen Plan vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die vorgenannten Anforderungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes wieder eingehalten werden oder nachzuweisen, dass die Abweichungen von diesen Anforderungen keine nennenswerten Auswirkungen haben.

§ 117. (1) – (2) ...

(3) § 11 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 tritt mit 1. Jänner 2020 in Kraft. § 11 Abs. 3 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Artikel 16**Änderung des Zahlungsdienstgesetzes 2018**

§ 10. (1) ...

(2) Vor Erteilung der Konzession hat die FMA

2. – 4. ...

(3) – (4) ...

§ 15. (1) – (3) ...

(4) Erfüllt der Antragsteller die Voraussetzungen nach Abs. 1 oder 2 nicht, hat ihm die FMA die Eintragung in das Zahlungsinstitutsregister zu verweigern.

(5) ...

§ 25. (1) – (2) ...

(3) Der Jahresabschluss und, soweit erforderlich, der Lagebericht oder der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht von Zahlungsinstituten sowie die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4 und 6, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, der §§ 16 bis 18, 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 25 Abs. 1 sowie der sonstigen Vorschriften dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, 19 Abs. 2, 20 bis 24, 29 und 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 sind von einem Abschlussprüfer zu

Geltende Fassung

prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 20 Abs. 1), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für Zahlungsinstitute) darzustellen.

Das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung der §§ 7 Abs. 6, §§ 16 bis 18 und § 25 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, §§ 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 24 dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, § 19 Abs. 2, §§ 20 bis 24, 29 und § 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 95 Abs. 1 oder 2 führen.

Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie, soweit erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des Zahlungsinstituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA **und Oesterreichische Nationalbank** eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.

(4) – (8) ...

Vorgeschlagene Fassung

prüfen. Diese Prüfung umfasst die Organisationsstruktur und die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren (§ 20 Abs. 1), die die Geschäftsleiter im Hinblick auf die angeführten Bestimmungen eingerichtet haben. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in einer Anlage zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss (aufsichtlicher Prüfungsbericht für Zahlungsinstitute) darzustellen.

(3a) Das Ergebnis der Prüfung **gemäß Abs. 3** über die Beachtung der §§ 7 Abs. 6, §§ 16 bis 18 und § 25 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes ist mit einer positiven Zusicherung, das Ergebnis der Prüfung über die Beachtung der § 7 Abs. 2 bis 4, § 9 Abs. 1 Z 11, § 10 Abs. 1 Z 3, § 14 Abs. 2, §§ 20 bis 22, § 23 Abs. 2 und § 24 dieses Bundesgesetzes, der §§ 4 bis 17, § 19 Abs. 2, §§ 20 bis 24, 29 und § 40 Abs. 1 FM-GwG sowie der Verpflichtungen des Zahlungsinstitutes gemäß der Verordnung (EU) 2015/847 zumindest mit einer negativen Zusicherung zu verbinden. Betreffend die Prüfung über die Beachtung sonstiger Vorschriften dieses Bundesgesetzes hat der Abschlussprüfer wesentliche Wahrnehmungen zu berichten, die er im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, auch wenn diese zu keiner Berichtspflicht gemäß § 95 Abs. 1 oder 2 führen.

(3b) Der geprüfte Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht sowie, soweit erforderlich, der Konzernabschluss samt Anhang und der Konzernlagebericht, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und die Anlage zum Prüfungsbericht sind der FMA unter Anwendung der Fristen des § 44 Abs. 1 BWG zu übermitteln. Dieser Prüfungsbericht samt Anlage ist den Geschäftsleitern und den nach Gesetz oder Satzung bestehenden Aufsichtsorganen des Zahlungsinstituts so zeitgerecht zu übermitteln, dass die Vorlagefrist an die FMA eingehalten werden kann. Die FMA kann Art der Übermittlung, Form und Gliederung der Anlage zum Prüfungsbericht durch Verordnung festsetzen. Die FMA kann nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank durch Verordnung vorschreiben, dass eine elektronische Übermittlung **der Daten** bestimmten Gliederungen und technischen Mindestanforderungen zu entsprechen hat. Die FMA ist ermächtigt, durch Verordnung vorzuschreiben, dass die elektronische Übermittlung ausschließlich an die Oesterreichische Nationalbank zu erfolgen hat, wenn dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA gewährleistet bleibt und Aufsichtsinteressen nicht beeinträchtigt werden.

(4) – (8) ...

Geltende Fassung**§ 26. (1) – (6) ...**

§ 29. (1) Die FMA kann die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates um Zusammenarbeit bei einer Überprüfung vor Ort oder einer Ermittlung ersuchen. Erhält die FMA ein Ersuchen um eine Überprüfung vor Ort oder eine Ermittlung, so hat sie im Rahmen ihrer Befugnisse tätig zu werden, indem sie

1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder **der Oesterreichischen Nationalbank überträgt oder**

2. – 3. ...

(2) – (4) ...

§ 88. (1) – (2) ...

(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammenzuarbeiten. § 79 BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der Zahlungsinstitutsaufsicht gelten:

1. an die Stelle des Verweises auf § 73 BWG in § 79 Abs. 2 BWG tritt § 14 dieses Bundesgesetzes;

2. an die Stelle des Verweises auf § 44 BWG in § 79 Abs. 2 BWG tritt § 25 dieses Bundesgesetzes;

3. an die Stelle des Verweises auf § 74 BWG in § 79 Abs. 2 BWG tritt § 26 dieses Bundesgesetzes.

(4) – (6) ...

(7) Ein Antrag gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 auf befristete Ausnahme von den Anforderungen gemäß Art. 4 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 für neue Massenzahlverfahren ist bei der FMA zu stellen, sofern der Antragsteller seinen Sitz im Inland hat. Die FMA hat im Verfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 eine

Vorgeschlagene Fassung**§ 26. (1) – (6) ...**

(7) Meldungen gemäß Abs. 1 bis 3 an die FMA sind binnen der dort genannten Fristen auch der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Oesterreichische Nationalbank hat der FMA den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf diese Daten zu ermöglichen.

§ 29. (1) Die FMA kann die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates um Zusammenarbeit bei einer Überprüfung vor Ort oder einer Ermittlung ersuchen. Erhält die FMA ein Ersuchen um eine Überprüfung vor Ort oder eine Ermittlung, so hat sie im Rahmen ihrer Befugnisse tätig zu werden, indem sie

1. die Überprüfungen oder Ermittlungen selbst vornimmt oder

2. – 3. ...

(2) – (4) ...

§ 88. (1) – (2) ...

(3) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammenzuarbeiten. § 79 **Abs. 4a Satz 2 und 3** BWG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der Zahlungsinstitutsaufsicht gelten.



(4) – (6) ...

(7) Ein Antrag gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 auf befristete Ausnahme von den Anforderungen gemäß Art. 4 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 für neue Massenzahlverfahren ist bei der FMA zu stellen, sofern der Antragsteller seinen Sitz im Inland hat. Die FMA hat im Verfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 eine

Geltende Fassung

gutachterliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen für ein neues Massenzahlverfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 einzuholen.

(8) ...

§ 90. (1) Die FMA **und** die



Oesterreichische Nationalbank **sind** zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach **diesem Bundesgesetz** erforderlich ist; **das sind:**

1. – 12. ...

(2) – (4) ...

§ 91. Von der FMA **oder der Oesterreichischen Nationalbank** beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.

§ 92. (1) – (3) ...

(4) Der Bundesminister für Finanzen kann auf **gemeinsamen** Vorschlag der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** folgende Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Zahlungsinstitute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:

1. – 2. ...

§ 93. (1) ...

Vorgeschlagene Fassung

gutachterliche Äußerung der Oesterreichischen Nationalbank über das Vorliegen der Voraussetzungen für ein neues Massenzahlverfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 einzuholen. **Die Oesterreichische Nationalbank hat diese gutachtliche Äußerung in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich hier weitestmöglich auf das Gutachten der Oesterreichischen Nationalbank zu stützen und kann sich auf dessen Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit.**

(8) ...

§ 90. (1) Die FMA **ist zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Bundesgesetz erforderlich ist; das sind:**

1. – 12. ...

(1a) Die Oesterreichische Nationalbank **ist** zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 ermächtigt, soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach **§ 26** erforderlich ist.

(2) – (4) ...

§ 91. Von der FMA beauftragte Sachverständige unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 14 Abs. 2 FMABG.

§ 92. (1) – (3) ...

(4) Der Bundesminister für Finanzen kann auf Vorschlag der FMA folgende Abkommen mit zuständigen Behörden über die Vorgangsweise bei der Zusammenarbeit mit der FMA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Überwachung und Beaufsichtigung der Zahlungsinstitute schließen, sofern der Bundesminister für Finanzen zum Abschluss von Übereinkommen gemäß Art. 66 Abs. 2 B-VG ermächtigt ist:

1. – 2. ...

§ 93. (1) ...

Geltende Fassung

(2) In Ausübung der Zuständigkeiten gemäß Abs. 1 ist die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer bundesgesetzlicher Bestimmungen zustehenden Befugnisse jederzeit ermächtigt,

1. – 3. ...

4. die Oesterreichische Nationalbank mit der Prüfung von Zahlungsinstituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs zu beauftragen; die Kompetenz der Oesterreichischen Nationalbank zur Vor-Ort-Prüfung im Bereich der Aufsicht über Zahlungsinstitute erstreckt sich dabei umfassend auf die Prüfung aller Geschäftsfelder und aller Risikoarten; die Oesterreichische Nationalbank hat dafür zu sorgen, dass sie über ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen zur Durchführung der genannten Prüfungen verfügt; die FMA ist berechtigt, eigene Mitarbeiter an Prüfungen der Oesterreichischen Nationalbank teilnehmen zu lassen,

5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen kann auch die Oesterreichische Nationalbank zur Teilnahme an einer solchen Prüfung verpflichtet werden und können eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen und

6. ...

(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im Übrigen ist § 71 BWG anzuwenden. Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese sind § 70 Abs. 1a bis 1c und § 79 BWG anzuwenden.

(4) ...

Vorgeschlagene Fassung

(2) In Ausübung der Zuständigkeiten gemäß Abs. 1 ist die FMA unbeschadet der ihr auf Grund anderer bundesgesetzlicher Bestimmungen zustehenden Befugnisse jederzeit ermächtigt,

1. – 3. ...

4. durch eigene Mitarbeiter Vor-Ort-Prüfungen bei Zahlungsinstituten und deren Zweigstellen und Repräsentanzen außerhalb Österreichs durchzuführen;

5. zur Prüfung von Zweigstellen und Repräsentanzen in Mitgliedstaaten auch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates um die Vornahme der Prüfung zu ersuchen, wenn dies gegenüber einer Prüfung gemäß Z 4 das Verfahren vereinfacht oder beschleunigt oder wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit oder Kostenersparnis gelegen ist; unter diesen Voraussetzungen können auch eigene Mitarbeiter der FMA an einer solchen Prüfung teilnehmen und

6. ...

(3) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 2 Z 3 bis 5 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im übrigen sind die §§ 70 Abs. 1b und 1c und 71 BWG anzuwenden.

(4) ...



Geltende Fassung

§ 94. (1) – (9) ...



(11)

) Die FMA kann **nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank** durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 1, § 21 Abs. 3, § 22 Abs. 1, § 25 Abs. 7, § 28 Abs. 1 und § 86 Abs. 1 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren **und dafür zu sorgen**, dass **die jederzeitige elektronische Verfügbarkeit der Daten für die FMA und die Oesterreichische Nationalbank gewährleistet bleibt und** Aufsichtsinteressen **nicht** beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und **Meldungen** gemäß § 25 Abs. 8 und § 95 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die **Meldepflichtigen** oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten **Melddaten** vergewissern können.

§ 95. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss eines in § 4 Z 4 lit. a genannten Zahlungsinstitutes prüft oder bei diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

Vorgeschlagene Fassung

§ 94. (1) – (9) ...

Anzeigen

§ 94a. (1) Die FMA kann durch Verordnung vorschreiben, dass die Anzeigen und Übermittlungen gemäß § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 1, § 21 Abs. 3, § 22 Abs. 1, § 25 Abs. 7, § 28 Abs. 1 und § 86 Abs. 1 ausschließlich in elektronischer Form zu erfolgen sowie bestimmten Gliederungen, technischen Mindestanforderungen und Übermittlungsmodalitäten zu entsprechen haben. Die FMA hat sich dabei an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu orientieren **ohne** dass Aufsichtsinteressen beeinträchtigt werden. Weiters kann die FMA in dieser Verordnung Abschlussprüfern für Bescheinigungen, Übermittlungen, Berichte und **Anzeigen** gemäß § 25 Abs. 8 und § 95 Abs. 1, 2 und 3 eine fakultative Teilnahme an dem elektronischen System der Übermittlung gemäß dem ersten Satz ermöglichen. Die FMA hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass sich die **Übermittlungspflichtigen** oder gegebenenfalls ihre Einbringungsverantwortlichen während eines angemessenen Zeitraums im System über die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihnen oder ihren Einbringungsverantwortlichen erstatteten **Anzeigen sonstigen Übermittlungen sonstigen** vergewissern können.

(2) **Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Anzeigen gemäß § 14 Abs. 1 Z 2, 3, 4, 10 und § 25 Abs. 7 zu ermöglichen.**

§ 95. (1) Stellt ein Abschlussprüfer, der den Jahresabschluss eines in § 4 Z 4 lit. a genannten Zahlungsinstitutes prüft oder bei diesem eine sonstige gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit ausübt, Tatsachen fest, die eine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB begründen, so hat er unverzüglich, spätestens gleichzeitig, den gemäß § 273 Abs. 3 UGB zu erstattenden Bericht auch der FMA zu übermitteln.

(2) Der Abschlussprüfer hat, auch wenn keine Berichtspflicht gemäß § 273 Abs. 2 und 3 UGB besteht, der FMA sowie den Geschäftsleitern und dem nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgan unverzüglich schriftlich mit Erläuterungen zu berichten, wenn er bei seiner Prüfungstätigkeit Tatsachen feststellt, die

Geltende Fassung

1. – 5. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA **und der Oesterreichischen Nationalbank** erst dann berichten, wenn das Zahlungsinstitut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 77 Abs. 9 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen.

(2) – (5) ...

§ 100. (1) – (8) ...

(9) Bei Verletzung einer Verpflichtung gemäß § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 1 Z 1 hinsichtlich Satzungsänderungen, Z 4, Z 7 und Z 10 sowie § 14 Abs. 2 hinsichtlich § 20 Abs. 3 BWG hat die FMA von der Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens abzusehen, wenn die nicht ordnungsgemäß erstattete Anzeige nachgeholt wurde, bevor die FMA **oder die Oesterreichische Nationalbank** Kenntnis von dieser Übertretung erlangt hat.

§ 119. (1) – (2) ...

Artikel 17**Änderung des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes**

§ 2. (1) Die FMA ist die für Österreich zuständige Behörde gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und nimmt

Vorgeschlagene Fassung

1. – 5. ...

Stellt der Abschlussprüfer sonstige Mängel, nicht besorgniserregende Veränderungen der Risikolage oder der wirtschaftlichen Situation oder nur geringfügige Verletzungen von Vorschriften fest, und sind die Mängel und Verletzungen von Vorschriften kurzfristig behebbar, so muss der Abschlussprüfer der FMA erst dann berichten, wenn das Zahlungsinstitut nicht binnen einer angemessenen Frist, längstens jedoch binnen drei Monaten, die festgestellten Mängel behoben und dies dem Abschlussprüfer nachgewiesen hat. Zu berichten ist auch dann, wenn die Geschäftsleiter eine vom Abschlussprüfer geforderte Auskunft innerhalb einer angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß erteilen. In Fällen, in denen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer bestellt wird, trifft die Berichtspflicht auch die nach § 77 Abs. 9 WTBG namhaft gemachten natürlichen Personen.

(2) – (5) ...

§ 100. (1) – (8) ...

(9) Bei Verletzung einer Verpflichtung gemäß § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 1 Z 1 hinsichtlich Satzungsänderungen, Z 4, Z 7 und Z 10 sowie § 14 Abs. 2 hinsichtlich § 20 Abs. 3 BWG hat die FMA von der Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens abzusehen, wenn die nicht ordnungsgemäß erstattete Anzeige nachgeholt wurde, bevor die FMA Kenntnis von dieser Übertretung erlangt hat.

§ 119. (1) – (2) ...

(3) Der Eintrag zu § 94a im Inhaltsverzeichnis §§ 15 Abs. 4, 25 Abs. 3, 3a und 3b, 26 Abs. 7, 29 Abs. 1 Z 1, 88 Abs. 3, 3a und 7, 90 Abs. 1 und 1a, 91, 92 Abs. 4, 93 Abs. 2 Z 4 und 5 und Abs. 3, 94a, 95 Abs. 1 und 2 und 100 Abs. 9 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten am 1. Jänner 2020 in Kraft. Die §§ 10 Abs. 1 Z 1, 93 Abs. 4 und 94 Abs. 11 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Artikel 17**Änderung des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes**

§ 2. (1) Die FMA ist die für Österreich zuständige Behörde gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und nimmt

Geltende Fassung

unbeschadet der ihr in anderen Bundesgesetzen zugewiesenen Aufgaben die den zuständigen Behörden gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zukommenden Aufgaben und Befugnisse wahr und hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zu überwachen.

(2) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammen. **§ 79 Abs. 1 bis 4a, 4b Z 4 und Abs. 5 Bankwesengesetz (BWG), BGBl. Nr. 532/1993, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für den Bereich der Bankenaufsicht geregelten Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank für die Zwecke dieses Bundesgesetzes für den Bereich der Aufsicht über zentrale Gegenparteien gelten.**

(3) Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Zahlungssystemaufsicht nach § 44a des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG), BGBl. Nr. 50/1984, bleiben von den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes unberührt.

(3) Die FMA hat bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 der europäischen Konvergenz der Aufsichtsinstrumente und Aufsichtsverfahren Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck hat die FMA die Leitlinien, Empfehlungen und anderen von der ESMA (European Securities and Markets Authority) beschlossene Maßnahmen im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 anzuwenden. Die FMA kann von diesen Leitlinien und Empfehlungen abweichen, sofern dafür ein berechtigter Grund, insbesondere Widerspruch zu bundesgesetzlichen Vorschriften, vorliegt.

§ 3. (1) ...

(2) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 1 Z 3 und 4 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im Übrigen ist § 71 BWG anzuwenden. **Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese sind die §§ 70 Abs. 1a bis 1c und 79 Abs. 1 bis 4a, 4b Z 4 und Abs. 5 BWG anzuwenden.**

Vorgeschlagene Fassung

unbeschadet der ihr in anderen Bundesgesetzen zugewiesenen Aufgaben die den zuständigen Behörden gemäß Art. 10 Abs. 5 und Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zukommenden Aufgaben und Befugnisse wahr und hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zu überwachen.

(2) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank arbeiten zur wirksamen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes eng zusammen.

(3) Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Oesterreichischen Nationalbank im Bereich der Zahlungssystemaufsicht nach § 44a des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG), BGBl. Nr. 50/1984, bleiben von den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes unberührt.

(4) Die FMA hat bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 der europäischen Konvergenz der Aufsichtsinstrumente und Aufsichtsverfahren Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck hat die FMA die Leitlinien, Empfehlungen und anderen von der ESMA (European Securities and Markets Authority) beschlossene Maßnahmen im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 anzuwenden. Die FMA kann von diesen Leitlinien und Empfehlungen abweichen, sofern dafür ein berechtigter Grund, insbesondere Widerspruch zu bundesgesetzlichen Vorschriften, vorliegt.

§ 3. (1) ...

(2) Bei einer Prüfung gemäß Abs. 1 Z 3 und 4 sind die Prüfungsorgane mit einem schriftlichen Prüfungsauftrag zu versehen und haben sich vor Beginn der Prüfung unaufgefordert auszuweisen sowie den Prüfungsauftrag vorzuweisen. Im Übrigen ist § 71 **Abs. 1 bis 6** BWG anzuwenden.

(2a) Stellt die Oesterreichische Nationalbank bei einer Vor-Ort-Prüfung fest, dass der gemäß Abs. 1 Z 3 oder 4 erteilte Prüfungsauftrag zur Erreichung

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

des Prüfungszwecks nicht ausreicht, so hat sie die FMA um die erforderlichen Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

(2b) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm gemeinsam festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. eine angemessene Prüfungsfrequenz,

2. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,

3. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,

4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß Abs. 1 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen.

(2c) Die Oesterreichische Nationalbank ist berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 1 Z 4 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 2b festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden. Die Oesterreichische Nationalbank hat zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.

(2d) Die Oesterreichische Nationalbank hat den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung gemäß Abs. 2c schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist der zentralen Gegenpartei bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch die geprüfte zentrale Gegenpartei hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfangs gemäß § 22 FMABG zu sorgen.

(2e) Die Oesterreichische Nationalbank hat ihr übertragene Prüfungen gemäß Abs. 1 Z 4, Gutachten im Rahmen der Aufsicht über zentrale Gegenparteien und Analysen gemäß Abs. 2f in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich weitestmöglich auf die

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Prüfungen, Gutachten und Analysen der Oesterreichischen Nationalbank sowie sonstige von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen der betroffenen zentralen Gegenpartei unverzüglich der FMA zu übermitteln. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichischen Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten; die Beauftragung der Oesterreichischen Nationalbank gemäß Abs. 1 Z 4 steht jedoch einer allenfalls erforderlichen ergänzenden Beweisaufnahme durch eigene Erhebungen der FMA oder durch Wirtschaftsprüfer und sonstige Sachverständige nicht entgegen. Die Oesterreichische Nationalbank ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer der betreffenden zentralen Gegenpartei die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese ist § 79 Abs. 4b und 5 BWG anzuwenden.

(2f) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle relevanten Informationen aus ihrer aufsichtlichen Tätigkeit zu ermöglichen. Relevante Informationen in diesem Sinn sind Ermittlungsergebnisse und sonstige institutsbezogene Wahrnehmungen, soweit sie den Zuständigkeitsbereich der FMA betreffen. Die Oesterreichische Nationalbank hat alle ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Aufsicht über zentralen Gegenparteien und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). Alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung der Risikolage oder eines Verdachts auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist der FMA unverzüglich mitzuteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzlich bestimmte Einzelanalysen zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Ergänzungen zu ersuchen. Die FMA hat unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche entweder den Prüfungsauftrag zu erweitern oder die Erweiterung unter Angabe der Gründe abzulehnen.

(2b) Die FMA und die Oesterreichische Nationalbank haben für das jeweils folgende Kalenderjahr ein Prüfungsprogramm gemeinsam festzulegen. Das Prüfungsprogramm hat Bedacht zu nehmen auf

1. eine angemessene Prüfungsfrequenz,

2. Ressourcen für anlassbezogene Prüfungen,

3. themenmäßige Prüfungsschwerpunkte,

4. die Nachprüfung der Maßnahmen zur Bereinigung im Falle festgestellter Mängel; dabei sind insbesondere die Ergebnisse aus der Beaufsichtigung gemäß Abs. 1 zu berücksichtigen.

Im Prüfungsprogramm sind die Prüfungsschwerpunkte sowie der Zeitpunkt des Prüfungsbeginns festzulegen.

(2c) Die Oesterreichische Nationalbank ist berechtigt, auch ohne Prüfungsauftrag der FMA eine Vor-Ort-Prüfung gemäß Abs. 1 Z 4 aus makroökonomischen Gründen durchzuführen, wenn dadurch die im Prüfungsprogramm gemäß Abs. 2b festgelegten Prüfungen oder sonstigen Prüfungsaufträge der FMA nicht beeinträchtigt werden. Die Oesterreichische Nationalbank hat zumindest zeitgleich mit Beginn einer solchen Prüfung die FMA davon zu verständigen und dabei die Gründe für die Prüfung darzulegen.

(2d) Die Oesterreichische Nationalbank hat den in Aussicht genommenen Umfang der Prüfung gemäß Abs. 2c schriftlich festzulegen. Eine Ausfertigung hiervon ist dem Zentralverwahrer bei Prüfungsbeginn durch die Prüfer auszuhändigen. Im Fall der Verweigerung des Zutritts oder der sonstigen für die Prüfungsdurchführung erforderlichen Mitwirkung durch den geprüften Zentralverwahrer hat die FMA auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank für die Durchsetzung des schriftlich festgelegten Prüfungsumfanges gemäß § 22 FMABG zu sorgen.

(2e) Die Oesterreichische Nationalbank hat ihr übertragene Prüfungen gemäß Abs. 1 Z 4, Gutachten im Rahmen der Aufsicht über Zentralverwahrer und Analysen gemäß Abs. 2f in eigener Verantwortung und im eigenen Namen durchzuführen. Die FMA hat sich weitestmöglich auf die Prüfungen, Gutachten und Analysen der Oesterreichischen Nationalbank sowie sonstige von der

Geltende Fassung**Vorgeschlagene Fassung**

Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Daten zu stützen und kann sich auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit verlassen, es sei denn, sie hat begründete Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank hat die Ergebnisse der Prüfungen der FMA unverzüglich mitzuteilen; weiters hat sie Stellungnahmen des betroffenen Zentralverwahrer unverzüglich der FMA zu übermitteln. Die Prüfungsfeststellungen der Oesterreichischen Nationalbank gelten im Verfahren als Sachverständigengutachten; die Beauftragung der Oesterreichischen Nationalbank gemäß Abs. 1 Z 4 steht jedoch einer allenfalls erforderlichen ergänzenden Beweisaufnahme durch eigene Erhebungen der FMA oder durch Wirtschaftsprüfer und sonstige Sachverständige nicht entgegen. Die Oesterreichische Nationalbank ist ermächtigt, dem Abschlussprüfer des betreffenden Zentralverwahrer die erforderlichen Auskünfte über das Ergebnis von ihr durchgeführter Prüfungen zu erteilen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit der FMA mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Vornahme von Prüfungen durch diese ist § 79 Abs. 4b und 5 BWG anzuwenden.

(2f) Die FMA hat der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf alle relevanten Informationen aus ihrer aufsichtlichen Tätigkeit zu ermöglichen. Relevante Informationen in diesem Sinn sind Ermittlungsergebnisse und sonstige institutsbezogene Wahrnehmungen, soweit sie den Zuständigkeitsbereich der FMA betreffen. Die Oesterreichische Nationalbank hat alle ihr zur Verfügung stehenden aufsichtlichen Informationen einer laufenden gesamthafte Auswertung für Zwecke der Aufsicht über Zentralverwahrer und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen (Einzelanalyse). Alle Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA von der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung der Risikolage oder eines Verdachts auf Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist der FMA unverzüglich mitzuteilen. Die Oesterreichische Nationalbank hat auf Ersuchen der FMA zusätzlich bestimmte Einzelanalysen zu erstellen und zu übermitteln sowie weitere Erläuterungen zu den Analyseergebnissen zu geben. Die Oesterreichische Nationalbank ist zur Auswertung der Einzelanalysedaten in einzel- und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben im

Geltende Fassung

(3) – (9) ...

§ 22. § 11 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017 tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft und ist auf Geschäftsjahre der FMA anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2017 beginnen. § 5 Abs. 1 und § 14 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017 treten mit 3. Jänner 2018 in Kraft. § 5 Abs. 5, § 9 Abs. 1 und 2 sowie § 14 Abs. 5 treten mit Ablauf des 2. Jänner 2018 außer Kraft.

Vorgeschlagene Fassung

Rahmen der Finanzmarktstabilität berechtigt. Alle von ihr durchgeführten Einzelanalysen sind jedenfalls der FMA zur Verfügung zu stellen. Eine statistische Auswertung der Daten, die keine personenbezogenen Ergebnisse zum Ziel hat, durch die Oesterreichische Nationalbank ist zulässig.

(3) – (9) ...

§ 22. (1) § 11 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017 tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft und ist auf Geschäftsjahre der FMA anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2017 beginnen. § 5 Abs. 1 und § 14 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017 treten mit 3. Jänner 2018 in Kraft. § 5 Abs. 5, § 9 Abs. 1 und 2 sowie § 14 Abs. 5 treten mit Ablauf des 2. Jänner 2018 außer Kraft.

(2) § 1 Abs. 2, und § 2 Abs. 2 bis 2f in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2019 treten mit 1. Jänner 2020 in Kraft.